



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags, Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Albert Füracker, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Joachim Herrmann, MdL, Bayerischer Staatsminister des Innern für Sport und Integration, Stv. Ministerpräsident und Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, MdL, Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag sowie Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Kommunaler Finanzausgleich 2020:

Schallmauer durchbrochen

Im kommenden Jahr steigt der kommunale Finanzausgleich auf ein neues Rekordhoch von fast 10,3 Milliarden Euro. Darauf verständigten sich Vertreter der Staatsregierung und der kommunalen Spitzenverbände in München. Dies bedeutet ein sattes Plus von 3,2 Prozent. Im laufenden Jahr fließen 9,97 Milliarden Euro vom Land an die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke. „Wir bleiben ein verlässlicher Partner der Kommunen“, stellte Finanzminister Albert Füracker fest.

„Es ist phänomenal, was wir heute vereinbart haben. Der Freistaat unterhält den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Länder“, teilte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann mit. Dass die Einnahmen der Kommunen in den vergangenen zehn Jahren von knapp 29 Milliarden Euro auf über 43 Milliarden Euro gestiegen sind und gleichzeitig die Verschuldung der Kommunen von 13 Milliarden Euro um 1,7 Milliarden Euro auf 11,3 Milliarden Euro abgebaut werden konnte, sei ein gutes Zeichen für die Zukunft. „Das zeugt von einer positiven finanziellen Entwicklung in den Gemeinden. Wir schaffen weiterhin gemeinsam gute Rahmenbedingungen für 2020.“

Größter Posten sind wie immer die sog. Schlüsselzuweisungen, über die die Kommunen frei verfügen können. Diese steigen nächstes Jahr um 3,9 Prozent auf mehr als vier Milliarden Euro. Ein starkes Signal setzt der kommunale Finanzausgleich 2020 laut Füracker erneut bei den Investitionen. Die Mittel zur Förderung

des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen, werden 2020 um 50 Millionen Euro auf nun 600 Millionen Euro erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von 9,1%.

Des Weiteren können die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Millionen Euro) und die allgemeine Investitionspauscha-

le (446 Millionen Euro) auf dem erreichten hohen Niveau fortgeführt werden.

500 Millionen Euro für ÖPNV

Für den Öffentlichen Personennahverkehr erhalten die Kommunen Zuweisungen zu den Betriebskosten in Höhe von 94,3 Millionen Euro und Investitionsmittel in Höhe von 143,4 Millionen Euro. Insgesamt erhalten die Kommunen damit innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs rund 500 Millionen Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr.

Die Straßenausbaupauschalen, (Fortsetzung auf Seite 4)

Kulturpreis Bayern verliehen

Kunst und Wissenschaft am Münchner Nockherberg vereint

München. Rund 400 Gäste der diesjährigen Verleihung des Kulturpreises Bayern konnten am Münchner Nockherberg hautnah die Vielfalt bayerischer Kunst und Wissenschaft erleben. Insgesamt 39 Preisträger wurden mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Neben den besten Absolventen der bayerischen Hochschulen erhielten in der Sparte Kunst die Schauspielerin Juliane Köhler, das musikalische Duo Coconami, der Künstler Sebastian Kuhn, die Dellnhäuser Musikanten, der Kabarettist Django Asül sowie der Schauspieler und Kabarettist Ottfried Fischer den Kulturpreis.

Statt einer Fastenpredigt mit deftigen Leviten stand am Münchner Nockherberg die Würdigung kultureller, künstlerischer, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Leistungen im Mittelpunkt. 39 Preisträger aus der bayerischen Hochschullandschaft und aus der bayerischen Kunst- und Kulturszene wurden für ihre per-

sönlichen Leistungen mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Seit 2005 verleiht das Bayernwerk in Partnerschaft mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst die Auszeichnung.

„Der Kulturpreis würdigt die herausragenden Leistungen von Kunst- und Kulturschaffenden so-

DStGB-Präsidiumssitzung in Berlin:

Taten statt Worte!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat eine Resolution zum Schutz kommunaler Mandatsträger vor Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen verabschiedet. In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der tätlichen Übergriffe um 25 Prozent gestiegen. Beschimpfungen und Bedrohungen sind in 40 Prozent aller Kommunen an der Tagesordnung. „Das darf so nicht weitergehen“, betonten DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, bei der jüngsten Präsidiumssitzung des Verbandes in Berlin.

„Wer sich für das Allgemeinwohl engagiert verdient Respekt, Anerkennung und Dankbarkeit. Die Realität sieht aber leider immer häufiger anders aus“, so Brandl und Landsberg. Beleidigungen und Bedrohungen seien im Alltag der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber leider auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Städten und Gemeinden, weit verbreitet. Das Spektrum reiche von Beleidigungen über ernsthafte Bedrohungen bis hin zu körperlichen Angriffen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert unter anderem eine Kampagne, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken. „Wir brauchen mehr Aufklärung über das Geschehen, mehr politische Bildung an den Schulen und vor allem mehr direkten, persönlichen Dialog“, forderten Brandl und Landsberg. „Was im Netz schnell geschrieben ist, wird in der Regel im persönlichen Gespräch in dieser Form nicht formuliert. Probleme müssen diskutiert werden, aber für persönliche Anfeindungen darf kein Platz sein. Es muss aber auch klar sein, dass das Internet kein rechtsfrei-

er Raum ist.“ Hier sehen die Kommunen auch die Betreiber sozialer Netzwerke in der Pflicht. Sie müssten sicherstellen, dass Aufrufe zur Gewalt nicht nur gelöscht, sondern auch konsequent verfolgt werden.

Sensibilisierung, Öffentlichkeit und Beistand

Um der Hasskriminalität wirksam zu begegnen, ist es aus Sicht des Kommunalverbands notwendig, Öffentlichkeit zu schaffen und auf die aktuelle Entwicklung immer wieder aufmerksam zu machen. „Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger für diese Zustände sensibilisieren und sie dazu auffordern, den Betroffenen beizustehen und öffentlich für sie einzustehen“, erklärten Brandl und Landsberg. Zudem brauche es effektive Strukturen in der Strafverfolgung und ein konsequentes Durchgreifen der Gerichte.

Gefahr für lokale Demokratie

In der aktuellen Entwicklung sehen die Kommunen eine Gefährdung der lokalen Demokratie und damit mittelbar des demokratischen Systems insgesamt. „Wer seine Freizeit für die Gesellschaft einsetzt und sich ehrenamtlich oder hauptamtlich für das Miteinander vor Ort engagiert, darf dafür nicht beschimpft, bedroht oder angegriffen werden. Sonst sinkt die Bereitschaft zum Engagement in der lokalen Politik“, warnten Brandl und Landsberg.

Ein weiteres Top-Thema der Sitzung war die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, laut Brandl und Landsberg „eine Schicksalsfrage für unser Land“. Die notwendigen Maßnahmen lägen auf dem Tisch, jetzt gehe es darum, rasch in die Umsetzung zu kommen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert Bund und Länder auf, kurzfristig die notwendigen Schritte einzuleiten und einen verbindlichen

Zeitplan für die kommenden Jahre zu beschließen.

Förderung nach Bedarf

„In vielen ländlichen oder strukturschwachen Regionen fühlen sich die Menschen zunehmend abgehängt. Wenn kaum noch ein Bus fährt, der nächste Arzt weit entfernt ist und das Internet, wenn überhaupt, nur sehr langsam funktioniert, sinkt die Lebensqualität. Das dürfen wir nicht länger zulassen“, unterstrichen Brandl und Landsberg. Die im Sommer vorgelegten Ergebnisse der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse enthalten aus Sicht der Kommunen viele richtige und sinnvolle Maßnahmen. Nun gelte es, mit ersten Maßnahmen zu starten.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht es als notwendig an, die ländlichen Regionen besser zu fördern, ohne Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. „Die Probleme in den Ballungsräumen und die Herausforderungen in den ländlichen Regionen lassen sich nicht gegeneinander, sondern nur miteinander lösen“, bemerkten die DStGB-Votreter. Zur besseren Förderung der ländlichen Regionen fordert der Verband eine Grundgesetzänderung und die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“. Gleichzeitig sollte das Fördersystem insgesamt umgestellt werden. Benötigt werde eine Förderung nach Bedarf und nicht nach Himmelsrichtung.

Ein wichtiger Schwerpunkt für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sei ein flächendeckendes (Fortsetzung auf Seite 4)



Klimanotstand: „Ist das Ökohysterie oder programmatischer Selbstzweck?“ fragt der Bürgermeister seine Vorzimmerperle. „Bei extremen Diskussionen sollte man nicht auf absoluten Wahrheitsanspruch pochen, sondern realisierbare Modelle erarbeiten“ ist seine Meinung. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Verleihung Kulturpreis Bayern 2019: Die Bayernwerk AG und das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst haben am Münchner Nockherberg 39 Preisträger mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Unser Bild zeigt die diesjährigen Preisträger mit Bayernwerk-Vorstandsvorsitzendem Reimund Gotzel (r.) und Staatsminister Bernd Sibler. (z.v.l.). Bild: Alex Schelbert / Bayernwerk AG

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
GZ-Leserumfrage: Wie geht's dem Kommunalwald	2
Neue Energie für die Wende	2
Spitzenverbände zu Kita-Ausbau und Mobilfunk	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Sattes Plus für die Kommunen	3
Bayerischer Heilbädertag in Bad Gögging	3
Bayerisches FachkräfteForum in Gunzenhausen	3
Wasser • Abwasser	6
Abfall • Umwelt	7-8
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	9-10
Kommunalfahrzeuge • Wald- und Bodenbewirtschaftung	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Neue Energie für die Wende

Bayerns Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, hat in seiner Regierungserklärung im Landtag das „Bayerische Aktionsprogramm Energie“ vorgestellt. Aiwanger: „Mit 73 konkreten Einzelmaßnahmen in 13 Handlungsfeldern werden wir der Energiewende neuen Schwung verleihen.“

Der Ausstieg aus Kernenergie- und Kohlestromnutzung sei beschlossen. „Wir wollen unsere Klimaziele und zusätzliche Wertschöpfung durch erneuerbare Energien erreichen. Die Versorgung von morgen soll dezentral und nachhaltig sein. Es wird mehr erneuerbare Energie aus der Heimat genutzt. Wir wollen die Menschen in Bayern mitnehmen. Mein Ziel ist eine Bürger-Energiewende, die nicht

Vergangenes Jahr lag der Anteil der Wasserkraft an der Bruttostromerzeugung in Bayern bei 14,5 Prozent.

Bioenergie: Alleskönner für Strom- und Wärmeerzeugung

Bis 2022 soll die Stromerzeugung aus Bioenergie in Bayern von rund 9,2 TWh in 2018 auf etwa 10 TWh gesteigert werden. Der Einsatz von Holz, Mais, Gülle und alternativen Energiepflanzen soll optimiert und es sollen

ken – wie zum Beispiel in Riedl bei Passau – sollen stärker genutzt werden.

Netze: Intelligenter statt überdimensionierter

Beim Ausbau der Stromnetze darf die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht außer Acht gelassen werden. Daher wird das Ziel verfolgt: „So wenig Netzausbau wie möglich und nur so viel, wie unbedingt nötig.“ Wirtschaftsminister Aiwanger hat vom Bund die Zusicherung erhalten, dass die Stromtrasse P44 von Altenfeld in Thüringen nach Grafenrheinfeld in Unterfranken nicht weiterverfolgt wird. Der Ansatz des Ministeriums lautet: Es braucht digitale und innovative Konzepte für eine effizientere Verteilung des Stroms, um den Netzausbau zu senken.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): Stabilitätsanker der Energiewende

Geplant ist in Bayern, bis 2022 den Bau von 3.000 neuen KWK-Anlagen anzustoßen. Damit soll ein Zubau von 500 MW erreicht werden. KWK ist durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme besonders energieeffizient und stellt gesicherte Leistung zur Verfügung. Daher gilt sie als Stabilitätsanker der Energiewende und schafft Versorgungssicherheit.

Flexibilität und Sektorenkopplung

Durch die effektive Verzahnung der Bereiche Strom, Wärmeversorgung und Mobilität sollen die Schwankungen erneuerbarer Energien besser ausgeglichen und somit grüner Strom besser nutzbar gemacht werden. Deshalb unterstützt das Wirtschaftsministerium die Forschung und Entwicklung neuer Ansätze wie innovativer Energiespeicher und Power-to-X-Technologien.

Wasserstoff: Energieträger der Zukunft

Bayern wird Technologieführer im Bereich Wasserstoff. Über das neu gegründete Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) werden Strategien erarbeitet und Kompetenzen vernetzt. Mit insgesamt etwa 100 Millionen Euro werden Forschungs-, Entwick-

Bayerischer Gemeindetag:

Kita-Ausbau und Mobilfunk

„Der Freistaat Bayern unterstützt die Gemeinden beim Bau weiterer 63.500 Kita-Plätze mit bis zu 90 Prozent der förderfähigen Investitionskosten. Das sind sehr erfreuliche Nachrichten, die uns aus dem Kabinett erreichen“, betonte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. Die zusätzlichen 262 Millionen Euro müssten noch vom Landtag genehmigt werden.

Erst im September hatte das Kabinett beschlossen, bis zu 50.000 neue Plätze im Rahmen eines Sonderförderprogramms mitzufinanzieren. Aufgrund der unvermindert großen Ausbaudynamik waren die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel sehr rasch ausgeschöpft.

Der Bayerische Gemeindetag hatte sich vehement für zusätzliche Gelder des Freistaats stark gemacht. Jetzt profitieren alle Gemeinden, die bis zum 31.08.2019 entsprechende Anträge bei den Regierungen eingereicht haben, von den weiteren 135 Millionen Euro, die nun auf den Weg gebracht werden.

Klärungsbedarf beim Mobilfunk

Klärungsbedarf gibt es dagegen aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags beim Thema Mobilfunk. Bayerns Gemeinden und Städte zeigen sich nach der Ankündigung der Bundesregierung auf dem Digitalgipfel Mobilfunk in Meseberg hochgradig verunsichert: Sind die derzeit laufenden gemeindlichen Bau-



KOMMUNALPOLITIK-SEMINARE

und Leitfäden zur Kommunalpolitik (Grundlagen, Baurecht, Haushalt, Rechnungsprüfung)



Besuchen Sie unser Themenportal Kommunalpolitik im Internet:

► www.hss.de/kommunalpolitik

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung
Lazarettstraße 33 | 80636 München | E-Mail: ipb@hss.de

GZ-Leserumfrage:

Wie geht's dem Kommunalwald im Klimawandel?

Vom ländlichen Raum bis zu den Metropolregionen: Der eigene Gemeinde- oder Stadtwald ist für manche Kommunen eine wertvolle Rohstoff- oder Finanzierungsquelle, für viele ein wichtiger Garant für Trinkwasserschutz oder Naherholung, aber vermutlich für alle ein starkes Stück Heimat. Hitze, Trockenheit und Schädlinge haben seit 2018 die Wälder unter Stress gesetzt, aber es gibt auch Ausnahmen. Wie ist die Lage in Ihrem Kommunalwald? Wie geht es weiter? Welche Konsequenzen sollte man ziehen? Die Bayerische Gemeindezeitung sammelt ein Stimmungsbild und ruft Gemeinden und Städte zum Mitmachen auf:

Bitte beschränken Sie sich auf Stichworte:

1. Grundlegende Angaben:

Gemeinde und Landkreis, Waldfläche (in Hektar), Baumartenverteilung (in %)

2. Wie erging es Ihrem Kommunalwald

in den vergangenen beiden Jahren? Gab es auffällige Schäden oder eher „business as usual“?

3. Was haben Sie in den nächsten Jahren vor, um den Wald möglichst fit für den Klimawandel zu machen?

4. Wie erleben Ihre Bürger oder Gäste die Entwicklung?

5. Wenn Sie für Ihren Kommunalwald einen Wunsch frei hätten, würden Sie ...?

Bitte senden Sie Ihre Rückmeldung bis 13.12.2019 an hassel.constanze@gemeindezeitung.de.

Die Ergebnisse veröffentlichen wir in der Ausgabe 1-2/2020 am 16. Januar 2020 bzw. informieren wir Sie per E-Mail. □

Stiftung Obdachlosenhilfe

Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterzeichnete in Augsburg die Gründungsurkunde der Stiftung Obdachlosenhilfe.

Kein Dach über dem Kopf zu haben, ist eine der extremsten Notlagen, die ein Mensch erleben kann. Um diesen Menschen zu helfen, unterzeichnete Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Beisein von Sozialministerin Kerstin Schreyer die Gründungsurkunde der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern in Augsburg.

„In Bayern wollen wir niemanden, der in eine Notlage gerät, am Wegesrand zurücklassen, sondern allen Bedürftigen Hilfe anbieten“, so Schreyer. Die Stiftung fördert gezielt Projekte, die wegweisend und innovativ für die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe sind. Sie soll Anregungen für die Akteure der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe geben und dabei insbesondere mit den bayerischen Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege Bayern zusammenarbeiten, um passgenaue Lösungen für Menschen in Not zu entwickeln. Die Hilfeangebote auf der Straße sowie das Unterkunftsangebot sollen gestärkt werden, aber auch Beratung und Prävention sollen im Fokus stehen. Das Stiftungsvermögen beträgt fünf Mio. Euro für zehn Jahre. □

Schlüsselrolle für eine erfolgreiche Energie- und Mobilitätswende ein. Darunter fallen: 60 Millionen Euro für die Stärkung des Bayerischen Energieforschungsprogramms, 20 Millionen Euro für die Batterieforchung, 13 Millionen Euro für Energieforchung am Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg, Energiecampus Nürnberg und am Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforchung (ZAE) sowie fünf Millionen für das Segment Verteilnetze. □

legen. Was sollen Bayerns Gemeinden und Städte nun tun? Ist damit das bayerische Ausbauprogramm hinfällig?“, fragt sich Brandl. Bund und Freistaat seien deshalb aufgefordert, umgehend eine zwischen Bund und Bayern abgestimmte Empfehlung für die bayerischen Kommunen zu geben und den Wirrwarr zu beenden.

Brandl namens seines Verbandes rief die Bundesregierung zudem dazu auf, den Ankündigungen schnellstens Taten folgen zu lassen und konkrete Maßnahmen sowie einen Zeitplan für den Lückenschluss von Mobilfunk in ländlichen Gegenden vorzulegen. DK

Bayerischer Städtetag zum Ausbau von Kita-Plätzen:

Mehr Planungssicherheit für Kommunen

„Die Bitten des Bayerischen Städtetags zur Sicherstellung der Förderung der Kindertagesbetreuung haben sich gelohnt. Der Freistaat setzt das Sonderinvestitionsprogramm für den Kita-Ausbau fort. Damit erhalten die Kommunen wieder mehr Planungssicherheit, um den wachsenden Ausbaubedarf bei Betreuungsplätzen zu decken“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Zwar ist die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze aus Gribls Sicht gewahrt; gleichwohl gab er zu bedenken, dass der Bedarf an Kitaplätzen kontinuierlich weitergehen und der Finanzierungsanteil der Gemeinden durch den Wegfall des Förderzuschlags für neue Anträge ab dem 1. September steigen wird. DK

Informationen im Internet

Die 73 konkreten Einzelmaßnahmen sind auf der Internetseite des Bayerischen Wirtschaftsministeriums abrufbar: www.stmwi.bayern.de/energiepolitik/
BR-Podcast: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aiwangers-energie-wende-mit-freundlichem-antlitz,Rj26e3W>

spaltet, sondern von der Breite der Bevölkerung unterstützt wird“, sagte Aiwanger.

Solarenergie Potenzial der Sonne nutzen

Geplant ist ein kraftvoller Zubau von Photovoltaik (PV) mit einer Zubauleistung in Höhe von 3.200 Megawattpeak (MWP) bis 2022. Das entspricht einem durchschnittlichen Zubau von 800 MWP pro Jahr. Nach der bereits umgesetzten Ausweitung des Kontingents für PV-Freiflächen in benachteiligten Gebieten von 30 auf 70 Projekte in diesem Jahr, wird beabsichtigt, das Freiflächen-Kontingent nun weiter zu erhöhen. 2018 lag die PV-Leistung in Bayern insgesamt bei 12,5 Gigawattpeak (GWp). Mit dem nun geplanten Zubau um 3,2 GWp soll die Leistung im Sonnenland Bayern auf 15,7 GWp bis 2022 gesteigert werden. Vergangenes Jahr lag der Anteil der Solarenergie an der Bruttostromerzeugung in Bayern bei 15,9 Prozent.

Wasserkraft: Ausbau vollenden

Ziel ist es, den Stromertrag aus der Wasserkraft ausgehend vom langjährigen Mittel von 12,5 Terawattstunden (TWh) um eine zusätzliche TWh zu steigern. Mit einem Förderprogramm sollen Wasserkraftanlagen bei Ausbau und Modernisierung unterstützt werden. Neben der Solarenergie ist die Wasserkraft einer der Spitzenreiter bei den regenerativen Energiequellen zur Stromerzeugung in Bayern. Rund 4.200 Laufwasser- und Speicherwasserkraftwerke versorgen rechnerisch durchschnittlich rund 3,5 Millionen Haushalte in Bayern.

bestmögliche Voraussetzungen für den Weiterbetrieb bestehender Biogasanlagen und den Bau neuer Biogasanlagen in Bayern geschaffen werden. Die Forschungsmittel werden auf rund vier Millionen Euro im Jahr verdoppelt. Vergangenes Jahr lag der Anteil der Bioenergie an der Bruttostromerzeugung in Bayern bei 12,4 Prozent.

Mehr Windenergie: Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern

Die Windenergie in Bayern soll unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden. Ziel ist es, 300 neue Anlagen bis Ende 2022 auf den Weg zu bringen. Das entspricht etwa 1 GW neu installierter Leistung. 2018 lag die Leistung bei 2,5 GW. Im diesem Zeitraum erreichte die Windenergie einen Anteil von 6,1 Prozent an der Bruttostromerzeugung in Bayern.

Geothermie: Mehr Wärme aus der Tiefe unserer Heimat

Dank guter geologischer Gegebenheiten hat die Geothermie in Bayern großes Potenzial. Mit einem Masterplan wird die weitere Erschließung der Tiefenwärme ermöglicht. Bis 2029 soll die Vernetzung der Geothermie in Bayern durch drei neue Transportleitungen verbessert werden.

Versorgungssicherheit

Die Versorgungssicherheit ist in Bayern gemeinsam mit der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit das wichtigste energiepolitische Ziel. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit soll durch Gaskraftwerke garantiert werden. Die Vorteile von Pumpspeicherwer-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Frank
97782 Gräfendorf
am 14.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Rhein
97253 Gaukönigshofen
am 8.12.

Bürgermeister Josef Gutmiedl
94133 Röhrnbach
am 15.12.

Bürgermeisterin Marlene Bauer
97340 Segnitz
am 18.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gottfried Härtl
95688 Friedenfels
am 9.12.

OB Dr. Bernhard Gmehling
86633 Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

Bürgermeister Ludwig Nagel
91334 Hemhofen
am 11.12.

Bürgermeister Bernhard Dolp
87647 Unterthingau
am 13.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Menninger
97618 Hollstadt
am 11.12.

Landrätin Rita Zinnecker
87616 Marktobberdorf
am 13.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Heindel
91619 Oberzenn
am 16.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Reents
85399 Hallbergmoos
am 12.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Beim ersten Bayerischen Fachkräfteforum kamen Unternehmensvertreter, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Bildungsträger und weitere Interessierte ins Gespräch. Bild: www.altmuehlfranken.de

Auftakt einer bayernweiten Veranstaltungsreihe:

Bayerisches Fachkräfteforum in Gunzenhausen

Der Erfolg des Wirtschaftsstandortes Bayern wird auf Dauer nur sichergestellt, wenn in allen Regionen quantitativ und qualitativ ausreichend Fachkräfte bereit stehen. Eine wichtige Zielgruppe hierbei sind Fachkräfte mit Migrationshintergrund. Allerdings arbeiten viele nicht im erlernten Beruf und können ihr berufliches Potenzial nicht in vollem Umfang einsetzen. Mit Strategien zur Gewinnung und Integration befasst sich eine bayernweite Veranstaltungsreihe, die im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen ihren Anfang nahm.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag luden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen Fachkräfteforum ein. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten. Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden bei diesen Veranstaltungen ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Landrat Gerhard Wägemann wünschte den zahlreich erschienenen Teilnehmern, darunter Unternehmensvertreter, Bildungsträger, Mitarbeiter von Jobcentern und der Agentur für Arbeit, gute Gespräche und wertvolle Anregungen auf dem „Markt der Möglichkeiten“, ehe Anne Güller-Frey vom MigraNet – IQ Netzwerk Bayern das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ vorstellte.

Als eines der 16 Landesnetzwerke ist MigraNet Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt relevante Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen und Migrantinnen- und Migrantenorganisationen um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern. Die 16 Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet. Im Freistaat bündelt MigraNet 41 Teilprojekte mit 25 verschiedenen Partnern.

Gewinn für Wirtschaft und Gesellschaft

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. Zu den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen. Zur Fachkräftesicherung für Bayern beschreibt MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen.

Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie aus Landes-

Bundes- und EU-Ebene und initiieren entsprechende Projekte. Die hiesige Wirtschaft braucht mehr Fachkräfte aus Drittstaaten, machte Regina Konle-Seidl vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung deutlich. Rein rechnerisch reiche das Arbeitskräftepotenzial in der Region nicht aus, um den Arbeitskräftebedarf decken zu können. Jedoch sei die Einwanderung aus Drittstaaten nur zu einem geringen Anteil – circa zehn Prozent – erwerbsbezogen.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FKEG), das zum 1. März 2020 in Kraft tritt, soll Abhilfe schaffen. „Insbesondere soll das Gesetz die qualifizierte Zuwanderung aus Drittstaaten, vor allem für beruflich qualifizierte Fachkräfte und Auszubildende, erleichtern. Als Voraussetzung für eine Zuwanderung gelten die Arbeitsplatzzusage und die erfolgreiche Anerkennung der Gleichwertigkeit des Berufsabschlusses.“

Der Mensch im Mittelpunkt

Als erwartbare positive Wirkungen des FKEG wertet Konle-Seidl u.a. den Verzicht auf Steuerung über Engpasskriterien und Positivlisten, zudem ergebe sich durch die Öffnung für Personen mit ausgewiesenen berufspraktischen Kenntnissen ein größerer Flexibilitätsspielraum. Begrüßenswert seien zudem ehrgeizige Fristen im beschleunigten Fachkräfteverfahren sowie die angestrebte Verbesserung der Verwaltungsprozesse (Transparenz). Kritisch zu bewerten seien u.a. die Gleichwertigkeitsprüfung (Flaschenhals), geforderte deutsche Sprachkenntnisse auf B1 Niveau sowie die fehlende Flexibilität von Mindestanforderungen.

Ein gelungenes Praxisbeispiel ist die „Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH“, vorgestellt von Projektleiter Deniz Manoharan. Er gab den Teilnehmern eine erste Einführung in das „Diversity Management – Praktisch umgesetzt“. Diversity stellt die Persönlichkeit eines jeden Menschen in den Mittelpunkt. Die Reflexion des Handelns und eine Haltung für Vielfalt und gegen Diskriminierung steht für die gemeinnützige GmbH im Vordergrund. Damit grenzt sie sich bewusst von länderspezifischen Angeboten ab.

Wie Manoharan darlegte, beginnt Diversity Management in der obersten Führungsebene. Gezielte Diversity-Strategien helfen bei der Entfaltung ungeahnter Potenziale. MigraNet unterstützt die Arbeitgeber, indem

alle Phasen des Zuwanderungs- und Integrationsprozesses – Finden, Einstellen und Binden des Personals – begleitet werden.

Unterstützungsangebote für Unternehmen bietet die IHK Nürnberg für Mittelfranken mit dem „Firmenservice Internationale Fachkräfte“ an, den Franziska Röder erläuterte. Sie ist Ansprechpartnerin für Arbeitgeber und hat Antworten auf Fragen zu Rekrutierungsmöglichkeiten, Visum, Aufenthaltstitel und betrieblicher Integration.

Das Sprachlernprojekt „Fit in Deutsch“ ist ein Praxisbeispiel, über das die Bildungsbeauftragte im Landratsamt, Judith Koch, informierte. Alle Migranten aus dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen können ihre Sprachkenntnisse verbessern. Das Projekt soll Personen das Deutschlernen ermöglichen, die aus bestimmten Gründen nicht an einem offiziellen Integrationskurs teilnehmen können (Berufstätigkeit, fehlende Kinderbetreuung, Herkunftsland).

Als Modellversuch startete das Sprachlernprojekt „Fit in Deutsch“ für Migrantinnen und Migranten bereits Ende Februar 2019 in Gunzenhausen. Die Nachfrage war anfangs überwältigend: 52 Personen nahmen anfangs am Kurs teil, im November waren es noch 22 Teilnehmer. Austrittsgründe waren Abschiebungen und Sprachprüfungen.

Erwartungen übertroffen

Da die Erwartungen in Gunzenhausen mehr als übertroffen wurden und noch weitere Migranten Interesse bekundeten, wurde zeitnah mit den Planungen für Weißenburg als zweitem Standort begonnen. Bereits vier Wochen vor dem Start war die Anmeldeliste komplett. Zu Beginn absolvierten die Teilnehmer, die in der Mehrzahl ein EU-Aufenthaltsrecht besitzen, einen schriftlichen Einstufungstest, um das Sprachniveau zu bestimmen. Anhand dessen wurden die Teilnehmer in drei Gruppen eingeteilt. Im Mai 2019 wurde mit insgesamt 37 Migrantinnen und Migranten gestartet; Anfang November verzeichnete man bereits 45 Teilnehmer.

An beiden Standorten ist etwa knapp die Hälfte der Migranten berufstätig. Der jüngste Teilnehmer in Weißenburg ist 18 Jahre alt, der älteste 58, während in Gunzenhausen der jüngste 23 und der älteste 59 Lenze zählt.

Mitte Dezember 2019 werden Judith Koch zufolge die ersten Migranten einen offiziellen Deutschttest ablegen und ihr Sprachniveau zertifiziert bekommen. Nach der Zusage von Fördergebern kann das Projekt auch im Jahr 2020 fortgeführt werden. Neben den bereits vorhandenen Standorten Weißenburg und Gunzenhausen soll ein weiterer Standort im Süden des Landkreises hinzukommen. DK

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die gute Nachricht für die bayerischen Kommunen kam noch vor Weihnachten: Der Freistaat Bayern unterstützt 2020 die bayerischen Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) wie kein anderes Land. An die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden fließen zum ersten Mal über 10 Mrd. Euro.

Der Kommunale Finanzausgleich ist das zentrale Instrument der bayerischen Staatsregierung zur Unterstützung der Kommunen, um die an sie gestellten Anforderungen vor Ort bewältigen zu können. Im Rahmen unserer KPV-Vorgesprä-



gleichzeitige Belastung der Gewerbesteuerumlage bedeuten zusammen insgesamt über 1 Milliarde Euro mehr für die Städte und Gemeinden Bayerns. Der Freistaat Bayern hat hier Wort gehalten!

Gerade die finanzschwächeren Kommunen profitieren von den höheren Schlüsselzuweisungen, die auf über 150 Millionen Euro (+ 3,9 %) auf 4,05 Milliarden steigen. Auch im Bereich der Investitionszuweisungen für kommunalen Hochbau wie Schulen und Kindertagesstätten gibt es eine deutliche Aufstockung der staatlichen Zuschüsse um 50 Mio. Euro von derzeit 550 auf 600 Millionen Euro, dies entspricht einem Plus von 9,1 Prozent.

Besonders bemerkenswert: Der Freistaat belässt den Kommunen die deutlichen Entlastungen durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen in Höhe von ab dem Jahr 2019 rund 800 Millionen Euro pro Jahr. Die schafft weitere wichtige Spielräume.

Trotz aller erfreulichen Rekordinvestitionen des Freistaates stehen die Kommunen weiterhin vor großen Herausforderungen, die mit einem wachsenden Kostendruck verbunden sind. So müssen die Kommunen neben dem Hochbau auch in den Bereichen Personalwesen, Digitalisierung, Klimaschutz und Infrastruktur in Zukunft verstärkt vom Freistaat unterstützt werden. Als KPV haben wir diese Punkte klar auf der Agenda.

Gesegnete Weihnachtsfeiertage!
Ihr Stefan Rößle

Landratsvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Sattes Plus für die Kommunen

che mit den federführenden CSU-Staatsministern Albert Füracker (MdB) und Joachim Herrmann (MdB) haben wir unsere Anliegen erfolgreich einbringen können.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, das einige Tage später stattfand, kann sich sehen lassen und erfüllte die Forderungen der KPV: Die bayerischen Kommunen können für das Jahr 2020 mit einem kräftigen Plus rechnen.

Die Schlüsselzuweisungen steigen ebenso wie die dringend notwendigen Zuwendungen für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Der Finanzausgleich und die

Bayerischer Heilbädertag in Bad Gögging:

Gut vernetzt, viel bewegen

Startschuss für eine neue, vielversprechende Zusammenarbeit beim Bayerischen Heilbädertag in Bad Gögging: Der Ehrenspielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft Philipp Lahm kooperiert mit „Gesundes Bayern“, der gemeinsamen Initiative des Bayerischen Heilbäder-Verbandes (BHV) und der Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM). Dabei ist der Unternehmer und CEO der EURO GmbH nicht nur offizieller Botschafter der begleitenden Kommunikationskampagne, sondern entwickelt auch das neue medizinisch-therapeutische Präventionsprogramm #gesundkannjeder mit.

Wie Klaus Holetschek, Vorsitzender des BHV, bei der Veranstaltung unter dem Motto „Mit starken Partnern in die Zukunft“ feststellte, „spannt Philipp Lahm den Bogen zwischen den bayerischen Gastgeber-Qualitäten und einer gesunden, aktiven und achtsamen Lebensweise. Er verkörpert Sportgeist und Nachhaltigkeit und ist Vorbild für viele. Mit seinem Bekenntnis zu einem aktiven und gesunden Lebensstil lebt er die Vorzüge der bayerischen Heilbäder und Kurorte sympathisch vor.“

Das Gesundheitsprogramm, das Lahm gemeinsam mit Experten aus Sport, Medizin und Ernährungswissenschaft entwickelt, ist die Basis der Zusammenarbeit und soll zu einer gesunden, aktiven Lebensführung motivieren. Es ergänzt die in den Kurorten und Heilbädern vorhandenen, natürlichen Heilmittel Luft, Wasser, Moor und Sole auf moderne Weise und integriert die klassischen Naturheilverfahren nach Kneipp und Schroth modular. Bis zum Frühsommer 2020 werden Gäste das erste Modul buchen können. Das Angebot ist in seinem Ansatz einzigartig und wird so ausschließlich in Bayerns Kurorten und Heilbädern erlebbar sein.

Der Bayerische Heilbäder-Verband hat aktuell eine neue Offensive für allergikerfreundlichen Urlaub gestartet. Das Siegel „Für Allergiker qualitätsgeprüft“ zeigt, dass die Kriterien in den Orten vom TÜV Rheinland überprüft wurden. Nach Bad Staffelstein, Bad Füssing und Bad Aibling ist Bad Hindelang nun bereits der vierte Ort, der sich der Qualitätsoffensive des Bayerischen Heilbäder-Verbandes an-

geschlossen hat. Das Siegel des BHV ist drei Jahre gültig und signalisiert Urlaubern, dass sie in diesem Kurort eine umfassende Infrastruktur allergikerfreundlicher Angebote entlang der gesamten touristischen Servicekette vorfinden.

Wie der bayerische Staatssekretär für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Roland Weigert, mitteilte, sind die Übernachtungszahlen in Heilbädern oder Kurorten von 2017 auf 2018 um zwei Prozent auf insgesamt 24,2 Millionen gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Ankünfte um vier Prozent auf 5,7 Millionen gestiegen. Von den acht Orten in Bayern, die 2018 mehr als eine Million Übernachtungen erreicht haben, sind fünf Heilbäder und Kurorte.

Große Herausforderungen

Aufgrund der Strukturwandels der Branche (immer mehr Selbstzahler und intensiver Wettbewerb im Gesundheitsmarkt) stünden Bayerns Kurorte und Heilbäder vor nicht unerheblichen Herausforderungen, so Weigert. Umso erfreulicher sei es, starke und verlässliche Partner wie den Bayerischen Heilbäderverband und das Bayerische Wirtschaftsministerium an seiner Seite zu haben.

So sorgt die RÖFE (Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen) für nachhaltige Unterstützung der bayerischen Heilbäder und Kurorte. Im Zeitraum 2014 bis 2019 konnten so 43 Vorhaben mit insgesamt über 41 Millionen Euro mit ermöglicht werden. Auch konnten mit dem BRF (Bayerisches Regi-

onales Förderprogramm für die gewerbliche Wirtschaft) in den Jahren 2014 bis 2018 viele unternehmerische Vorhaben unterstützt werden. In über 200 Förderfällen wurden insgesamt fast 71,5 Millionen Euro an Zuwendungen ausgezahlt. Darüber hinaus konnten dem Gesundheitstourismus in diesem Jahr fast 1,5 Millionen Euro an Finanzmitteln für Marketing zur Verfügung gestellt werden.

Weigert zufolge „lässt mich die gute Zusammenarbeit all dieser starken Partner zuversichtlich in die Zukunft blicken. Wir ziehen an einem Strang und entwickeln tragfähige und innovative Konzepte.“ Neben der Marketingkampagne mit Philipp Lahm nannte der Staatssekretär die Projekte Waldgesundheit und Künstliche Intelligenz.

Bei Projekt eins gehe es im Kern darum, das Potenzial des Waldes als ortsgebundenes Heilverfahren in den Bayerischen Kurorten zu ermitteln und in 15 ausgewählten Pilotorten in Form von Kur- und Heilwäldern als neues Angebot umzusetzen. Mit Blick auf das Projekt Künstliche Intelligenz erklärte Weigert: „Die Digitalisierung erfasst und revolutioniert jede Branche. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Gesundheitstourismus die digitalen Weichen richtig stellen.“

Im Mittelpunkt des Projektes steht die Realisierung eines Chat Bot für die bayerischen Kurorte und Heilbäder. Der Chat Bot soll eine neutrale digitale Beratungsfunktion übernehmen und dem Nutzer auf angenehme und kompetente Weise bei der Auswahl des passenden Angebots zur Seite stehen. Weigerts Appell: „Die digitalen Berater müssen natürlich mit Informationen gefüttert werden. Hier brauchen wir Ihren Input! Unterstützen Sie uns bei diesem Vorhaben, denn letztlich kommt es ja Ihnen wieder zugute. Ein solch digitales Angebot wird sicherlich gerade jüngere Menschen ansprechen und noch größeres Gästepotenzial erschließen lassen.“ DK

Schallmauer...

(Fortsetzung von Seite 1)

die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, werden von 35 Millionen Euro auf 85 Millionen Euro erhöht (plus 142,9%) und fließen ab 2020 an alle Gemeinden. Zusammen mit den Mitteln für die Spitzabrechnung nach KAG stehen für die Kommunen im Jahr 2020 150 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist deutlich mehr, als die Kommunen bisher an Straßenausbaubeiträgen eingenommen haben. Das Sonderbaulastprogramm (u.a. Ortsumfahrungen, Radschnellwege) wird auf dem Vorjahresniveau von 40 Millionen Euro fortgeführt. Insgesamt stehen für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt im Jahr 2020 innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs damit über 700 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen wird 2020 mit 120 Millionen Euro dotiert; durch die in Aussicht gestellte Übertragung von Haushaltsresten stehen im Jahr 2020 voraussichtlich rund 140 Millionen Euro zur Verfügung.

Stärkung der Einnahmehasis

Die Landratsämter erhalten zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 2020 weitere 70 neue Stellen. Auch die eigene Einnahmehasis der bayerischen Kommunen wird im Jahr 2020 massiv gestärkt. Ab dem 1. Januar 2020 fällt die erhöhte Gewerbesteuerumlage weg. Allein dadurch haben die bayerischen Kommunen zusätzlich rund 800 Millionen Euro in der Kasse. Der Freistaat hat entsprechend weniger Einnahmen. Er verzichtet jedoch auf eine Kompensationsleistung und stellt damit abermals eindrücklich seine Kommunalfreundlichkeit unter Beweis.

Aus Sicht des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, erzielten die Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2020 unter Berücksichtigung der Erwartungen von zusätzlichen Leistungen außerhalb des Finanzausgleichs ein akzeptables Ergebnis. Der Freistaat werde beim vierten Investitionsprogramm zur Finanzierung der Kinderbetreuung noch erhebliches finanzielles Engagement zeigen. Dem Bayerischen Städtetag war es wichtig, mit Blick auf die rückläufigen Steuereinnahmen die Schlüsselzuweisungen zu stärken.

Gerechte Verteilung

Das Ergebnis der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2020 sei auch im Zusammenhang mit der im Januar zum FAG 2019 erfolgten Zusage des Finanzministers zu sehen, dass der Freistaat den Kommunen die deutlichen Entlastungen durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 33,5 Prozentpunkten ab dem Jahr 2019 belässt. Das Entlastungsvolumen beläuft sich auf rund 800 Millionen Euro pro Jahr.

Bedingt zufrieden zeigte sich Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl mit dem Verhandlungsergebnis: „Obwohl das Steueraufkommen insgesamt nochmals gestiegen ist, waren es schwierige Verhandlungen darüber, wie die Mittel gerecht verteilt werden sollen. Während wir guten Willen gezeigt haben, hat sich der Freistaat nur bedingt bewegt und damit leider die enormen Anstrengungen der Kommunen, die sie für Bayerns Bürgerinnen und Bürger erbringen, kaum ausreichend gewürdigt.“

Dass die Schlüsselzuweisungen um 150 Millionen auf 4,17 Mil-

liarden Euro gestiegen sind, ist laut Brandl sehr erfreulich. Dies komme vor allem den finanzschwachen Gemeinden in Bayern zugute. Nicht ganz zufrieden ist der Präsident mit den gestiegenen Investitionsfördermitteln für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen: „Es wäre dringend mehr Geld nötig gewesen. Wir haben unseren Beitrag geleistet; leider konnte der Freistaat nicht dazu bewegt werden, eigene Haushaltsmittel einzusetzen.“

Bereits im Jahr 2019 wurde vereinbart, dass ab dem Jahr 2020 der Freistaat Bayern keine Gewerbesteuerumlage mehr von den Städten und Gemeinden bekommen wird. Für die kommunalen Spitzenverbände sei es ein großer Erfolg gewesen, dass dieser Wegfall nicht aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs kompensiert werden muss. Daran hält der Freistaat fest. Brandl: „Dies ist Ausdruck gelebter Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen.“

„Wegen der sich tendenziell verschlechternden Finanzlage der Haushalte, wenig optimistischen Steuerschätzungen des Finanzministeriums und den großen Investitionen des Freistaats in den zurückliegenden Monaten waren wenig Spielräume für brennende Themen der Kommunen vorhanden“, konstatierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter.

Schlüsselzuweisungen erhöht

Positiv hervorzuheben sei zunächst die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Daneben sei es trotz herausfordernder Verhandlungsumstände gelungen, Schwerpunkte zu setzen. Dies gelte insbesondere für kommunale Baumaßnahmen und die Aufstockung der Hochbaufördermittel (Art. 10 FAG). „Die Kommunen gehen hier in Vorleistung und stärken damit die erforderlichen Investitionen in Schulen und Kindergärten“, betonte Bernreiter.

Positiv sei auch, dass im Bereich des ÖPNV und der Kommunalstraßenförderung über 2019 hinaus trotz weggefallener Zweckbindung der Bundesmittel an der Förderung der Kommunen in gleichem Umfang festgehalten wird. Bernreiter stellte jedoch klar, dass die Förderung der Verkehrsverbände außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erfolgreich sein muss. Daneben sei „für den Bereich ÖPNV- und Straßenbauförderung ebenso wie bei der Krankenhausförderung eine verlässliche Mittelfristplanung notwendig“.

Notwendige Personalaufstockung

Eine der wichtigsten Forderungen des Bayerischen Landkreistags außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs 2020 war die Aufstockung der Personalausstattung der Landratsämter. 2018 wurde erstmals öffentlich bekannt, dass die Landkreise aus ihren Haushalten zu Lasten der Kreisumlage etwa 1.450 Stellen für die Erfüllung staatlicher Aufgaben finanzieren. Der Freistaat hatte darauf in einem ersten Schritt mit 70 neuen Stellen in den Fachabteilungen in 2019 geantwortet und für 2020 weitere 70 Stellen zugesagt. „Wir sind dem Freistaat dankbar, dass er sich an diese Zusage hält. Auch in den Jahren 2021 und 2022 muss dann ebenfalls eine Fortsetzung folgen“, so der Verbandsschef.

Pflege und Eingliederung

Für die bayerischen Bezirke nahm insbesondere die künftige

Finanzierung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie der Hilfe zur Pflege einen hohen Stellenwert ein, sorgt doch vor allem die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) durch die dritte kommunale Ebene ab dem kommenden Jahr dort weiterhin für erheblich steigende finanzielle Belastungen. Präsident Franz Löffler mahnte daher mit Blick auf das in der Bayerischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip die Verantwortung des Freistaats an, für die sich bereits abzeichnenden und in noch größerem Maße zu erwartenden Kostensteigerungen einen staatlichen Ausgleich zu regeln. Vor allem sei in diesem Zusammenhang der Bund in deutlich höherem Maße gefordert.

Künftige Mehrbelastungen

Löffler zufolge sind in den Sozialhaushalten der Bezirke ab dem kommenden Jahr weitere Mehrbelastungen durch das vom Deutschen Bundestag bereits beschlossene Angehörigenentlastungsgesetz zu erwarten. Diese seien bisher weder durch den Bund, noch durch den Freistaat Bayern refinanziert. Auch wenn die Mehrkosten aus den angesprochenen zusätzlichen Belastungen im kommenden Jahr in einigen, jedoch nicht allen Bezirken noch einmal durch vorhandene Rücklagen mit abgedeckt werden könnten, drohten den Umlagezahlern künftig deutlich steigende Umlagesätze, die auf eine möglicherweise verhaltene Steuereinnahmendeckung bei den Gemeinden treffen.

Vor diesem Hintergrund ist die unveränderte Festschreibung der staatlichen Zuweisungen an die Bezirke in Höhe von 691,5 Millionen Euro auf dem Niveau des Jahres 2019 aus Sicht des Bayerischen Landkreistags ein Zwischenschritt, dem zwingend weitere, für die Bezirke positive strukturelle Veränderungen im Finanzausgleichssystem folgen müssen. **DK**

Kulturpreis...

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Hochschulen entstehen. „Jede Arbeit für sich bringt Wissenschaft, Gesellschaft oder die Kunst wieder ein Stück voran. Die Leistung unserer Preisträger ist Jahr für Jahr auch eine Leistungsschau unserer bayerischen Hochschullandschaft. Es ist beeindruckend, was dort entsteht“, betonte der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks, Reimund Gotzel.

Auf einer ihm bekannten Bühne stand der Schauspieler Stephan Zinner, der am Nockherberg-Singspiel üblicherweise in der Rolle des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder auftritt. Dieses Mal übernahm Stephan Zinner die Rolle des Laudators für die fünf Preisträger aus der Sparte Kunst. Dazu zählen die Japaner Nami Kamata und Miyaji Mann. Als Musikduo Cocoonami verbinden die Künstler mit ihrer Musik japanische Klänge mit bayerischer Volksmusik. Seit vielen Jahrzehnten schaffen die Wahlmünchner so eine völlig neue Art von Weltmusik. Mit Titeln wie „Chiemgauer Dreher“, „König Ludwig Lied“ oder „Isarmärchen“ blicken Cocoonami gekonnt, augenzwinkernd und mit eigener Note auf die Vielfalt bayerischer Folklore.

Ein weiterer Kulturpreis geht an den Bildhauer Sebastian Kuhn. Der bildende Künstler schafft teils großformatige Skulpturen. Eine besondere Note seiner Kunst ist dabei die Offenheit für viele Materialien.

Ausgezeichnet wurde ebenso die Schauspielerin Juliane Köhler. Viele Jahre wirkte sie bereits am Bayerischen Staatsschauspiel in München. Sie spielte be-

Taten statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

deckender Ausbau der technischen Infrastrukturen. Dabei gehe es sowohl um eine zeitgemäße Versorgung mit schnellem Internet und leistungsstarkem Mobilfunk als auch um die Schaffung zusätzlicher Angebote im Nah- und Fernverkehr. „Nur wenn wir es schaffen, die zurzeit unterversorgten Regionen ähnlich gut zu bedienen wie die Ballungsräume, kann es gelingen, den Zuzugsdruck auf die Städte zu verringern und den Menschen eine Perspektive an ihrem Wohnort zu bieten. Dafür sind ein gutes Verkehrsangebot und eine vernünftige Netzanbindung unabdingbar“, stellt Brandl und Landsberg fest.

Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, seien zusätzliche Finanzmittel zwingend erforderlich. „Gerade die Infrastrukturvorhaben können wir nicht aus den bereits vorhandenen Mitteln

finanzieren. Es werden Investitionen in Milliardenhöhe notwendig sein“, hob Brandl und Landsberg hervor. Dafür brauche man einen fest verabredeten Zeitplan und eine langfristige Zusage über die entsprechenden Mittel. „Bei aller Diskussion ums Geld muss klar sein: Wir reden über dringend notwendige Investitionen in die Zukunft unseres Landes“, so Brandl und Landsberg.

Ganztagsbetreuung

Nach eingehender Diskussion verabschiedete das Präsidium des DStGB zudem eine Resolution zum Thema Ganztagsbetreuung in der Schule. Dazu heißt es: „Wenn der Bund gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Versprechungen abgibt, muss er die Umsetzung gewährleisten. Die Bundesregierung hat sich zum Konnexitäts-

Landrat Stefan Rößle beim Gespräch mit Staatsminister Glauber:

Personalverstärkungen im Veterinärbereich

Die mangelnde Personalausstattung der Veterinärverwaltungen war Thema eines Gesprächs, zu dem der Bayerische Umweltminister Thorsten Glauber die schwäbischen Landräte auf deren eindringlichste Bitte hin nach München eingeladen hatte. Auch Landrat Stefan Rößle war bei dem Gespräch dabei. Begleitet wurde er vom Leiter des Bereichs Veterinärmedizin und Verbraucherschutz am Landratsamt, Dr. Thomas Kellner.

Auch am Landratsamt Donau-Ries ist die Personalsituation angespannt. Von den 4,5 Planstellen, die der Behörde für Amtstierärzte von staatlicher Stelle zustehen, sind aktuell in der Zeit von Mitte Dezember 2019 bis Mitte Juni 2020 zwischen 1,8 und 3,3 Stellen tatsächlich besetzt. Die Schwankungen sind dadurch bedingt, dass sich ein Teil der Amtstierärzte noch in Ausbildungsmaßnahmen befindet und sich deren effektive Anwesenheit im Amt reduziert. Außerdem ist von 2 Planstellen für Veterinäras-

sistenten seit März 2019 nur eine besetzt. In der Folge kommt es dazu, dass immer häufiger Überlastungsanzeigen geschrieben werden. Außerdem führt die personelle Unterbesetzung zu einer nicht ausreichenden Kontrollichte und -häufigkeit.

Zusage des Ministers weckt Hoffnung auf Linderung

Die in dem Gespräch erfolgte Zusage von Staatsminister Glauber, 22 neue Stellen für Amtstierärzte an den Veterinärämtern und

ler mit humoristisch-melancholischen, nachdenklich-heiteren Anekdoten aus seinem Leben. Aufgrund dieser glücklicherweise nie enden wollenden künstlerischen Vielfalt ist es mir deshalb eine große Ehre und Freude, Ottfried Fischer den Sonderpreis des Kulturpreises Bayern 2019 zu verleihen!“, so Siblinger.

Preise für Kunst und Wissenschaft

Der Kulturpreis Bayern geht auf das Jahr 1959 zurück. 2005 wurde dieser Preis auf ganz Bayern ausgedehnt. Neben den fünf Kunstpreisträgern werden jährlich 33 Absolventinnen und Absolventen der bayerischen Kunsthochschulen, Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgezeichnet. In der Kategorie Kunst ist der Preis mit 5.000 Euro, in der Kategorie Hochschulen mit 2.000 Euro dotiert. Alle Preisträger erhalten die vom Schwandorfer Bildhauer Peter Mayer geschaffene Bronzeplastik „Gedankenblitz“. Den Kulturpreis Bayern verleiht das Bayernwerk in Partnerschaft mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

„Dieses Engagement begleitet unser Unternehmen seit mittlerweile 60 Jahren: Es ist sicher selten, dass ein gesellschaftliches Engagement den Großteil einer bald 100-jährigen Unternehmensgeschichte derart prägt, wie der Kulturpreis die Geschichte des Bayernwerks. Darauf und vor allen Dingen auf die vielen Preisträger sind wir sehr stolz. Die Unterstützung des kulturellen Wirkens in Bayern bleibt uns ein Herzensanliegen“, betonte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks. **□**

prinzip bekannt. Dazu gehört ein deutlicher dauerhafter Beitrag für Investitionen, Personal- und Betriebskosten. Andernfalls werden der Frust und die Politikverdrossenheit zunehmen.“

Nach Analyse folgt die Tat

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet, dass der Bund mit den Ländern in Abstimmung mit den jeweiligen kommunalen Spitzenverbänden auf der Grundlage von Ist-Analysen und Bedarfsprognosen konkrete Konzepte erarbeitet. Dazu zählen die nachhaltige Finanzierung, die Personalgewinnung und die Sicherstellung der notwendigen baulichen wie auch ausbildungskapazitären Voraussetzungen. Bisher liegen solche Konzepte laut Verband nicht flächendeckend vor. Ohne diese Maßnahmen sei ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule in weiten Teilen des Landes nicht realisierbar. **DK**

20 Springerstellen an den Regierungen vorzusehen, weckt Hoffnung und ist ein Anfang, die eklatante Unterbesetzung im Veterinärbereich zu lindern.

Allerdings bedeuten 22 neue Veterinäre, dass nicht einmal jedes dritte bayerische Veterinäramt eine zusätzliche Stelle erhal-



Staatsminister Thorsten Glauber

Bild: stmuv

ten würde. Im Hinblick darauf, dass jedes Amt Bedarf angemeldet hat, kann damit der Notstand nicht abgewendet werden. Allein für die in Aussicht gestellten zusätzlichen Stellen neues Personal zu finden, gestaltet sich erfahrungsgemäß schwierig. Der Frauenanteil in der jungen Tierärzteschaft ist sehr hoch und liegt weit über 90%.

Nach kurzer Berufstätigkeit stehen die Veterinärinnen in vielen Fällen wegen Elternzeit nicht zur Verfügung. Für diese dann befristet zu besetzenden Stellen finden sich kaum Interessenten. Die schon lange geforderte Einstellung von „Springern“ an den Regierungen könnte Abhilfe schaffen. Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass das amtstierärztliche Arbeitsfeld immer komplexer und auch komplizierter wurde. Kontrollen können daher oftmals von einem Amtstierarzt nicht mehr alleine durchgeführt werden. Die notwendige Spezialisierung bedingt einen hohen Personalbedarf. Zudem fordern Korruptionsprävention und Qualitätsmanagement das 4-Augenprinzip, das heißt wo früher ein Amtstierarzt ausreichend war, sind heute zwei notwendig. Es darf auch nicht vergessen werden, dass neues Personal erst eingearbeitet und ausgebildet werden muss. Dafür muss unter günstigen Voraussetzungen ein Zeitraum von zwei Jahren eingeplant werden. Die angekündigte moderate Personalmehrung alleine ist daher nicht das Allheilmittel für die aktuelle Situation, aber sie verschafft zumindest etwas Entspannung und weckt die Hoffnung auf Linderung. **□**



Große Gesprächsrunde im Straubinger Landratsamt.

Bild: Kerstin Leicht, Landratsamt Straubing

Gelebte Partnerschaft mit Tunesien

Studienreise tunesischer Kommunalvertreterinnen und -vertreter nach Bayern

Wie sind Städte und Gemeinden in Deutschland organisiert? Wie funktioniert Gemeindeentwicklung in Bayern? Mit diesen Fragen und ihren eigenen Erfahrungen aus der jungen Demokratie Tunesien im Gepäck reiste eine Delegation aus acht tunesischen Kommunen eine Woche lang durch Bayern.

Im Fokus des Besuchs standen fachlicher Austausch und persönliches Kennenlernen. Neben den tunesischen Gästen, darunter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Stadträtinnen und Stadträte, waren vier bayerischen Städte und Gemeinden an der Studienreise beteiligt, die sich für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Bayern und Tunesien interessieren: Ascha und Kollnburg in Niederbayern, die Stadt Ebern in Unterfranken und der Markt Weidenbach in Mittelfranken.

Bei dem Projekt handelt es sich um ein Pilotvorhaben im

Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), durchgeführt von Engagement Global mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung.

Eingerahmt wurde die Studienreise durch einen Auftaktworkshop in Weidenbach und einen Abschlussworkshop in den Räumen der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Zudem standen Besuche in Ascha, Kollnburg und Weidenbach, im Landratsamt Straubing-Bogen sowie beim Zweckverband Abfall-

Tourismusverband Viechtacher Land auf dem Programm.

Während des Auftaktworkshops stellten die Gäste aus Nordafrika und ihre bayerischen Partner ihre jeweiligen Kommunen vor. Gerade die Politik für den ländlichen Raum stieß auf großes Interesse.

Interkommunale Zusammenarbeit

Inhaltlich wurden schnell Gemeinsamkeiten deutlich. Beim Besuch in Ascha war dies beispielsweise das Thema Erneuerbare Energien, das auch in Tunesien von großer Relevanz ist. Der interkommunale Zusammenarbeit galt ein weiterer Programmpunkt. Kollnburg stellte hier seine gemeinsamen Aktivitäten mit der Kommune

Deutscher Landkreistag:

Neue EU-Kommission sollte Kommunen besonders in den Blick nehmen

Am 1. Dezember trat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen mit ihrem neu zusammengestellten Kollegium ihr Amt an. Die neue EU-Kommission steht vor zentralen Herausforderungen, die einer kraftvollen Lösung bedürfen. Der Deutsche Landkreistag hat dazu Forderungen aufgestellt mit dem Ziel, die europäischen Regelungen auf kommunaler Ebene praktikabel zu gestalten und so die Akzeptanz der europäischen Politik bei Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

Der Deutsche Landkreistag fordert die neue Kommission etwa auf, im Rahmen der angekündigten „Vision für die ländlichen Räume“ eine echte europäische Agenda zu schaffen. DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager mahnt: „Die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume muss durch finanzielle Unterstützung gestärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse über Deutschland hinaus auch auf europäischer Ebene als Ziel verankert werden. Ländliche Gebiete sind auch außerhalb der Landwirtschaft wesentlicher Wirtschafts- und Lebensraum.“ Hinsichtlich des von der Präsidentin angekündigten Ziels eines für das digitale Zeitalter gerüsteten Europas hält Sager neben flächendeckender Mobilfunkversorgung mit 5G den gesicherten und schnellen Breitbandausbau auf dem Land für essenziell.

Die Kommission müsse Markterkundungsverfahren für größere Planungssicherheit vor Ort dringend verbindlich ausgestalten.

Neuanfang in der Migrationspolitik

Der kommunale Spitzenverband unterstützt zudem die Vorgabe von der Leyens für einen Neuanfang in der europäischen Migrationspolitik. DLT-Präsident Sager gibt dabei zu bedenken: „Dieser kann nur gelingen, wenn neben dem wirksamen Schutz der EU-Außengrenze die neue europaweite Lastenverteilung solidarisch erfolgt“. Ihr weiteres Ziel der Schaffung einer Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgehe, werde im Bereich der europäischen Finanzpolitik außerdem nur erreicht, wenn die Besonderheiten der Sparkassen anerkannt wür-

den. „Eine europäische Einlagenversicherung muss die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausreichend berücksichtigen. Außerdem dürfen kleinere risikoarme Finanzinstitute nicht den gleichen Vorgaben unterliegen wie große, systemrelevante Banken“, ist Sager überzeugt.

Der von der Kommissionspräsidentin anvisierte sog. Europäische „Green Deal“ dürfe im Hinblick auf das europäische Wettbewerbs- und Binnenmarktrecht zudem nicht mit überbordenden neuen rechtlichen Verpflichtungen einhergehen. Sager dazu: „Vergabeverfahren dürfen nicht mit zahlreichen verbindlichen Politikzielen überfrachtet werden, die die Verfahren angreifbar machen. Vielmehr müssen die Kommunen im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts weiterhin da, wo sie es für sinnvoll erachten, frei darüber entscheiden können, ob sie Beschaffungen grün, sozial oder innovativ oder lediglich nach dem niedrigsten Preis durchführen.“ Auch das Beihilferecht dürfe nicht für neue Politikziele missbraucht werden, sondern müsse weiterhin seinem ursprünglichen Zweck der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten dienen.

Sozialpolitische Prioritäten

Mit Blick auf die ebenfalls in Aussicht gestellten zahlreichen sozialpolitischen Prioritäten betonte der DLT-Präsident zum Schluss, dass in erster Linie die Mitgliedstaaten für die Festlegung ihrer Beschäftigungs- und Sozialpolitik zuständig seien. Die konkrete Ausgestaltung der angekündigten Instrumente eines europäischen Mindestlohns und einer europäischen „Arbeitslosenrückversicherung“ blieben daher abzuwarten. Eine Anpassung der europäischen Regelungen für das Kindergeld von EU-Bürgern, deren Kinder in anderen Mitgliedstaaten leben, an die dortigen Lebenshaltungskosten hält er allerdings für unausweichlich.

Viechtach im Tourismus-Bereich vor. Die Stadt Ebern erläuterte die Vorzüge einer Zusammenarbeit mehrerer Kommunen, um die anstehenden Zukunftsaufgaben zu meistern und präsentierte die Baunach-Allianz – ein Zusammenschluss von elf Städten und Gemeinden aus Unter- und Oberfranken, der gemeindeübergreifend in den Handlungsfeldern Wirtschaft, Verkehr, Natur, Umwelt und Daseinsvorsorge zusammenarbeitet.

Viele Gemeinsamkeiten

In Frage- und Diskussionsrunden sowie den Exkursionen wurde das rege Interesse der tunesischen Kommunalakteure vor allem bei den Themen Abfallmanagement, ländliche Entwicklung, Wirtschaftsförderung, Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien deutlich. Schnell stellte sich heraus, dass die kommunalen Fragestellungen durchaus vergleichbar sind.

Kein Wunder, dass das Interesse an einer künftigen Zusammenarbeit groß war. Die Grundlagen für eine gedeihliche Partnerschaftsarbeit waren gelegt.

Unterstützung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Für das nächste Jahr ist der Gegenbesuch der Bayern in Tunesien geplant. Diese Fachinformationsreise wird der Vertiefung des fachlichen und des persönlichen Austauschs dienen. Die Tür für weitere bayerische Kommunen, die sich für das Projekt interessieren, steht weiterhin offen.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht mit Rat und Tat zur Seite. □



Austausch mit Israel:

Gegenseitig Kennenlernen und Vorurteile abbauen

Im Mittelpunkt stand das gegenseitige Kennenlernen – rund 20 Jugendliche aus Israel wurden zusammen mit ihren deutschen Gastgebern sowie Schulleitern verschiedener bayerischer Schulen von der Stadt Würzburg empfangen.

Stadtrat Alexander Kolbow, der die Gäste im Ratssaal begrüßte, unterstrich wie wichtig es sei, miteinander in Kontakt zu kommen und sich gegenseitig kennenzulernen. „Würzburg an sich ist dabei eine internationale und offene Stadt“, stellte Kolbow die gastgebende Stadt mit ihren Schulen und Hochschulen vor. Im Zweiten Weltkrieg größtenteils zerstört, leben heute rund 130.000 Menschen in Würzburg, darunter knapp 40.000 Studenten. Dabei betonte Kolbow, dass es in dieser offenen und internationalen Stadt gelungen sei, das Rathaus von Rechtsextremisten freizuhalten. Dies sei auch Ziel für die anstehende Kommunalwahl für ein demokratisches Miteinander.

Auch wenn zwei Drittel der Deutschen gegen Antisemitismus auf die Straße gehen wür-

den, so haben doch rund 20 Prozent Ressentiments gegenüber Juden, hob Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden hervor. „Diese Zahl ist zwar nicht größer geworden, aber man traut sich wieder etwas zu sagen“, stellte Schuster fest. Der rechtsextreme Tiefpunkt der jüngsten Zeit sei das Attentat von Halle gewesen. „Aber ich glaube, man hat dieses Signal verstanden“, so Schuster, der den Jugendaustausch mit Israel begrüßte: „Das beste Mittel gegen Antisemitismus ist, sich gegenseitig kennenzulernen“, so Schuster. Dies sei der beste Weg, um gegenseitig Vorurteile abzubauen.

Um dieses Kennenlernen zu unterstützen, lud Kolbow im Namen der Stadt im Anschluss zum Empfang und Austausch ein.

Bild: Christian Weiß



Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Bayerisches Afrikapaket knüpft langfristiges Netzwerk

Nachhaltige Hilfe und wertvoller Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung in Afrika

Dr. Florian Herrmann, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, zog beim Afrikaforum im Prinz-Carl-Palais eine positive Zwischenbilanz der Bayerischen Afrikastrategie.

Sie soll weiter ausgebaut werden. „Mit ihr knüpfen wir ein langfristiges Netzwerk, mit dem Bayern nachhaltige Hilfe auf Augenhöhe leistet. Wir wollen keinen Investitionskolonialismus, sondern machen uns stark für langfristige Partnerschaften als Basis für Stabilität und Entwicklung“, so Herrmann.

Schwerpunkte liegen auf den Staaten Äthiopien, Tunesien, Senegal und den südafrikanischen Regionen Westkap und Gauteng. Mit den bayerischen Kernkompetenzen: Schulische Bildung und Wissenschaft, wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Bildung, Landwirtschaft und Umwelt sowie dem Aufbau einer leistungsstarken öffentlichen Verwaltung könne man wertvolle Hilfe anbieten. Das im April 2019 eröffnete Bayerische Afrikabüro in Addis Abeba ist zentraler Anlaufpunkt und Drehscheibe für den Kontakt mit Äthiopien und ganz Afrika.

Eine Broschüre zum Bayerischen Afrikapaket stellt konkrete bayerische Projekte vor Ort vor. □

Bayerische Wassertage in Augsburg:

Schützenswerte Ressource

Aktuelle Entwicklungen im Wasserrecht, Trinkwassergewinnung und Trinkwasserversorgungsanlagen, Starkregen und urbane Sturzfluten sowie der verantwortliche Umgang mit Abwassernebenprodukten u.a. den thematischen Mittelpunkt der 15. Bayerischen Wassertage in Augsburg. Veranstalter wurde die Tagung vom Förderverein KUMAS in Zusammenarbeit mit den Partnern Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG Harburg, MVV Industriepark Gersthofen GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU).

Beim Erreichen eines guten ökologischen und chemischen Zustandes seiner Gewässer hinkt Deutschland laut Catrin Schiffer vom Bundesverband der Deutschen Industrie noch weit hinter den Anforderungen hinterher. Stand 2018 erreichte kein einziges Bundesland die nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gesteckten Ziele. Auch zeichne sich ab, dass sich daran bis zum Ende des nächsten Bewirtschaftungszyklus, also bis zum Jahre 2027,

nichts ändere und die Ziele weiter verfehlt werden. Auch im EU-Durchschnitt hätten lediglich 38 % der Oberflächengewässer einen guten chemischen Zustand und nur 40 % einen guten ökologischen Zustand bzw. gutes ökologisches Potenzial. Der Grund sei u.a., dass eingeleitete Maßnahmen nur zeitverzögert Wirkung zeigten.

Fristverlängerungen zur Erreichung der Ziele sind, so Schiffer, nach dem Jahr 2027 nur noch unter erschwerten Bedingun-

gen bzw. gar nicht mehr möglich. Deutschland werde sich ab dann also – wie auch andere EU-Mitgliedsstaaten – in einem dauerhaften Vertragsverletzungsverfahren befinden. Um die Ziele bis 2027 zu erreichen, werden enorme Anstrengungen aller beteiligten Kreise notwendig sein, um drohende Klagen abzuwenden.

Sonderforschungsbereich Mikroplastik

Von den Arbeiten im „Sonderforschungsbereich Mikroplastik“ berichtete Dr. Martin Löder von der Universität Bayreuth. Dort werden neue, wissenschaftlich fundierte Grundlagen für die Bewertung der Umwelt Risiken von Massenkunststoffen erarbeitet. Haupteintragspfade von Plastik – egal ob Makro- oder Mikroplastik – sind Löder zufolge Flüsse, die als Zubringer für Meere anzusehen sind. Auch in Binnengewässern kann aber inzwischen in nahezu jeder Probe Mikroplastik festgestellt werden. Insbesondere in den Sedimenten der Uferbereiche werden hohe Konzentrationen registriert – teilweise bis zu 130.000 Partikel pro qm. Über die genauen Eintrags- und Wirkungsmechanismen liegen Stand heute allerdings noch viel zu wenige Daten vor, um konkrete Handlungsempfehlungen z. B. für den Gesetzgeber, auszusprechen.

Die bayerischen Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahrzehnten mit erheblichem Aufwand und hohen Investitionen ein umfassendes

unterirdisches Leitungsnetz errichtet. Etwa 100.000 km an öffentlichen Abwassersammelkanälen und rund 115.000 Kilometer an öffentlichen Trinkwasserleitungen liegen im Untergrund Bayerns verborgen. Diese Länge entspricht etwa dem fünffachen Erdumfang.

Die Instandhaltung der Trinkwasserverteilnetze ist insbesondere für viele kleine bayerische Gemeinden, Zweckverbände oder Wasserversorgungsunternehmen eine große Herausforderung, wie Gerd Haag vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Hof darlegte. Bisher werden Überprüfungen und Sanierungen der Leitungsnetze häufig nach der finanziellen Situation der Gemeinde bzw. einem festen Anteil des Gebührenaufkommens durchgeführt und nicht nach dem Zustand der Leitungen und dem tatsächlichen Sanierungsbedarf. Dies kann negative Folgen für die Umwelt und für die Anschlussnehmer haben.

Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen

Etwa 10 bis 15 Prozent aller Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen in Bayern müssen in den kommenden Jahren saniert oder erneuert werden. Damit gehen hohe Kosten und ggf. Einschränkungen bei der Nutzung für die Kunden einher. Mit der Kampagne „Schau auf die Rohre“ wollen die Fachbehörden sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den kommunalen Entscheidungsträgern mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit der Instandhaltung der Netze schaffen.

Bis dato wurde in jedem Regierungsbezirk mindestens ein Aktionstag durchgeführt, informierte Haag. In der verbliebenen Kampagnenlaufzeit (bis Mitte 2021) sind weitere Informationsveranstaltungen im Rahmen von „Aktionstagen“ und Bürgerveranstaltungen geplant.

Wie es gelingt, Abwassernetze verantwortlich zu betreiben, darüber informierte Dr. Herbert Rauscher, MVV Industriepark

ab und führen somit zu einem schleichenden Leistungsabfall.

Bereits Anfang der 1990er Jahre entwickelten die Hofer ein rein mechanisches Verfahren zur Brunnenregenerierung (JET Master®) weiter, das mithilfe von Druckwellenimpulsen mit Wasserhochdruck die Ablagerungen im Brunnen tiefenwirksam und damit sehr nachhaltig löst. Und das ohne den Einsatz von Chemie.

Das zugehörige Düsenrotationsaggregat haben die Brüder Etschel in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und in vielen Ländern patentieren lassen. Unter dem Namen MAXINOZ® wurde es jahrelang erprobt und seit Patenterteilung in den Markt eingeführt. Damit plant die Familie mittelfristig eine weitere Expansion, wobei man nach Unternehmensangaben mit rund 11.000 regenerierten Brunnen heute schon deutschlandweit zu den Marktführern zählt und in einigen Exportmärkten tätig ist. In Großbritannien hat das Unternehmen bereits einen Lizenznehmer für seine Technik, in Skandinavien arbeitet man mit einem Partner exklusiv zusammen, aber auch in den asiatischen Raum hat man schon Anlagen geliefert.

In Deutschland sind die Regelwerke (DVGW) weltweit auf höchstem Niveau. „Dieser Made in Germany-Vorteil hilft uns sehr“, führt Etschel weiter aus und betont, „auch der Nordamerikanische Markt ist interessant“. Dorthin könnte die nächste Reise für das mittlerweile in Planegg bei München ansässige Unternehmen gehen. □

Gersthofen GmbH. Abwassernetze sind nach seinen Ausführungen nicht statisch, sondern unterliegen einer kontinuierlichen Änderung. Da es sich um „verborgene“ Anlagen handelt, sei die Dokumentation eine wichtige Grundlage für alle Entscheidungen zum Betrieb und Erhalt der Anlage. Die speziellen Rahmenbedingungen im Umfeld der Anlage erschweren eine Vergleichbarkeit mit kommunalen Kanalsystemen. Für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sollten aufgrund des Umfeldes erprobte und bewährte Dienstleister zum Einsatz kommen.

Mehr Starkregenereignisse

Die Sommer der letzten Jahre brachten immer neue Temperatur- und Hitzerekorde mit sich, gleichzeitig aber lokal immer häufigere Starkregenereignisse. Nach trockenen, heißen Tagen folgten extreme Regenfälle. Diese Beobachtung lässt sich auch statistisch nachvollziehen, wie Maria Foltyn vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Hof anhand der Ergebnisse verschiedener Studien nachweisen konnte. Die wichtigste Erkenntnis dabei: Starkregen ist im Prinzip immer und überall möglich. Ein Zusammenhang mit dem Klimawandel ist gegeben, denn wärmere Luft kann auch mehr Wasser aufnehmen, das sich dann bei ungünstigen meteorologischen und kleinklimatischen Bedingungen schlagartig in heftigen Regengüssen niederschlägt.

Auch für Kommunen ist es aus Foltyns Sicht unerlässlich, sich vor den negativen Folgen zu wappnen. Digitale Modelle seien in der Lage, künftig die Vorhersagen von Starkregenereignissen zu verbessern und somit

zur Schadensreduzierung beizutragen. Aus Analysen zur Gefahreneermittlung und Risikobeurteilung könnten Maßnahmenpläne für eine wirksame, vorbeugende Planung entwickelt werden.

Absicherung gegen Naturgefahren

Wie Dr. Miriam Dühnforth von der Versicherungskammer Bayern beispielhaft belegen konnte, wurden zwischen 2002 und 2019 von 26 der größten Elementarschadensereignisse 21 Ereignisse durch Starkregen verursacht. Die Prognosen zum fortschreitenden Klimawandel ließen erwarten, dass sowohl die Zahl der Ereignisse als auch die Schadensumfänge im Laufe des 21. Jahrhunderts zunehmen werden.

Während in Deutschland heute 43 Prozent aller Gebäude mit einer Elementarschadenversicherung gegen Naturgefahren versichert sind, haben in Bayern bislang nur 34 Prozent der Häuser diesen elementaren Schutz, berichtete Dühnforth. Dabei könnten im Freistaat Bayern 99,8 Prozent der Gebäude problemlos versichert werden. Für die verbleibenden 0,2 Prozent seien meist individuelle Lösungen nach einer Besichtigung vor Ort möglich.

Noch wichtiger ist die Absicherung gegen Naturgefahren jetzt auch aufgrund eines Kabinettsbeschlusses der Bayerischen Staatsregierung, so Dühnforth: Seit dem 1. Juli 2019 gibt es keine staatlichen Soforthilfen mehr, sofern die Immobilie gegen Elementarschäden versicherbar gewesen wäre. Deshalb sei es wichtig, sich selbst gegen Elementarschäden bei Naturkatastrophen abzusichern. Nur eine Versicherung biete verlässlichen Schutz. **DK**



Die ETBS-Führungsmannschaft – v.l.: Vertriebsleiter Robert Pietsch, Geschäftsführer Gerhard Etschel und Dipl.Ing. Maik Schmidt. Bild: Etschel Brunnenbau

Vom Brunnenbau bis zur Ausrüstung von Kläranlagen

Familie Etschel feiert 100-jähriges Firmenjubiläum anlässlich des DVGW Wassertreffs in Hof

Die bewegte Geschichte der Hofer Unternehmerfamilie Etschel dreht sich seit hundert Jahren um die Wasserwirtschaft. Unter dem Motto „Familie Etschel – 100 Jahre im Dienst der Wasserwirtschaft“ begibt die Familie mit hundert geladenen Gästen anlässlich des DVGW Wassertreffs in Hof ihr Jubiläum. Auch wenn sich das eine oder andere Geschäftsfeld gewandelt hat oder Firmenteile verkauft wurden, ist das Unternehmen mit Gerhard Etschel, dem Urgrößenkel des Firmengründers, und der Etschel Brunnenbau GmbH nach wie vor am Markt aktiv.

„Unsere Firmengeschichte war bewegt und geprägt von unternehmerischen Entscheidungen“, sagte Etschel, anlässlich der Jubiläumsfeier zum 100. Jahrestag der Firmengründung der Etschel & Meyer Tiefbohrunternehmung (E&M) in Hof. Ende des Jahres 1918 habe sein Urgroßvater Christian Etschel zusammen mit seinem damaligen Geschäftspartner Karl Meyer in einem Wirtshaus die Idee gehabt, ein Brunnenbauunternehmen zu gründen, sagte Etschel. Im Jahr 1919 wurde aus der Idee Realität. Neben dem eigentlichen Brunnenbau stellte man von Anfang bis heute alle Anlagen und Geräte selber her.

1928 stieg Karl Meyer als Gesellschafter wieder aus, blieb aber noch bis 1934 beschäftigt. Stück für Stück wuchs der Betrieb, bis am Ende des Zweiten Weltkrieges das Geschäft einen jähren Dämpfer erhielt. Die Firma wurde fast gänzlich enteignet, denn 85 von insgesamt 90 Bohrgeräten, nämlich jene die im Ausland Brunnen bohrten, gingen verloren. Wieder war unternehmerische Risikobereitschaft gefordert, so der stellvertretende Präsident des LFU Bayern, Dr. Richard Fackler in seiner Laudatio zum Festabend.

Ein mehrjähriger Bohrauftrag zur Erkundung der Machbarkeit des Dammbaus am Sylvensteinstausee sicherte das Überleben. Mit der Währungsre-

form kam der Aufschwung. 1949 folgte die Gründung der Etschel&Meyer Unterwasserpumpen GmbH (EMU), die sich im Laufe der Jahrzehnte auf die Herstellung von Unterwasserpumpen, Abwasserpumpen, Kläranlagenausrüstung und Anlagenbau spezialisierte. „Bei allem Pioniergeist hatte die Familie immer im Auge, was Kunden im Rahmen von Megatrends benötigen“, wie Gerhard Etschel sagte.

Historie

Im Zuge der Ölkrise in den 1970er Jahren war E+M gezwungen, Auslandsmärkte für den Brunnenbau in Afrika zu erschließen. EMU meisterte die Krise ohne Probleme. In den 1990er Jahren folgte eine rasante Expansion beider Firmen, bedingt durch die Grenzöffnung, aber auch durch den Ausbau des internationalen Geschäftes. „Zum 75-jährigen Jubiläum im Jahr 1994 zählte die Etschel-Gruppe rund 900 Mitarbeiter und avancierte damit zum zweitgrößten Arbeitgeber der Stadt Hof“, so Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner anlässlich des 100-jährigen Jubiläums.

Erst 2003 und 2007 warteten wieder größere Veränderungen und Herausforderungen auf das mittlerweile in dritter und vierter Generation familiengeführte Unternehmen. Ende der 90er Jahre habe ein starker Wettbewerb

um neue Märkte begonnen, erinnert sich Etschel, der damals noch Geschäftsführer von EMU war. Mit Ländern wie Russland, Brasilien, China oder Vietnam, die immer stärker wuchsen.

Um dort den Marktausbau voranzutreiben, hätte es enormer Anstrengungen für das Unternehmen bedurft, schildert Etschel. „Als schuldenfreier Familienbetrieb und bei der durch Basel 2 veränderten Bankenslandschaft überlegt man sich alle Optionen schon sehr genau“, erklärt er den folgenden Verkauf des Unternehmensteils an den Pumpenhersteller WILLO – „auch ein deutscher Familienbetrieb mit langer Tradition“, so Etschel.

2007 gliederten Gerhard Etschel und sein mittlerweile verstorbener Bruder Rainer die Dienstleistungen zur Brunneninstandhaltung der E+M in die Etschel Brunnenbau GmbH (ETBS) aus. E+M, das von ihren Cousins Christian Etschel zusammen mit einem Fremdesellschafter fortgeführt wurde, ging 2013 insolvent. „Das Geschäft mit dem Brunnenbau war hart umkämpft und ist obendrein sehr riskant“, erklärt Gerhard Etschel. Seit der Gründung hatte E+M rund 25.000 Brunnen niedergebracht. Deutschlandweit war man damit einer der Marktführer.

Seither konzentriert sich das mittlerweile in vierter und fünfter Generation inhabergeführte Unternehmen auf die Untersuchung, Instandhaltung und Regenerierung bestehender Brunnen bis zu einer Tiefe von 750 Metern. Je nach geologischen Verhältnissen und der zugehörigen Wasserqualität lagern sich u.a. Eisen, Mangan oder Kalk unterschiedlich schnell und unterschiedlich stark im Brunnen



Unten v. l.: Dr. Franz Dirnberger (Bay. Gemeindetag), Bernd Buckenhofer (Bay. Städtetag), Detlef Fischer (VBEW). Oben v. l.: Stefan Graf (Bay. Gemeindetag), Thomas Kostenbader (Bay. Städtetag), Florian Mattner (VBEW). Bild: VBEW

VBEW, Gemeindetag und Städtetag:

Musterkonzessionsvertrag Wasser vereinbart

Der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) haben sich erstmals auf ein Muster für Konzessionsverträge zwischen Gemeinden und Wasserversorgungsunternehmen verständigt. Anlass der Gespräche waren Wünsche der Mitglieder nach einer entsprechenden Handreichung.

Das Muster soll als unverbindliche, freiwillig anzuwendende Formulierungshilfe dienen, die die für Bayern typische Interessenlage der Vertragspartner gleichermaßen sachgerecht und ausgewogen berücksichtigt.

Inhalte der Vereinbarung

Begleitend zum Mustervertrag haben die Verbände eine gemeinsame Vereinbarung unterzeichnet, die weitere Hinweise zu seinen wesentlichen Inhalten und den Anforderungen für seinen Abschluss enthält. Diese beziehen sich insbesondere auf die allgemeine Erforderlichkeit von Konzessionsverträgen in der Wasserversorgung, Anmeldepflichten bei der bayerischen

Landeskartellbehörde, wettbewerbsrechtliche Anforderungen bei Neuabschlüssen nach aktueller Rechtsprechung sowie auf die Berücksichtigungsfähigkeit von Konzessionsabgaben und sonstigen Leistungen (z.B. Löschwasser) bei den Wasserentgelten. Die Verbände befanden sich dabei auch im direkten Austausch mit der Landeskartellbehörde.

Der Musterkonzessionsvertrag sowie die Hinweise in der Einführungsvereinbarung tragen in den kartellrechtlich relevanten Punkten der Rechtsauffassung der Landeskartellbehörde Rechnung. Die kartellrechtliche Missbrauchsprüfung im Einzelfall behält sie sich allerdings weiterhin vor. □

VBS-Jahrestagung 2019 in Nürnberg:

Knappe Verbrennungskapazitäten im Fokus

Im Vorlauf der bayerischen Kommunalwahl diskutierten Experten aus Politik und Fachbranche bei der traditionellen Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) in Nürnberg über zentrale Forderungen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Mit über 370 Gästen wurde ein Teilnehmerrekord verzeichnet, was die Bedeutung der Veranstaltung unterstreicht.

Mit im Zentrum stand die aktuell herausfordernde Lage bei der energetischen Verwertung von Gewerbeabfällen. Ursächlich hierfür sind stetig anwachsende Mengen: Wie VBS-Präsident Otto Heinz erläuterte, führt das anhaltende Wirtschaftswachstum zu jährlichen Steigerungsraten beim Gewerbe- und Hausmüll von zwei bis drei Prozent. 72 Prozent der gesamten Kapazitäten bayerischer Müllverbrennungsanlagen (MVA) sind durch die thermische Behandlung von Restmüll gebunden, da dieser

zu 98 Prozent verbrannt wird.

Trend zu Einwegprodukten

Der auf langfristigen Verträgen basierende Import von jährlich über eine Million Tonnen Abfällen aus dem EU-Ausland bewirkt eine zusätzliche Belastung für die MVA. Verschärfend wirkt die neue Düngeverordnung: Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Verwertungsflächen stehen hierdurch der Klärschlammverwertung nicht mehr zur Verfügung, was zusätzliche Mengen für die

MVA bedeutet. Der anhaltende Trend zu Einwegprodukten und schlecht recycelbaren Konsumartikeln führt zu höheren Restmengen aus der Sortierung.

Für flächendeckende Einführung der Biotonne

Heinz forderte, die Biotonne flächendeckend in ganz Bayern einzuführen, wie es das Kreislaufwirtschaftsgesetz seit 2015 verpflichtend vorschreibt. Doch noch immer weigerten sich einige Landkreise und Kommunen, die getrennten Behälter für Küchen- und Gartenabfälle einzuführen. Außerdem sollten Einweg-Becher und Kunststoffdeckel verteuert oder ganz verboten werden. Der Präsident sprach sich für eine umfassende Strategie

aus: „Unser Verband hatte bereits im Juni konkrete Lösungsvorschläge zur Entspannung der Engpasslage veröffentlicht. Nun gilt es, diese Maßnahmen möglichst rasch umzusetzen.“

„Wenn es gelingen würde, den derzeitigen Rezyklateinsatz von durchschnittlich 15 Prozent aller verwendeten Rohstoffe auf 30 Prozent zu verdoppeln, so würde das eine zusätzliche Einsparung von 60 Mio. Tonnen CO₂ ermöglichen“, machte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft, Peter Kurth, deutlich. Aus seiner Sicht bietet gerade die Kreislaufwirtschaft ein immenses CO₂-Einsparpotenzial. Jedoch würden im Klimapaket der Bundesregierung die Themen Recycling und Kreislaufwirtschaft nicht einmal erwähnt.

Entsorgungswirtschaft als zuverlässiger Partner

Wie der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Roland Weigert, verdeutlichte, „leisten die mittelständischen Entsorgungsunternehmen in Bayern einen unverzichtbaren Beitrag für bürgernahe Entsorgungsleistungen, Innovationen und marktgerechte Preise, von denen letztlich alle Bürger und Unternehmen im Freistaat profitieren“. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Weigert zufolge ein großer Wandel der Branche vollzogen – von der klassischen Entsorgungswirtschaft hin zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft und innovativen Umwelttechnikbranche. Die bayerische Entsorgungswirtschaft sei ein „zuverlässiger Partner für Kommunen und Gewerbe“. DK

Landkreis Starnberg:

Private Entsorger kritisieren Entscheidung für neue Umladestation

Mit Unverständnis reagiert der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) auf die jüngste Entscheidung des kommunalen Abfallunternehmens AWISTA, eine neue Umladestation in Mischenried zu errichten. Der VBS sieht hierin einen möglichen ersten Schritt hin zur Rekommunalisierung, was einen fairen Wettbewerb in der Entsorgungsbranche verhindern würde.

Kritisch betrachtet der VBS die geplante Errichtung einer kommunalen Umladestation am Standort Mischenried. Da an diesem Standort bereits seit vielen Jahren eine Umladestation der Firma REMONDIS besteht, auf der die kommunalen Abfälle umgeschlagen werden, besteht keine Notwendigkeit für eine zweite Anlage mit der gleichen Aufgabenstellung, zumal diese Umladestation auch anderen Wettbewerbern von REMONDIS zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde.

Unzeitgemäße Maßnahme

Laut VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß „sind die Themen Flächenversiegelung und Verkehr seit Jahren Topthemen in der Landespolitik. Diese Maßnahme passt aus ökologischer Sicht nicht in die heutige Zeit, und ob diese Umladestation wirtschaftlich Sinn macht, erscheint mehr als zweifelhaft.“

Möglicherweise ist diese Teilrekommunalisierung mit der geplanten Umladestation lediglich ein Vorbote für eine geplante Rekommunalisierung der gesamten Hausmüllabfuhr. Ein solcher Rückschritt hin zu mehr Staatswirtschaft ist aus Sicht des

VBS nicht zielführend. Vielmehr hat der Bürger Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Gebühren ein optimales Preis-Leistungsverhältnis geboten wird.

Warnung vor ausufernder kommunaler Wirtschaftstätigkeit

Wie Rüdiger Weiß betonte, „gibt es keinen sachlichen Grund dafür, wieso die Öffentliche Hand die Leerung der Mülltonnen selbst übernimmt. Private Entsorgungsunternehmen beweisen seit Jahren, dass sie das besser, effektiver und kosteneffizienter können.“

Ein Beleg hierfür ist eine Studie von IW Consult aus dem Jahr 2015, die u.a. die Abfallgebühren in Bayern verglichen hatte und dabei feststellte: Haushalte in von Kommunalunternehmen entsorgten Landkreisen zahlen in Bayern rund 14 Prozent mehr als privat entsorgte Landkreise. Die durchschnittlichen Gebühren betragen etwa 40 Euro mehr im Jahr (280 Euro vs. 320 Euro). Auch die Monopolkommission, das Bundeskartellamt und der Bund der Steuerzahler warnen regelmäßig vor den negativen Auswirkungen ausufernder kommunaler Wirtschaftstätigkeit. □



Die Geehrten der diesjährigen Umweltehrung mit Landrat Christoph Göbel (2.v.r.).

Bild: LRA München

Beitrag zum globalen Klimaschutz

Bei der Umweltehrung des Landkreises München zeichnet Landrat Christoph Göbel engagierte Privatpersonen und Unternehmen aus

„Ziehen wir einen Vergleich mit anderen Teilen der Erde, selbst mit anderen Teilen Europas oder Deutschlands, dann kann man nur feststellen, dass es uns im Landkreis München sehr gut geht“, mit diesen Worten leitete Landrat Christoph Göbel die Umweltehrung des Landkreises ein. „Wir haben einen hohen Lebensstandard, es fehlt uns eigentlich an nichts“, so Göbel weiter. „Gerade vor diesem Hintergrund ist es nicht selbstverständlich, dass sich Bürgerinnen und Bürger oder ganze Unternehmen für den Umwelt- und Klimaschutz einsetzen. Doch gerade wir stehen in der Pflicht, diese Verantwortung wahrzunehmen und unseren Beitrag für den globalen Klimaschutz zu leisten. Die heute zu Ehrenden gehen mit gutem Beispiel voran und zeigen, was der Einzelne tun kann, um unsere Lebensgrundlage auch für die Zukunft zu sichern.“

Unternehmen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie können durch umweltschonende Produktionsmethoden, maßvollen Einsatz von Ressourcen und öffentliches Wirken eine wichtige Rolle übernehmen. Schon vor beinahe einem Vierteljahrhundert haben die Bayerische Staatsregierung und die Bayerische Wirtschaft den Umweltpakt Bayern ins Leben gerufen und gezeigt, dass Ökonomie und Ökologie nicht im Gegensatz zueinander stehen.

Umweltpakt-Siegel

Mehr als 2.600 Betriebe haben von der Bayerischen Staatsregierung bislang das Umweltpakt-Siegel verliehen bekommen, 82 davon im Landkreis München. Es sind weitere sechs hinzugekommen: der Hydraulikhersteller Hawe Hydraulik SE aus Aschheim, das Garching-Unternehmen ENIB Energienutzung in Bayern GmbH, Sky Deutschland GmbH mit seinem Hauptsitz in Unterföhring, die Unternehmen Munich Service Clean aus Aschheim und Ajeti Gebäudeservice aus Neubiberg – beide aus der Gebäudereinigungsbranche – sowie das

Gründerzentrum Unternehmer TUM GmbH aus Garching.

Schutz der Artenvielfalt

Mit seiner Umweltehrung würdigt der Landkreis München das große Engagement und den vielfältigen Einsatz von ehrenamtlich tätigen Privatpersonen, die sich für den Schutz der Umwelt und des Klimas einsetzen. In einer dicht besiedelten und prosperierenden Region wie dem Landkreis München, ist es besonders wichtig, Ideen zu entwickeln, um Artenvielfalt und Umwelt zu schützen. Die Möglichkeiten sind dabei vielfältig, das beweisen Jahr für Jahr die ausgezeichneten Projekte.

Vielfältiges Engagement

In diesem Jahr gingen die Ehrenzeichen und Urkunden an zwölf Personen, die sich mit insgesamt acht herausragenden Projekten ganz besonders um die Belange des Umweltschutzes verdient gemacht haben. Das Engagement reicht dabei vom Einsatz für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs über Tierschutzprojek-

te bis hin zum Kampf gegen die Wegwerfkultur und das illegale Ablagern von Müll.

Bereits zum sechsten Mal in Folge wurde die Gemeinde Planegg zur radaktivsten Kommune im Landkreis München bei der bundesweiten Aktion Stadtradeln ausgezeichnet. Sensationelle 13,3 Kilometer pro Einwohner legten die 929 Teilnehmer im Wertungszeitraum zurück. Damit liegt Planegg im Landkreis an Nummer eins, bayernweit auf Platz sieben und bundesweit auf dem 13. Platz. Einen Scheck über 5.000 Euro konnte die Gemeinde als Anerkennung mit nach Hause nehmen. Das Preisgeld des letzten Jahres wurde in die Anschaffung eines modernen E-Lastenrads investiert.

Hohe CO₂-Vermeidung

Insgesamt 28 Kommunen haben in diesem Jahr an der Aktion Stadtradeln teilgenommen. 384 aktive Teams mit insgesamt 5.576 Radlerinnen und Radlern sind an den Start gegangen. Zusammen haben sie 1.190.479 Kilometer mit dem Rad zurückgelegt und dadurch – im Vergleich zur Fahrt mit dem Auto – 166 Tonnen CO₂ vermieden. Das Vorjahresergebnis konnte somit noch etwas übertroffen werden.

Im bundesweiten Vergleich liegt der Landkreis München damit auf Platz acht, bayernweit erneut auf Platz eins. Für dieses tolle Ergebnis wurde der Landkreis München unlängst für den zweiten Platz unter den Kommunen mit 100.000 bis 499.999 Einwohnern in der Kategorie „Fahrradaktivste Kommune mit den meisten Radkilometern“ ausgezeichnet. □

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

Neues Forschungsprojekt von Fraunhofer IWKS und envitec-k:

Klassifizierung von Hausmüll direkt beim Verbraucher

Haushalts- bzw. Siedlungsabfälle stellen für das Recycling eine besondere Herausforderung dar, da sie einen stark variierenden Materialmix enthalten. Dies reicht von Küchenabfällen, über Kunststoffverpackungen und Papier bis hin zu Glas oder Textilien. Um die Vorsortierung zu erleichtern, setzen viele Länder daher auf selektive Sammelsysteme. Dieser Ansatz birgt jedoch auch Nachteile: So ist für den Verbraucher nicht immer ersichtlich, welcher Abfallstoff in welchen Sammelbehälter gehört und daraus resultierende Fehlwürfe erschweren eine anschließende automatisierte Sortierung und letztlich ein hochwertiges Recycling der enthaltenen Materialien.

Gemeinsam mit dem Umweltberatungsunternehmen envitec-k startet die Fraunhofer-Einrichtung für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS daher ein Projekt, um ein neuartiges Sammelsystem zu entwickeln. Das Automatische Hausabfall-Sammel- und Vorsortier-System (Automatic Waste Collecting & Pre-Sorting System, AWCPS) zielt auf eine Klassifizierung und Sortierung von Abfällen direkt in den Wohngebieten ab.

Das System analysiert den Inhalt eines eingeworfenen Abfallbeutels und meldet das Ergebnis direkt an den Benutzer. So können Fehlwürfe oder eine zu hohe Kontamination mit anderen Abfallgruppen oder Störstoffen effizient direkt vor Ort korrigiert werden. Das System kommuniziert per App mit dem Verbrau-

cher, was eine intuitive und bequeme Nutzung ermöglicht. Auch eine nachgeschaltete Vorsortierung in verschiedenen Fraktionen ist mit dem System möglich.

Diverse Abfallgruppen

Innerhalb des Projekts wird ein erster Prototyp des AWCPS entwickelt. Dazu untersuchen die Forscher des Fraunhofer IWKS verschiedene Möglichkeiten der Schnellcharakterisierung von vier verschiedenen Haushaltsabfallgruppen. Insbesondere werden dabei im ersten Schritt Wet Waste (Küchenabfälle) und Dry Waste (recyclingfähige Abfallstoffe) untersucht. Später sollen die weiteren Abfallgruppen analysiert werden.

„Ein solch umfassendes Vorsortierungssystem direkt nach

Abfalleinwurf gibt es bisher noch nicht. Zur Erstellung eines Demonstrators definieren wir zunächst verschiedene Anforderungen wie mögliche Zusammensetzung des Abfalls, Gestalt des Abfallbeutels sowie Definition von Toleranzgrenzen und Störstoffen“, erläutert Dr. Sven Grieger, Projektleiter am Fraunhofer IWKS. Dazu entwickeln die Wissenschaftler geeignete sensorbasierte Methoden zur Detektion. Die Ergebnisse werden dann geeignet kombiniert und zur Entwicklung des Demonstrators genutzt.

Erhebliche Kostenersparnis

Der Bedarf für intelligente Sammel- und Sortiersysteme ist groß. „Besonders aufstrebende Industrienationen wie China sind bestrebt, ihre Müllverwertung und Recyclingquoten zu verbessern. Haushaltsabfälle zu sortieren ist sehr kostenintensiv. Der Vorteil des AWCPS ist, dass direkt am Beginn der Prozesskette angesetzt wird. Dies erzeugt eine höhere Qualität der Fraktionen, was wiederum für eine bessere Sortierung sorgt und so langfristig zu einer erheblichen Kostenersparnis führt“, ergänzt Tamim Kazem, Managing Director der envitec-k UG.

Für Verbraucher wie auch Entsorgungsunternehmen entsteht durch das System eine klassische Win-Win-Situation: Die Sortierung und Sammlung wird komfortabler und die derzeit erforderliche, aufwendige manuelle Nachsortierung entfällt, wodurch

die Kosten für die Entsorgung von Haushaltsabfällen sinken. Nicht zuletzt trägt dies dazu bei, die Umweltbelastungen durch Haushaltsmüll weiter zu reduzieren, indem der Anteil für eine stoffliche Verwertung einschließlich der Behandlung von Bioabfällen gesteigert wird.

Anreize für den Verbraucher

„Es gibt noch sehr viele Möglichkeiten, das System zu erweitern. In Zukunft könnten beispielsweise über ein Bonusprogramm oder direkte Kostenerstattung so auch Anreize für die Verbraucher geschaffen werden, weniger Müll zu produzieren und diesen in reineren Fraktionen zu entsorgen“, so Tamim Kazem.

Die erste Phase des Projekts soll nach vier Monaten abgeschlossen sein, weitere sind bereits in Planung. So werden anschließend Untersuchungen zur Charakterisierung der übrigen Haushaltsabfallgruppen erfolgen, wobei auch spezifische Stör- und Gefahrstoffe (z.B. Altmedikamente, Batterien) zu identifizieren sind.

Weiterer Forschungsbedarf liegt hier insbesondere im Bereich der Entwicklung adaptierter Analytik mit hoher Erfassungszuverlässigkeit sowie deren Kombination zu kosteneffizienten Sortiersystemen für dieses Anwendungsfeld.

Es wird erwartet, dass die Einführung des Automatischen Hausabfall-Sammel- und VorsortierSystems (Automatic Waste Collecting & Pre-Sorting System, AWCPS) in ersten Wohneinheiten in Shanghai einen „Showcase“ für die Verbreitung in der Region darstellt und eine positive Auswirkung in Bezug auf weitere Märkte und Regionen erzielt.

Papieratlas-Wettbewerb 2019:

Landkreis Schweinfurt erreicht dritten Platz

Recyclingpapier mit dem Blauen Engel hilft dem Klima- und Ressourcenschutz

Bundesministerin Svenja Schulze hat den Landkreis Schweinfurt für den vorbildlichen Einsatz von Recyclingpapier geehrt. Der stellvertretende Landrat Peter Seifert nahm den Preis bei der Verleihung im Bundesumweltministerium in Berlin entgegen. Der Landkreis Schweinfurt belegte beim Papieratlas-Landkreiswettbewerb 2019 der Initiative Pro Recyclingpapier (IPR) den dritten Platz hinter dem Landkreis Hötter und dem Landkreis Ahrweiler.

„Die abermals gute Platzierung unter den Top drei Landkreisen deutschlandweit ist für uns erneut ein Ansporn, auch künftig alles für eine bürger- aber eben auch umweltfreundliche Verwaltung zu tun“, betont Landrat Florian Töpfer.

Mit dem Papieratlas 2019 erfasst die IPR in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt und dem Deutschen Landkreistag zum zweiten Mal in Folge den Papierverbrauch und die Recyclingpapierquoten deutscher Landkreise. Die Teilnehmerzahl hat sich von 27 auf nunmehr 36 Landkreise gesteigert. Durchschnittlich verwenden sie bereits rund 79 Prozent Papier mit dem Blauen Engel – das sind laut IPR 13 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Papier mit dem Blauen Engel steht für nachhaltiges Handeln. Im Vergleich zu Frischfaserpapier spart die Herstellung mindestens 60 Prozent Wasser und Energie und verursacht deutlich weniger CO₂-Emissionen. So konnte der Landkreis Schweinfurt, genauer gesagt das Landratsamt Schweinfurt inklusive der Schulen in der Trägerschaft des Landkreises, im Jahr 2018 durch die Verwendung von Recyclingpapier mehr als 699.000 Liter Wasser und über 144.000 Kilowattstunden Energie einsparen.

Die eingesparte Menge Wasser deckt damit laut IPR den täglichen Trinkwasserbedarf von 5784 Personen. Die Energieeinsparung entspricht dem jährlichen Energieverbrauch von 41 Drei-Personen-Haushalten. □

Bundeskabinett beschließt Plastiktüten-Verbot

Stellungnahmen von bvse und Bayerns Umweltminister Glauber

Das Bundeskabinett hat ein Verbot von Plastiktüten auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Plastiktüten mit einer Wandstärke unter 50 Mikrometer künftig verboten werden. Ausnahmen gibt es für sogenannte Hemdchenbeutel, da deren Verbot derzeit eher zu mehr als zu weniger Verpackungsabfällen führen würde.

Das gesetzliche Verbot soll den positiven Trend beim Verbrauch von leichten Kunststofftragetaschen in Deutschland und damit den Erfolg der im Jahr 2016 geschlossenen Vereinbarung zwischen dem Bundesumweltministerium und dem Handel konsequent fortsetzen. Derzeit werden in Deutschland jährlich pro Kopf immer noch ca. 20 Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke zwischen 15 und 50 Mikrometern verbraucht.

Die gesetzliche Regelung soll insbesondere auch diejenigen Letztverreiber erreichen, die sich bisher nicht an der freiwilligen Vereinbarung beteiligt haben. Ein Verstoß gegen das Verbot kann nach dem Entwurf als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von bis zu 100.000 Euro geahndet werden.

Stillstand auf halber Strecke

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber begrüßt grundsätzlich diesen Beschluss des Bundeskabinetts, fordert jedoch ein Verbot ohne weitere Ausnahmen. Wie Glauber betonte, „bleibt der Bund leider auf halber Strecke stehen. Wir brauchen keine halbherzige Lösung, sondern ein umfassendes Verbot von Plastiktüten. Pauschale Ausnahmen davon soll es nicht geben. Wir halten deshalb an unserer bayerischen Bundesratsinitiative zum Verbot von Plastiktüten fest. Wir werden dann sehen, wie die anderen Länder sich dazu stellen.“

„Plastik bleibt Plastik, egal ob die Tüte groß oder klein ist“, fuhr der Minister fort. Gerade auch die Hemdchenbeutel an der Obsttheke müssten von dem Verbot umfasst sein.

„Im Jahr 2018 wurden noch 2 Milliarden Plastiktüten in Deutschland verbraucht. Das ist deutlich zu viel. Es gibt bessere Alternativen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Berge von Konsummüll in unseren Städten abbauen. Plastikmüll soll deutlich reduziert werden. Jedes Plas-

tikteil, das wir einsparen, kann nicht als Mikroplastik in der Natur landen.“

Mit der Bundesratsinitiative Bayerns wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Verbot für das Inverkehrbringen von Einwegplastiktüten vorzusehen. Daneben soll die Bundesregierung prüfen, ob auch weitere von der neuen EU-Einwegplastik-Richtlinie zur Vermeidung von Kunststoffabfall bisher nicht erfasste Einwegzeugnisse aus Kunststoff zukünftig nicht mehr in den Verkehr gebracht werden dürfen. Bislang sind auf der Liste dieser EU-Richtlinie beispielsweise Wattestäbchen, Besteck, Teller oder Trinkhalme geführt. Einschränkungen für die Nutzung bereits vorhandener Plastiktüten sind nicht vorgesehen.

„Bloße Symbolpolitik“

Auf großen Widerspruch stößt das Plastiktütenverbot hingegen beim bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung. „Wir vermuten hinter dieser Entscheidung bloße Symbolpolitik“, stellte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock fest.

Kunststofftragetaschen seien optimiert hinsichtlich Materialaufwand und Tragfähigkeit und damit würde schon jetzt das Vermeidungsprinzip des Kreislaufwirtschaftsgesetzes konsequent umgesetzt, führte der bvse in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf aus.

Die allgemeine Lebenserfahrung zeige zudem, dass Kunststofftragetaschen für das Einkaufen häufig mehrfach benutzt werden, also eine umfangreiche Zweit- und Mehrfachnutzung erfahren. Und dies schließe auch eine Letztnutzung, nämlich die Verwendung von Kunststofftragetaschen als Mülltüten, mit ein. In Deutschland könne außerdem kaum ein Littering von Kunststofftragetaschen festgestellt werden. Umfangreiche Sammelsysteme für Leichtverpackungen und Restmüll verhinderten effektiv deren Eintrag in die Umwelt. □



Ein starkes Zeichen für den Stahlstandort Meitingen: LSW-Geschäftsführer Simon Zeilberger (links) übergibt mit rund 60 Vertretern der Max Aicher Gruppe die von 1.400 Personen unterstützte Petition zur Erhaltung des Stahlstandorts Meitingen an Bürgermeister Dr. Michael Higl.

„Fridays for Meitingen“:

Petitionsübergabe als finale Aktion

Im November fand die vorerst finale Aktion von „Fridays for Meitingen“ statt. Dabei wurde an drei Freitagen von rund 60 Auszubildenden rund 1.000 Kilogramm Müll im Bereich des Lohwalds, der Lechauen und des Meitinger Gemeindegebiets gesammelt und einer fachgerechten Entsorgung zugeführt. Fundstücke waren dabei von Flaschen, Dosen und ölschmierten Filtern über Autoreifen bis zu am Wegesrand oder Wald liegenden Fahrzeugteilen. Am finalen Freitag wurde im Umland und Meitingen gesammelt und die Ladefläche eines kleinen LKWs mit vollen Müllsäcken gefüllt.

Zum Abschluss der Aktion empfing Bürgermeister Dr. Michael Higl die Beteiligten am Meitinger Rathaus. „Es ist beachtlich, dass sich die Auszubildenden der Lech-Stahlwerke so für die Umwelt, eine lebenswerte Region und den Erhalt des Stahlstandorts Meitingen einsetzen. Sie sind ebenso wie der Markt Meitingen an einer langfristigen Zukunft des Standorts interessiert und ich bin zuversichtlich, dass wir Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringen, um eine gute Zukunft für unsere Heimat und das Werk mit seinen Arbeitsplätzen finden“, so Higl.

Großes Umweltbewusstsein

Auch Simon Zeilberger, Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH, bedankte sich bei den Auszubildenden: „Ihr Engagement verdeutlicht das Pflicht- und Umweltbewusstsein der jungen Generation. Ich

freue mich ganz besonders, dass auch Sie sich für den Erhalt des Standorts und die Perspektiven zukünftiger Generationen einsetzen und gleichzeitig aktiv an der Erhaltung einer sauberen und lebenswerten Umwelt im Raum Meitingen mitwirken, statt nur mit Plakaten auf die Straße zu gehen.“

Standort erhalten

Die Gelegenheit nutzte der Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH und überreichte dem Meitinger Bürgermeister eine Petition zum Erhalt des Stahlstandorts Meitingen mit rund 1.400 Unterschriften, die einen Tag zuvor im Bayerischen Landtag an den Vizepräsidenten Alexander Hold übergeben wurde. Hierbei geht es im Wesentlichen um die Unterstützung der Planung zum Bauleitplanverfahren „Sondergebiet am nördlichen Lohwald“ der Max Aicher Unternehmensgruppe. □



Der Bereichsgeschäftsführer der Müller-BBM GmbH, Joachim Bittner (l.) und Walter Grotz führen durch das Programm und freuen sich auf einen regen Erfahrungsaustausch.

Müller-BBM Fachgespräche am 18./19. März 2020 in München:

Immissionsschutz in der Planungs- und Genehmigungspraxis

Die Anforderungen der TA Luft und auch die der TA Lärm und deren Auslegung führen immer wieder zu komplexen und herausfordernden Fragestellungen bei der Zulassung von Vorhaben oder der Sanierung von Bestandsanlagen. Betreiber und verantwortliche Planer wollen wissen, worauf bei laufenden und zukünftigen Genehmigungsverfahren zu achten ist.

Hochkarätige Referenten aus Verwaltung, Industrie und Beratung berichten bei den 12. Müller-BBM Fachgesprächen am 18. und 19. März 2020 in München über aktuelle Praxisbeispiele aus den Themenfeldern Stadtplanung, Luftreinhalteplanung sowie Störfall- und UVP-Recht und geben Antworten auf zahlreiche Fragen.

Programmpunkte

Die Tagung beginnt mit den Grußworten von MDGtin Dr. Monika Kratzer, Abteilungsleiterin für Klimaschutz, technischer Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

Den Eröffnungsvortrag am

18. März hält Prof. Dr. Claudia Hornberg, Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) in Berlin und Inhaberin der Professur für Umwelt und Gesundheit an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld, zum Thema „Lärm und Gesundheit“.

Frühbucherrabatt

Bei Anmeldung bis zum 17. Januar 2020 wird ein Frühbucherrabatt von 20 % gewährt. Behördenvertreter können darüber hinaus mit einem Rabatt von 20 % kalkulieren.

Weitere Infos: <http://www.muellerbbm.de/veranstaltungen/seminare-workshops/12-mueller-bbm-fachgespraeche-maerz-2020-in-muenchen/> □

„Wir bewegen viel“

VDV-Publikation zeigt Engagement für eine nachhaltige Entwicklung auf

Der ÖPNV mit Bussen und Bahnen und der Schienengüterverkehr spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, die Klimaziele zu erreichen. Mehr als zehn Milliarden Fahrgäste, etwa 30 Millionen Menschen pro Tag, nutzen in Deutschland jedes Jahr Busse und Bahnen – Tendenz steigend. Auf der Schiene befördern die Mitgliedsunternehmen des VDV jährlich 600 Millionen Tonnen Güter. Somit ersparen sie der Atmosphäre jedes Jahr 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Herausforderung und ein zentrales Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen sowie der darauf aufbauenden Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich das Blickfeld für das Thema Nachhaltigkeit deutlich erweitert, wie eine neue Broschüre des VDV mit dem Titel „Wir bewegen viel“ zeigt. Darin wird anhand von mehr als zwei Dutzend Beispielen dargestellt, wie speziell Verkehrsunternehmen die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung unterstützen und welche konkreten Maßnahmen sie bereits heute umsetzen bzw. spätestens im Jahr 2030 in diesem Sinne umsetzen wollen.

Von den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen – den Sustainable Development Goals (SDG) – sind folgende neun für die Verkehrsunternehmen von besonderer Relevanz:

- Ziel 3:** Gesundheit und Wohlergehen
- Ziel 4:** Hochwertige Bildung
- Ziel 5:** Geschlechtergleichheit
- Ziel 7:** Bezahlbare und saubere Energie
- Ziel 8:** Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- Ziel 9:** Industrie, Innovation und Infrastruktur
- Ziel 11:** Nachhaltige Städte und Gemeinden
- Ziel 12:** Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz.

Stichwort Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum: Die Verkehrsunternehmen sind ein maßgeblicher regionaler Wirtschaftsfaktor und großer Auftraggeber für Beschaffung, Bautätigkeit und Dienstleistungen. Damit sichern sie sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres unmittelbaren Wirkungsbereichs knapp 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei legen die Verkehrsunternehmen großen Wert darauf, dass die Arbeitsplätze in den Tarifverträgen und in der Arbeitsplatzbeschreibung festgelegten Konditionen entsprechen. Die modernen und leistungsfähigen Systeme des öffentlichen Verkehrs (ÖV) sorgen dafür, dass der Ausbau von bedeutenden Wirtschaftsstandorten nicht an mangelnden Verkehrskapazitäten scheitert.

Hochrentable Leistung

Beispiel Nürnberg: Während sich betriebswirtschaftliche Sachverhalte bei Verkehrsunternehmen in deren Bilanz ablesen lassen, erschließen sich viele Vorzüge des ÖPNV erst bei genauer Betrachtung. Die vollständige Gegenüberstellung aller Kosten und Nutzen zeigt: Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die Leistung des ÖPNV hochrentabel. So hat die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft vor zehn Jahren eine Studie der Intraplan Consult Gm-

bH vorgelegt, die belegt, dass für jeden Euro, den die Stadt ihrem Verkehrsunternehmen zukommen lässt, ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen von rund 5 Euro entsteht. Würde die Stadt die Nahverkehrsleistungen einschränken, ergäbe sich ein erheblicher Mehraufwand für den motorisierten Individualverkehr (MIV) – bspw. für den Straßenbau und die Errichtung zusätzlicher Parkhäuser. Auch bei den Verkehrsteilnehmern käme es zu deutlichen Mehrkosten durch den höheren Aufwand für private Pkws. Dazu kommen Umwelt- und Unfallschäden.

Regionalwirtschaftliche Effekte

Sehr positiv sind auch die regionalwirtschaftlichen Effekte: Durch den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen sowie für Gehälter werden weitere Ausgaben bei Lieferanten und Mitarbeitern initiiert. Jeder Beschäftigte zieht damit einen Arbeitsplatz in der Stadt und etwa einen halben in der Region nach sich.

Stichwort Nachhaltige Städte und Gemeinden: Insbesondere der Verkehr mit seinen Lärm- und Staubemissionen wird als ein zunehmender Belastungsfaktor für die Lebensqualität in urbanen Räumen empfunden. Die Umstellung von dieselbetriebenen Fahrzeugen auf elektrisch betriebene ist jedoch nur ein Baustein im Gesamtkonzept einer nachhaltigen Kommune mit kurzen Wegen, verkehrsberuhigten Wohnquartieren und ausreichenden Grünflächen im Sinne des SDG 11. Dem ÖV mit seiner Bündelungsfunktion kommt dabei eine besondere Rolle zu. Die Kommunalpolitik kann hier mit

geeigneten verkehrslenkenden und ÖPNV-priorisierenden Maßnahmen, insbesondere im Verkehrssektor, große Effekte erzielen, wie Beispiele in Dresden, Freiburg und Hamburg belegen.

Mit ihrem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) geförderten Projekt „Nachhaltige Johannstadt 2025“ werden die etwa 25.000 Einwohner im Dresdner Stadtteil motiviert, ihr Alltagshandeln klimafreundlicher zu gestalten – etwa auf Ökostrom umzustellen, Lebensmittelabfälle zu reduzieren sowie Wege zu vermeiden, zu verkürzen und sie auf möglichst umweltfreundliche Art und Weise zurückzulegen. An dieser Stelle kommen die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) als Experten für die Nahmobilität und als örtliche Unterstützer des Projekts ins Spiel.

In Freiburg entstand auf einem großen ehemaligen Kasernengelände der französischen Streitkräfte auf einer Fläche von insgesamt ca. 41 Hektar das innenstadtnahe Quartier Vauban: ein attraktiver, familienfreundlicher Stadtteil für zwischenzeitlich 5.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Niedrigenergiebauweise ist verpflichtend, Passivbauweise, Plusenergiebauweise und der Einsatz von Solartechnik sind Standard. Das Quartier Vauban ist verkehrsberuhigt.

In Hamburg wiederum beginnt jetzt der Umstieg von Diesel- auf Elektrobusse. Es ist die große Revolution für Hamburgs Nahverkehr und wird die Metropole nachhaltig verändern. Ab Anfang der 2030er-Jahre werden auf den Straßen Hamburgs ausschließlich emissionsfreie und geräuscharme Busse unterwegs sein.

Konsum und Produktion

Stichwort Nachhaltige/r Konsum und Produktion: Wie sehen unsere Lieferketten in der Beschaffung aus? Ist sichergestellt, dass in unserer Branche nicht mit Gütern und Produktionsmitteln gearbeitet wird, für die in 8.000 Kilometer Entfernung Menschen gesundheitsschädigende Rohstoffe mit bloßen Händen aus der Erde holen? Die Mitgliedsunternehmen des VDV sehen sich mehr denn je in ihrer Rolle als Auftraggeber, Einkäufer und Konsument in der Verantwortung, aber auch als Vorbild für einen ressourcenschonenden und verantwortungsbewussten Umgang im Sinne des SDG 12 bzw. seines Unterziels 12.2 (bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen).

Schienenfahrzeuge sind 30, gelegentlich bis zu 40 Jahre im Einsatz. Der langen Lebensdauer stehen immer kürzere technische Innovationszyklen gegenüber – etwa bei elektronischen Bauteilen.

VDV-Mitgliedsunternehmen:

Vielseitig nachhaltig

Interview mit Gerrit Poel, Geschäftsführer VDV Landesgruppe Bayern

GZ: Was waren die Beweggründe für den VDV, die Publikation „Wir bewegen viel“ zu veröffentlichen?

Poel: Das Thema Nachhaltigkeit geht uns alle an, ohne Ausnahme. Es ging uns darum, ein Zeichen zu setzen, dass unsere Branche das Thema aufgenommen hat und sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellt. Gleichzeitig wollen wir zeigen, wie nachhaltig wir heute im Sinne der Agenda 2030-Ziele schon arbeiten.

GZ: Warum ist es gerade jetzt so wichtig, sich für die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, den Sustainable Development Goals (SDG), einzusetzen?

Poel: Mein Eindruck ist, dass seit der Annahme der Agenda 2030 durch die UN-Mitgliedsstaaten die Entwicklung in vielen Bereichen noch lange nicht in die richtige Richtung geht. Auch in Deutschland haben wir Defizite nicht nur, aber insbesondere beim Klimaschutz oder der Bewertung von Lebensmitteln.

GZ: Welche Ziele sind konkret für die deutschen Verkehrsunternehmen relevant?

Poel: Wir haben für uns die Ziele 3, 4, 5, 7, 8, 9, 11, 12 und 13 als besonders relevant definiert. Das sind schon recht viele, aber bei näherer Betrachtung erkennt man sehr schnell, warum wir uns gerade für sie entschieden ha-

ben. Und wir agieren hier sowohl nach innen, also in die Unternehmen hinein, als auch nach außen in die Öffentlichkeit. Denn in beide Richtungen tragen wir Verantwortung.

GZ: Reicht dieses Engagement, die SDGs zu erreichen, ihrer Ansicht nach aus?

Poel: Wir tun was wir können, aber natürlich ist nichts so gut, als dass man nicht noch mehr tun kann. Und auch bei uns muss sich das Thema Nachhaltigkeit in seiner Gesamtheit in den Geschäftsmodellen noch mehr durchsetzen. Das Thema ist in seiner Bandbreite sehr anspruchsvoll.

GZ: Welche Maßnahmen sollten darüber hinaus getroffen werden?

Poel: Sowohl die UN als auch die Bundesregierung dürfen in ihren Bemühungen nicht nachlassen, das Thema in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu verfolgen, denn die Uhr läuft hier gegen uns. Der sogenannte Welterschöpfungstag, also der Tag, an dem die Menschheit die für ein Jahr zur Verfügung stehenden Ressourcen des Planeten verbraucht hat, rückt immer weiter nach vorne im Kalenderjahr. Wir leben also zu sehr zu Lasten unseres Planeten. Im Sinne von Carlowitz: „Wir holen mehr Bäume aus dem Wald, als wieder nachwachsen können.“ **DK**

Sind bestimmte Ersatzteile veraltet oder werden sie nicht mehr hergestellt, sprechen die Einkäufer in den Verkehrsunternehmen von „Obsoleszenz“. Diese wiederum stellt die Einkäufer und das Fachpersonal der Instandhaltung vor besondere Herausforderungen, denn es gilt, adäquaten Ersatz zu beschaffen. Dieses Unterfangen ist kostspielig und zeitaufwändig. Deshalb gehen Verkehrsunternehmen dazu über, sich schon bei der Beschaffung bestimmter Waren und Güter langfristig die Ersatzteilversorgung vom Hersteller zusichern zu lassen.

VAG Nürnberg

Bei der VAG Nürnberg ist das Thema Obsoleszenzmanagement (OM) inzwischen für alle Fahrzeugbeschaffungen ein relevantes Vergabekriterium bei Ausschreibungen. Bei der Beschaffung werden aber in einem immer stärkeren Ausmaß auch andere nachhaltige Kriterien gefordert. Neben der Frage der Berücksichtigung sozialer Standards wie der Einhaltung des Mindestlohns und der ILO-Kernarbeitsnormen spielen auch die Her-

kunft von Materialien oder die Produktionsverfahren eine immer wichtigere Rolle.

Ein Ausdruck nachhaltiger und verantwortungsvoller Beschaffung sind die Entscheidung für den Einsatz von nachhaltig produzierten Lebensmitteln in der Kantine und die Vermeidung von Verpackungen. Nicht zu vergessen der geforderte Nachweis über den Nichteinsatz von sog. Konfliktmineralien (seltene Erden etc.) sowie die Verwendung energieeffizienter Produkte.

Fazit: Die rund 600 Mitgliedsunternehmen im VDV engagieren sich in vielen unterschiedlichen Bereichen, um die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sie sehen sich auch in der gesellschaftlichen sowie in der unternehmerischen Verantwortung, die Umwelt zu schonen, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter anzubieten und zukunftsfähig zu wirtschaften. Fakt ist: Das Thema Nachhaltigkeit geht alle an. Jeder kann dazu beitragen, das Ökosystem zum Wohl zukünftiger Generationen lebenswert zu erhalten. Der VDV hat deutliche Signale in diese Richtung gesandt. **DK**

Hängepartie beendet

Bundeskabinett beschließt umfangreiche Ausweitung der ÖPNV-Förderung

Das Bundeskabinett hat wesentliche Beschlüsse zur Stärkung des ÖPNV gefasst. Durch die Novellen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des Regionalisierungsgesetzes (RegG) sollen die Bundesmittel zum Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur sowie zum SPNV-Betrieb umfassend aufgestockt werden.

Die GVFG-Mittel zur Förderung des ÖPNV sollen sich von derzeit 333 Mio. Euro auf 665 Mio. Euro in 2020, 1 Mrd. Euro in 2021 und ab 2025 auf 2 Mrd. Euro jährlich erhöhen. Ab 2026 wird dieser Betrag dann um 1,8 Prozent jährlich dynamisiert. Derzeit dürfen GVFG-Mittel ausschließlich für den Neu- und Ausbau verwendet werden. Künftig sollen die Mittel nachrangig auch für Sanierungsprojekte zur Verfügung stehen. Der Fördersatz des Bundes wird zudem von 60 auf 75 Prozent erhöht, sofern eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgt. Die restlichen Mittel sind wie bisher gemeinsam von Bund und Ländern zu finanzieren.

Vorhaben werden künftig ab einer Größenordnung von 30 Millionen Euro gefördert - in Einzelfällen wird die Grenze sogar bis auf zehn Millionen Euro gesenkt. Dadurch können die Mittel für wirkungsvolle Projekte mit kleinerem Volumen eingesetzt werden. Die Novelle enthält außerdem Erleichterungen zur Darlegung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens.

Zudem wurde beschlossen, die Regionalisierungsmittel an die Länder für den Schienenpersonennahverkehr in den Jahren 2020 bis 2023 zu erhöhen und im Sinne der Planungssicherheit zu dynamisieren. Durch die zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sollen die Aufgabenträger die Möglichkeit erhalten, die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu gestalten und die Fahrgastzahlen zu steigern. Da-

mit erhöhen sich die Regionalisierungsmittel über die Jahre 2020 bis 2031 addiert um insgesamt 5,2 Mrd. Euro. Die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer und somit auf die Aufgabenträger im SPNV folgt dabei dem auch bisher üblichen Schlüssel.

Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds stellen beide Maßnahmen bedeutende Meilensteine für den ÖPNV-Ausbau in Deutschland dar. Auf Basis der zusätzlichen Mittel könnten in den kommenden Jahren nicht nur Infrastrukturprojekte, sondern auch zusätzliche Verkehrsleistungen durch die Aufgabenträger bestellt werden.

Stellungnahme des DStGB

Zu den Referentenentwürfen zum GVFG als auch zum RegG hat der DStGB gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Stellung genommen. Der Kommunalverband plädiert u.a. dafür, im Rahmen der GVFG-Förderung die Anforderung, dass Stadtbahnvorhaben „weit überwiegend“ auf besonderem Bahnkörper geführt werden müssen, zu streichen. Denn auch ohne eigenen Bahnkörper gebe es wirksame Beschleunigungsmöglichkeiten für Stadtbahnssysteme.

Regionalisierungsmittel sollten laut DStGB weitest möglich für die Erhöhung und Verbesserung der Verkehrsleistungen eingesetzt werden. Die nun vorgesehenen zusätzlichen Mittel für den Betrieb des SPNV müssten daher von

Stations- und Trassengebühren weitest möglich ausgenommen werden.

Nach den Worten von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, „ist es gut und richtig, dass der Bund die Mittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz schrittweise anheben und ab 2026 dynamisieren will. Nach über einem Jahrzehnt Hängepartie wird nun klar, wie es mit der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur weitergeht. Die Städte erhalten damit Planungs- und Investitionssicherheit.“

„Damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren für eine nachhaltige Verkehrswende, muss die geplante Anhebung der GVFG-Mittel auf zwei Milliarden Euro aber noch in dieser Legislaturperiode kommen“, hob Dedy hervor. Der Bedarf sei riesig: Tunnel- und Gleisanlagen müssten saniert, Busse und Bahnen neu beschafft, Haltestellen umgebaut und die Verkehrssysteme digitalisiert werden.

Rund 11 Milliarden Fahrgäste sind im ÖPNV in Deutschland pro Jahr unterwegs, Tendenz weiter steigend. „Wir müssen es schaffen, dass der CO2-Ausstoß im Verkehr signifikant sinkt. Denn bisher sind im Verkehrsbereich noch keine entscheidenden Beiträge zum Klimaschutz erreicht worden. Wir brauchen attraktive Mobilitätsangebote, damit noch mehr Menschen umsteigen und mit ÖPNV, Rad oder zu Fuß unterwegs sind. Für den nötigen Aus- und Umbau sind zudem die Länder gefordert, ihre Mittel für verkehrswichtiger Straßen und Verkehrsingenieurbauewerke, bedarfsgerecht zu erhöhen, für die sie ab 2020 verantwortlich sind“, so Dedy abschließend. **DK**

VDV Die Verkehrsunternehmen

Die Verkehrsunternehmen in Deutschland befördern über 11 Milliarden Fahrgäste jährlich.



Jede/r Bürger/in fährt im Schnitt im Jahr 138-mal mit Bus oder Bahn.

www.vdv.de @VDV_Verband

Bayerische Eisenbahngesellschaft:

Ausschreibung der Regionalverkehre im Netz Donau-Isar

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, hat das Wettbewerbsverfahren für den elektrischen Regionalzugverkehr auf den Strecken von München Hbf bzw. München Flughafen über Landshut nach Passau beziehungsweise Regensburg eröffnet.

Das künftige Netz Donau-Isar integriert den heutigen Flughafenexpress (ÜFEX), den Donau-Isar-Express und die Regionalbahn von Freising nach Landshut. Es umfasst zwei Betriebsstufen. Die BEG bestellt rund 5,3 Millionen Zugkilometer pro Jahr (Betriebsstufe 1). Ab Betriebsstufe 2, die mit Inbetriebnahme der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München beginnt, sind es 5,0 Millionen Zugkilometer pro Jahr. Das Bestellvolumen reduziert sich, da die Regionalbahn Freising – Landshut zu diesem Zeitpunkt in einer neuen Regional-S-Bahn aufgeht und dann in einem anderen Vertrag kontrahiert wird.

Der Zuschlag soll voraussichtlich Mitte 2020 erteilt werden. Die Betriebsaufnahme ist für Dezember 2024 vorgesehen. Der Vertrag ist als Bruttovertrag angelegt. Er endet voraussichtlich im Dezember 2036 nach einer Laufzeit von zwölf Jahren.

Fahrplankonzept und Angebotsverbesserungen

Zum Wettbewerbsprojekt Donau-Isar gehören folgende Strecken, die stündlich bedient werden:

- München Hbf – Landshut Hbf – Plattling – Passau Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (Schwaigerloh) – München Flughafen Terminal – Landshut Hbf – Regensburg Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (München Hbf) – Freising – Moosburg – Landshut Hbf (Betriebsstufe 1)
- Zur Hauptverkehrszeit: München Hbf – Landshut Hbf – Plattling/Regensburg Hbf (Betriebsstufe 2)

LBO-Jahrestagung in Ingolstadt:

Motor Mittelstand

Über 250 Busunternehmer und Fachbesucher trafen sich zur Jahrestagung des Landesverbandes Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) in Ingolstadt. Im Mittelpunkt der Branchentagung mit begleitender Bus- und Fachmesse mit über 60 Ausstellern standen die verkehr- und klimapolitischen Herausforderungen für das mittelständisch geprägte Omnibusgewerbe in Bayern. Hubert Aiwanger, stellv. bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, ermutigte in seiner Rede die Omnibusunternehmer aus dem Windschatten anderer zu treten.

Die bayerische Verkehrswirtschaft zeichnet sich im bundesweiten Vergleich durch einen besonders hohen Anteil privater Busunternehmen aus. Von den insgesamt 1.116 im Freistaat tätigen Verkehrsunternehmen sind über 90%, also 1.038 Betriebe, im privaten Eigentum. Der Mittelstand als Motor der Verkehrswirtschaft garantiert in Bayern eine zuverlässige und wirtschaftliche Mobilität. Sowohl im Nah- als auch im Reise- und Fernverkehr bieten private Busunternehmen die umweltfreundlichste Form motorisierter Mobilität an.

Ruf nach weniger Bürokratie

„Die überwiegend familiengeführten Betriebe arbeiten an der gezielten Nutzung digitaler Anwendungen, technischer Innovationen und alternativer Antriebsformen. Parallel ist für sie der Fachkräftemangel die wohl drängendste aktuelle Herausforderung. Für das eine wie das andere braucht es praktikable rechtliche Rahmenbedingungen, mittelstandsfreundliche Förderprogramme und deutlich weniger Bürokratie“, so LBO-Präsidentin Dr. Ing. Sandra Schnarrenberger.

Vielfältige Angebotsverbesserungen werden schon teilweise vor Vertragsbeginn auf den Weg gebracht. So werden unter anderem Taktlücken früh morgens und spät abends geschlossen: beim Flughafenexpress bereits zum Fahrplanwechsel 2019/20, beim Donau-Isar-Express zum Fahrplanwechsel 2021/22. Ab Dezember 2024 wird mit Inbetriebnahme des Netzes Donau-Isar der Takt der Regionalbahn von Freising nach Landshut auf ein stündliches Angebot verdichtet. Mit Eröffnung der 2. S-Bahn-Stammstrecke, voraussichtlich 2028, werden auch die Regionalexpress-Züge auf den Strecken zwischen München und Landshut/Plattling/Regensburg in den Hauptverkehrszeiten öfter fahren.

Barrierefreie, klimatisierte Neufahrzeuge

Für das Netz Donau-Isar fordert die BEG barrierefreie und klimatisierte Neufahrzeuge mit elektrischem Antrieb und hoher Kapazität. Die Züge, die zum Flughafen verkehren, müssen den Flughafentunnelbahnhof befahren dürfen.

In variabel ausgestatteten Mehrzweckbereichen an mindestens jedem zweiten Einstiegsbereich müssen Fahrräder, Kinderwagen, Sperrgut oder Reisegepäck problemlos transportiert werden können.

Die Fahrzeuge müssen den neuesten Standards der Barrierefreiheit entsprechen und einen barrierefreien Einstieg an Bahnsteigen mit einer Höhe von 76 Zentimetern ermöglichen. Auch an niedrigeren oder höheren Bahnsteigen (30 bis 96 Zentimeter) müssen mo-

bilittätseingeschränkte Reisende ohne Voranmeldung ein- und aussteigen können. Zusätzlich muss der künftige Betreiber jeden Zugteil, der von benachbarten Zugteilen während der Fahrt nicht erreichbar ist, mit einer rollstuhlgerichten Einstiegschilfe ausstatten. Zudem verlangt die BEG eine rollstuhlgerechte Toilette und mindestens zwei Rollstuhlplätze je Zugteil.

Hohe Qualitätsanforderungen

Die BEG stellt detaillierte Anforderungen in Sachen Qualität. So müssen beispielsweise monatliche und jährliche Vorgaben für die Pünktlichkeit sowie konkrete Vorgaben zur Anschlussicherung beachtet werden. Zudem macht die BEG für alle Züge Mindestvorgaben zur Sitzplatzanzahl unter besonderer Berücksichtigung stark frequentierter Züge im Berufs- und Schülerverkehr sowie im Freizeitverkehr an Wochenenden.

Um den Fahrgästen einen umfangreichen Service zu garantieren, wird die Zugbegleiterquote künftig in allen Zügen und damit im gesamten Netz 100 Prozent betragen. Dabei gelten klar definierte Mindestanforderungen an Ausbildung und Qualifikation des Zugpersonals. Zusätzlich wird in unter Sicherheitsaspekten ausgewählten Zügen bedarfsorientiert speziell geschultes Personal eingesetzt.

Das Netz Donau-Isar wird in das bewährte Qualitätssystem der BEG integriert. Bei den Tests werden Kriterien wie „Saubereit“, „Fahrgastinformation“ und „Kundenorientierung“ geprüft und bewertet. Unterschreitet ein Verkehrsunternehmen die von der BEG vorgegebenen Zielwerte, muss es Strafzahlungen leisten, werden Pluspunkte erreicht, bekommt es einen Bonus. Bei Abweichungen von den vertraglich vereinbarten Zielwerten z. B. hinsichtlich Pünktlichkeit und Anschließerreicherung werden ebenfalls Strafzahlungen fällig.

Aufgrund der branchenweiten Personalknappheit, insbesondere bei Triebfahrzeugführern, hat die BEG beschlossen, ihre bisherigen Vorgaben zum Personalkonzept weiterzuentwickeln und aus-

Augsburger Bioerdgas-Busse dürfen auch in Zukunft fahren

Sinnvolle Umsetzung der EU-Richtlinie für saubereren Nahverkehr

„Die mit Biogas betriebene Busflotte der Augsburger Stadtwerke dürfen auch künftig weiterfahren“, so der schwäbische CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. „Abhängig von der nationalen Umsetzung der EU-Vorgaben hätte Augsburg eventuell seine Flotte umrüsten müssen. Bundesminister Andreas Scheuer hat mir nun mitgeteilt, dass er die Flexibilität den die EU-Vorgabe zulässt in der Umsetzung maximal nutzen will: Damit muss das bewährte Augsburger Modell nicht geändert werden“, erklärt Markus Ferber und gibt damit Entwarnung.

„Ich habe mich seit Beginn der Verhandlungen stark für das Augsburger Modell eingesetzt. Der Bundesverkehrsminister hat mir nun zugesichert, eine bundesweite Umsetzung der Quoten anzustreben. Diese Haltung lässt auf eine optimale Umsetzung mit Augenmaß hoffen. Damit wäre das Vorreiter-Modell der Stadtwerke Augsburgs gerettet“, so Markus Ferber.

Erfüllung der Quoten

Seit der Verabschiedung der „Clean-Vehicle-Richtlinie“ war befürchtet worden, dass die Umsetzung gravierende Folgen für die Stadtwerke Augsburg haben könnte. Die Richtlinie führt Quoten für emissionsarme und emissionsfreie Busse bei der öffentlichen Auftragsvergabe ein. Augsburg würde die Quote der „emissionsarmen“ Fahrzeuge zwar übererfüllen, könnte aber

zubauen. So wird eine sogenannte „Sitzbereitschaft“ für Reserve-Triebfahrzeugführer gefordert, um Zugauffälle aufgrund z. B. kurzfristiger Krankmeldungen minimieren zu können. Als weitere Anforderung lässt sich die BEG mit den Angeboten der Verkehrsunternehmen einen Plan zur Personalbereitstellung und -akquisition vorlegen, welcher jährlich aktualisiert werden muss und dokumentiert, dass ein ausreichender Personalbestand zum Betriebsstart wie auch während der Vertragslaufzeit sichergestellt werden kann. Um dem branchenweiten Mangel an Triebfahrzeugführern zu begegnen, fordert die BEG des Weiteren eine Mindestausbildungsquote für Triebfahrzeugführer.

An jeder Station ist der Fahrscheinverkauf über Automaten sicher zu stellen. Zusätzlich besteht die BEG auf Reisezentren in Dingolfing, Landshut Hbf, Osterhofen (Niederbayern), Passau Hbf, Plattling und Vilshofen (Niederbayern) sowie eine Verkaufsstelle in Moosburg und Landau. In München-Moosach ist eine videounterstützte Verkaufsstelle vorgesehen.

Elektronische Medien im Visier

Außerdem stehen dem Fahrgast Reisezentren in München Hbf, München Flughafen, Freising und Regensburg Hbf zur Verfügung. Des Weiteren fordert die BEG den Vertrieb von Fahrscheinern über Abonnements, elektronische Medien und Telefon. Für Abweichungen von den geforderten Mindestöffnungszeiten der personenbedienten Verkaufsstellen und Störungen an Fahrkartenautomaten werden – sofern diese einen festgelegten Toleranzwert überschreiten – Strafzahlungen erhoben.

Die BEG verpflichtet das Verkehrsunternehmen, alle jeweils räumlich gültigen Tarife des öffentlichen Verkehrs anzuwenden und Fahrausweise auszugeben. Zudem müssen auch Fahrscheine für Regionalzüge gemäß DB-Tarif im Verbundgrenzen überschreitenden Verkehr anerkannt und ausgegeben werden. DB-Tarife und Sonderangebote, wie zum Beispiel das Bayern-Ticket und das Bayern-Hopper-Ticket, müssen anerkannt und verkauft werden. Der zusätzliche Verkauf von Fernverkehrsfahrscheinen ist erwünscht. □

Mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände:

Bündnis für moderne Mobilität

Fünf starke Partner – das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Verkehrskonferenz der Länder sowie Deutsche Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – haben ein „Bündnis für moderne Mobilität“ geschlossen. Durch eine enge Abstimmung zwischen den Ebenen sollen unter anderem gestiegene Fördermittel des Bundes zielgerichtet an die Kommunen fließen und der Austausch über nachhaltige Lösungen im Verkehrssektor intensiviert werden.

„Ich will, dass wir überall eine noch bessere Mobilität bekommen – auf dem Land genauso wie in der Stadt. Dafür brauchen wir einen engen Austausch mit Ländern und Kommunen. Wir klären gemeinsam, wer auf welcher Ebene aktiv werden muss, damit sich alle Verkehrsteilnehmer sicher und schnell fortbewegen können. Die Kommunen sollen mehr Spielraum bekommen, die Regeln so zu gestalten, wie sie den Bedürfnissen entsprechen. Denn Mobilität wird vor Ort gelebt. Ich will, dass die Bürger schnell spüren, dass die Dinge besser laufen“, betonte Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI).

Laut Bündnisvereinbarung will das BMVI das Wissen über Gesetzesrahmen und gute Beispiele aus der Praxis besser in die Breite tragen. Wichtige Arbeitsbereiche sind zum Beispiel:

- Gerechtere Aufteilung des Straßenraums
- Ausbau des Radverkehrs (z. B. Gestaltung von flächende-

- ckenden Radverkehrsnetzen)
- Neugestaltung des Bewohnerparkens und der Parkraumbewirtschaftung
- Einrichtung von Tempo-30-Zonen
- Ausbau des ÖPNV
- Digitalisierung und Vernetzung (z. B. Modellversuche für Ride-Sharing-Angebote auf dem Land)
- Infrastrukturausbau für alternative Antriebe.

Wichtig sei auch der schnelle Abruf von Fördermitteln. Das BMVI investiert auf Rekordniveau in den Radverkehr: 1,4 Milliarden Euro zwischen 2020 und 2023. Die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr vor allem auf der Schiene werden von 2020 bis 2023 um insgesamt rund 1,225 Milliarden Euro zusätzlich aufgestockt. Die Bündnispartner werden sich nun über konkrete Vorhaben abstimmen, die sie gemeinsam angehen wollen. Das Bündnis trifft sich mindestens einmal jährlich auf Spitzenebene, um den Fortschritt zu überprüfen. □

Auszeichnung:

„Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“

Die Bedeutung des Radverkehrs in Bayern wächst rasant. Radwege werden ausgebaut, die Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer erhöht und eine radverkehrsfreundliche Mobilitätskultur gefördert. Diese Tendenz zeigt sich auch am aktuellen Zuwachs des größten kommunalen bayerischen Netzwerks für Radverkehrsförderung: Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) ist auf 77 Mitglieder herangewachsen und repräsentiert damit knapp 6 Millionen Menschen im Freistaat. Bayerns Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart und Landrat Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern, zeichneten zudem neun Kommunen mit dem Titel „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ aus.

Zur Feier des Rades war geladen und mehr als 100 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden folgten der Einladung in den Festsaal des Künstlerhauses in München. Unter der Moderation von Roman Roell (BR) wurden in der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommune in Bayern e.V. (AGFK Bayern) und des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr die Erfolge für den Radverkehr im Jahr 2019 gewürdigt. Hier ließ man die positiven Entwicklungen des vergangenen Jahres Revue passieren. Vor allem durch die AGFK Bayern ist ein weitreichendes und politisch aktives Netzwerk entstanden, das mittlerweile 77 bayerische Kommunen und damit knapp 6 Millionen Einwohner des Freistaates repräsentiert.

Freude bei neun Kommunen

Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart zeichnete im Rahmen der feierlichen Veranstaltung neun Kommunen mit dem begehrten Titel „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ aus. Bayreuth, Kirchheim bei München, Planegg, Regensburg, Schrobenhausen, Schweinfurt, Sonthofen, Unterschleißheim und Würzburg haben sich dem anspruchsvollen Zertifizierungsprozess unterzogen und dürfen sich ab sofort offiziell „Fahrradfreundlich“ nennen. Insgesamt tragen diesen Titel nun 26 bayerische Kommunen.

Reichhart gratulierte den Ausgezeichneten zu ihrem Engage-

ment und wies gleichzeitig darauf hin, dass Radverkehrsförderung als Daueraufgabe zu sehen sei: „Im Radverkehr liegt unheimlich viel Potenzial. Vor allem für die Fahrt zum Bahnhof oder zur Arbeit ist das Fahrrad oft das beste Verkehrsmittel – ohne Stau und Parkplatzprobleme. Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr auf 20 Prozent zu steigern. In Ihren Kommunen haben Sie bereits vieles umgesetzt und das Radfahren einfacher, komfortabler und sicherer gemacht. Dieses Engagement wird sich lohnen. Bleiben Sie am Ball!“ Der Titel „Fahrradfreundliche Kommune“ ist eine Anerkennung für die bisher geleisteten Aktivitäten, nach sieben Jahren erfolgt eine Nachzertifizierung.

Der AGFK-Vorsitzende Matthias Dießl nahm im Anschluss zwölf neue Kommunen, die beabsichtigen, das anspruchsvolle Prüfverfahren zu durchlaufen und ihre Fahrradfreundlichkeit unter Beweis zu stellen, in die Arbeitsgemeinschaft auf. Die Städte Friedberg bei Augsburg, Germering, Kronach, Mindelheim, Spalt, Weilheim, den Markt Bruckmühl, die Gemeinden Gmund am Tegernsee und Neuendettelsau sowie die Landkreise Dingolfing-Landau, Ebersberg und Erlangen-Höchstadt. „Das stetige Wachstum der AGFK Bayern bestärkt die zunehmende Relevanz des Radverkehrs für Verwaltung, Politik und Menschen“, wie Vorsitzender Dießl das für die Radverkehrsförderung erfolgreiche Jahr 2019 zusammenfasst. □

Bilanz 2019: Klimawandel kostet Bayerische Staatsforsten 80 Millionen Euro:

Waldumbau wird forciert

Schäden an so vielen Baumarten wie noch nie: neben Fichten vor allem auch Buchen und Kiefern betroffen / Gesunderhaltung des Waldes hat höchste Priorität

Der Klimawandel ist im bayerischen Staatswald angekommen. Stürme, Hitze, Trockenheit, Schneebruch und Käfer haben das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 (1.7.2018 bis 30.6.2019) bestimmt und zu zahlreichen Schadereignissen geführt. Dabei waren so viele Baumarten wie noch nie betroffen. Als wichtigstes Ziel galt daher das schnelle Aufarbeiten und aus dem Wald bringen der Schadhölzer, um den umliegenden Wald gesund zu erhalten. Dies konnten die Bayerischen Staatsforsten unter großer Anstrengung und gezielten Investitionen bewältigen. Die extrem hohe Schadholzmenge in ganz Europa belastete den bereits aus den Vorjahren angespannten Holzmarkt noch weiter und wirkte sich zusätzlich auf die Bilanz aus.

Ein durchwachsendes Resümee zogen die Bayerischen Staatsforsten auf ihrer Bilanzpressekonferenz in München für das Geschäftsjahr 2019. Das Geschäftsjahr war geprägt vom Kampf gegen die Folgen von Hitze, Trockenheit, Schadinsekten wie dem Borkenkäfer, Stürmen und Schneebruch. Dabei waren so viele Baumarten wie noch nie betroffen. Während früher im Wesentlichen die Fichte Probleme bekam, kamen im abgelaufenen Geschäftsjahr auch Buchen- und Kiefernbeschädigungen hinzu.

Waldschäden und überlasteter Holzmarkt

Aufgrund des überlasteten Holzmarktes haben die Bayerischen Staatsforsten weniger Holz eingeschlagen und auch

Vom Biosphärenreservat zum Weltnaturerbe

Steigerwald-Landräte für ergebnisoffene Expertise für den Steigerwald

Die sechs Steigerwald-Landräte halten ein Biosphärenreservat für einen denkbaren Ansatz, den Steigerwald zum Weltnaturerbe zu entwickeln. Mit dieser Idee befassten Tamara Bischof (Kitzingen), Johann Kalb (Bamberg), Florian Töpfer (Schweinfurt), Helmut Weiß (Neustadt a.d. Aisch/Bad Windsheim), Alexander Tritthart (Erlangen-Höchstadt) und Wilhelm Schneider (Hassberge) den Bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber.

Die Landräte sprachen sich dafür aus, die Möglichkeit eines Biosphärenreservates ergebnisoffen zu prüfen. Aktuell bleibt das Ziel „Weltnaturerbe“. Einem solchen kann man sich über einen Zwischenschritt in Form eines Biosphärenreservates nähern. □

weniger Holz verkauft als in den vergangenen Jahren. Mit 4,34 Millionen Festmetern (FM) eingeschlagenem Holz (2018: 4,79 Mio. FM), davon allein 1,27 Mio. FM Schadholz, liegt Deutschlands größtes Waldunternehmen deutlich unter dem nachhaltigen Hiebsatz von 4,86 Millionen FM. In den Verkauf gingen davon 3,89 Millionen Festmeter.

„Allein im Geschäftsjahr 2019 haben die Folgen des Klimawandels durch Schädlingsbekämpfung, höhere Ernte- und Logistikkosten, reduzierten Einschlag und Holzentwertung die Bayerischen Staatsforsten 80 Mio. Euro gekostet“, so Martin Neumeyer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsforsten.

Vor diesem Hintergrund konnten die Bayerischen Staatsforsten im Geschäftsjahr 2019 bei einem Gesamtumsatz von 329,8 Mio. Euro (2018: 371,9 Mio. Euro) ein immer noch positives Ergebnis mit einer Bilanzsumme von 558,8 Mio. Euro (2018: 549,4 Mio. Euro) und einem Gewinn von 1,2 Mio. € (2018: 53 Mio. Euro) erzielen.

Auch im laufenden Geschäftsjahr sind die Aussichten, am Holzmarkt Geld zu verdienen, weiter eingetrübt – der Holzmarkt wird weiter unter Druck stehen. „Die Preise sind leider nochmals gesunken. Kurzfristig gehen wir von einer schwierigen Geschäftslage aus. Mittelfristig allerdings sehen wir die Zukunft positiv, sogar sehr positiv. Der Holzbedarf ist da – und wenn unsere Waldschutz-Maßnahmen erfolgreich sind, werden wir auch bald wieder gutes Holz zu fairen Preisen verkaufen können“, so Neumeyer weiter.

Herausforderung Klimawandel

Die schnelle Aufarbeitung der Schäden ist dabei wichtigste Aufgabe, um den Wald gesund zu erhalten. Hier sind die Bay-

erischen Staatsforsten führend in Europa. „Kein Quadratmeter Staatswald wird bei uns aufgegeben. Auf jedem Quadratmeter ist unser Anspruch, einen neuen zukunftsfähigen Wald zu erschaffen“, so Neumeyer.

Zudem muss der Waldumbau, also die Umwandlung nicht standortgemäßer Nadelholzreinstände in widerstandsfähige Mischwälder, forciert werden. „Der Klimawandel wartet nicht. Wir haben knapp die Hälfte – nämlich insgesamt 80.000 ha – geschafft. Wir planen, unser bisheriges Ziel, 2035 mit dem Umbau des bayerischen Staatswaldes fertig zu werden, vor dem Hintergrund des immer stärker wirkenden Klimawandels, auf das Jahr 2030 vorzuerlegen. Das ist eine gewaltige Aufgabe!“, so Neumeyer.

Klimaresistente Baumarten spielen dabei eine essentielle Rolle. Ein Schwerpunkt wird bspw. die Intensivierung der Tannenoffensive der Bayerischen Staatsforsten sein, also die Erhöhung des Tannenanteils im Staatswald von 2 % auf 6 % und im Gebirge sogar deutlich über 10 %. Zudem wird die letztjährige Eichenmast, die für hervorragende Saatgutverfügbarkeit gesorgt hat, intensiv genutzt. Weitere Baumarten, die künftig vermehrt gepflanzt werden, sind bspw. Elsbeere, Flatterulme und Kirsche. Mit Pilotpflanzungen und Praxisanbauversuchen von Atlas-, Libanonzeder oder Baumhasel werden Baumarten erprobt, die helfen können, die bayerischen Staatswälder fit für den Klimawandel zu machen. Diese Baumarten wachsen heute schon unter Klimabedingungen, wie wir sie in 50 oder 100 Jahren bei uns in Bayern erwarten.

Umbau des Staatswaldes zum Klimawald

Im Rahmen des 30-Millionen-Bäume-Programms pflanzen die Bayerischen Staatsforsten vor allem in Wäldern, die von Trockenheit, Borkenkäfern und Schädlingen, Sturm und Schnee besonders geschädigt wurden: vor allem in Unterfranken, Oberfranken, Teilen Mittelfrankens, wie Rothenburg und Nürnberg, der nordöstlichen Oberpfalz, dem Bayerischen Wald um Neureichenau sowie in vom Schneebruch geschädigten Bereichen um Berchtesgaden.

Dazu werden Neukulturen begründet, Schadflächen wieder bepflanzt, lückige Verjüngungen, auch Naturverjüngungen, ergänzt und Praxisanbauversuche in ganz Bayern mit neuen, vielversprechenden Baumarten auf unterschiedlichen Standorten angelegt. Noch im laufenden Geschäftsjahr 2020 werden die Bayerischen Staatsforsten 500.000 Pflanzen zusätzlich ausbringen. Hierbei sind Eichen und Tannen sowie Kirschen, Elsbeeren und Douglasien, Esskastanien und Roteichen vorgesehen.

„Ein gesunder, wachsender Wald ist der beste CO₂-Speicher, den es gibt. Deshalb müssen wir die Wälder gesund erhalten. Wir müssen dafür sorgen, dass junger Wald nachwächst. Großflächige Stilllegungen führen hingegen dazu, dass der Wald seine Klimaspeicherfunktion verliert“, so Neumeyer.

Klimawald bedeutet auch eine sinnvolle Holznutzung und -verwendung, sowohl beim Bau als auch beim Thema Wärme. Holz passt hervorragend zu Bayern und ist ein heimischer, nachwachsender Rohstoff, der CO₂ vermeidet, während ande-

re Baustoffe im Produktionsprozess CO₂ produzieren. Holzbau ist Klimaschutz und Klimaspeicher durch CO₂-Bindung.

Innovationsfreudige Bayerische Staatsforsten

Trotz oder gerade wegen der angespannten Waldsituation investieren die Bayerischen Staatsforsten bewusst und treiben Innovationen voran, um gestärkt aus dieser schweren Krise herauszugehen. Mit neuen Logistikkonzepten, digitalen Apps zur Bekämpfung der Borkenkäfer und neuartigen elektronischen Fällkeilen werden sowohl die Geschwindigkeiten der Aufarbeitung erhöht als auch die Arbeitssicherheit verbessert.

Auch beim Thema Personal wurden moderne Konzepte entwickelt, um Talente frühzeitig zu binden bzw. die Bayerischen Staatsforsten als Arbeitgeber attraktiv zu halten. „Durch unser neues Duales Studium und ein eigens entwickeltes Trainee-Programm binden wir frühzeitig talentierte Nachwuchs-Führungskräfte und bereiten sie umfassend auf den späteren Arbeitsalltag bei uns vor“, so Reinhardt Neft, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten. Auch beim Thema Ausbildung konnten Erfolge erzielt werden: „Wir haben die Zahl unserer Azubis und Ausbildungsbetriebe in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Mit einer Rekordzahl von 73 neuen Lehrlingen konnten wir in das letzte Ausbildungsjahr starten“, so Neft sichtlich stolz. □



Unimog U 423 als Ersatz für Unimog U 290

Einen nigelnagelneuen Unimog U 423 konnten Falkenbergs Bürgermeisterin Anna Nagl und ihr Bauhof-Team bei Henne Nutzfahrzeuge in Kirchheim-Heimstetten abholen. Die Freude war groß, denn das Team arbeitet sehr gern und das ganze Jahr über mit dem multifunktionalen kommunalen Fahrzeug. Der Neue Unimog U 423 in kommunaler Ausstattung ersetzt den bisherigen Unimog U 290.

Ein besonderer Vorteil für den Nachfolger: Sämtliche Anbaugeräte, die sich schon beim Vorgänger bewährt haben, können ohne Umbau weiter genutzt werden.

Im Winter wird der neue Unimog in Falkenberg hauptsächlich inner- und außerorts Winterdienst leisten. Wenn Frost, Eis und Schnee es zulassen, kommt er das ganze Jahr über vor allem bei Transporten unterschiedlichster Art zum Einsatz. Mähen, Mulchen u. v. m.: Es gibt kaum etwas, was das UNIVERSALMOTORGERÄT nicht kann.

Aufgrund seiner Wendigkeit, der kompakten Abmessungen und wegen der Schnellläufereigenschaften haben die Falkenberger ihm den Vorzug gegenüber einem Schlepper gegeben. Der U 423 verfügt serienmäßig über einen 5,1 Liter großen und 170 kW (231 PS) starken Reihen-Vierzylinder-Dieselmotor, der seine Leistung an ein Getriebe mit acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgängen abgibt. Dass er dabei auch noch äußerst sparsam im Spritverbrauch ist, hat die Entscheidungsfindung ebenfalls erleichtert. Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrtrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Neue Fahrzeuge für den Kreisbauhof Pfaffenhofen a.d. Ilm

Der Kreisbauhof des Landkreises Pfaffenhofen a.d. Ilm hat seinen Fuhrpark teilweise erneuert. Der Wechsel auf die neue, solide Fahrzeugausstattung mit multifunktionalen Fahrzeugträgersystemen war dringend geboten, da der bisherige Fahrzeugbestand stark überaltert und in seinen Fähigkeiten nicht mehr den Aufgabenstellungen gewachsen war. Weitere Erneuerungen stehen in den kommenden Jahren an. Landrat Martin Wolf zeigte sich sichtlich zufrieden mit den Neuerwerbungen und dankte allen, die bei der Beschaffung beteiligt waren.

Unser Bild zeigt Arthur Kraus (2.v.l.), Leiter des kreisweiten Tiefbaus, seinen Stellvertreter Josef Fuchs (li.), Landrat Martin Wolf (Mitte). Bauhofleiter Stefan Schuster und Werkstattmeister Florian Seemüller (beide rechts) stellten die neuen Fahrzeuge vor. Bild: Buchbauer

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Wir dürfen den Boden nicht mit Füßen treten:

4. Internationaler Bodentag in der Oberpfalz

Zum 4. Internationalen Bodentag begrüßten Neunburgs Bürgermeister Martin Birner, der Stellvertretende Schwandorfer Landrat Jakob Scharf, der Regensburger Bürgermeister Jürgen Huber sowie der 1. Vorsitzende der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. (IG Boden) Franz Rösl in der mit 500 Teilnehmern bis auf den letzten Platz besetzten Schwarzachtalhalle in Neunburg vorm Wald (Oberpfalz).

Referenten und Teilnehmer, und freuten sich über das große Interesse und die positive Resonanz auf diese brandaktuellen Themen. „Der Bodentag 2019 steht auch heuer wieder unter dem zentralen Motto: Gesunder Boden – Gesunde Lebensmittel. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht unser Kostbarstes, nämlich unsere Böden, mit Füßen treten. Denn viele Probleme mit unserem Ökosystem lassen sich am schnellsten mit einem geänderten Umgang mit unseren Böden lösen, um so wieder zu hochwertigen Pflanzen, gesunden Tieren und nährstoffreichen Lebensmitteln zu kommen“, betonte Rösl bei seiner Begrüßung.

International renommierte Referenten

„Mit Blick auf die Referentenliste unterstreichen wir auch heuer wieder unseren Anspruch auf hohe Qualität und Aktualität. Dies verspricht eine inhaltstarke Tagung mit vielen neuen Denkanstößen“, so Rösl in sei-



Erster Bürgermeister Martin Birner, Neunburg vorm Wald Bild: JK

nem Eingangsstatement. Neben ihm informierten sechs hochrangige Referenten, darunter auch der Klima- und Umweltwissenschaftler Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, die Teilnehmer über aktuelle Themen rund um die Gesundheit von Boden, Pflanze, Tier und Mensch.

Umwelt in Not

Die Zuhörer wurden nicht enttäuscht. Denn die Wissenschaftler und Praktiker auf der Referentenliste sprachen Themen an, die sich direkt und indirekt mit dem Boden beschäftigen. Neben der Vermeidung von Nährstoffverlusten und der Förderung der Bodenbiologie stand der Aufbau von Humus im Vordergrund. Viele warteten auf den Vortrag von Professor Dr.

Ernst Ulrich von Weizsäcker. Er setzte sich für eine nachhaltige Zukunft der Menschheit ein und referierte zu: Umwelt in Not – politische Aufgaben. Als Grundproblem nannte er den Bevölkerungszuwachs seit 1950. Die Ernährung- und Gesundheitsituation der Menschen habe sich durch neue Technologien zwar verbessert, aber „ökologisch habe diese Entwicklung ein Desaster angerichtet“.

Regenerativ denken und handeln

Er forderte eine „regenerative Denke, die Nachhaltigkeit wirklich ernst nimmt“ und warnte davor, dass „unsere Enkel als Umweltvernichter beschimpfen“. Begleitet wurde von Weizsäcker von Dr. Franz Ehrnsperger. Der Ex-Lammsbräu-Chef leitet die bundesweite Qualitätsgemeinschaft Bio-Mineralwasser und ist Fachbeirat bei der IG Boden. Seine Formel: „Auch Wasser wird angebaut und geerntet; wenn der Boden gesund ist, dann ist alles andere auch gesund.“

Ökologische Lebensmittel

Die gesamte Landwirtschaft im Blick hatte Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittel. „Das Prinzip des ökologischen Landbaus ist wichtig, um den Schaden so gering wie möglich zu halten. Wir können nicht erwarten, uns gesund zu halten in einer Umwelt, die wir krank machen.“ Er betonte: „Landwirte müssen erkennen, dass die Esser ihre Kunden sind“. Rund zwei Drittel der anwesenden waren Landwirte und bewirtschaften überwiegend konventionell ihre Betriebe.

Ehrung von Bodenbotschaftern

„Die Esser“ sind dann auch das Thema von Dr. Ursula Hudson, Bundesvorsitzende von Slow Food. Ihr Anliegen sind ursprüngliche und regional erzeugte Lebensmittel. Als Laudatorin würdigte sie positive Beispiele und ehrte drei „Botschafter gesunder Boden 2019“: Michael Simml (Landwirt Gemüse- und Obstbau, Kreis Cham), Franz Kriechenbauer (Landwirt, Milchviehbetrieb mit Futter- und Marktfruchtbaubau, Kreis Neustadt/Waldnaab) und Manfred Gilch (Landwirt, Milchviehbetrieb und Futterbau, Kreis Roth). Sie alle hatten sich um gesunden, humusreichen Boden verdient gemacht. □

Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V.

Der Verein Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. mit Sitz in Regensburg bildet ein bundesweites Netzwerk zum Wissenstransfer unterschiedlicher Fakultäten mit dem Ziel, wieder gesunde Böden mit hoher Wasseraufnahme und Wasserspeicherkapazität aufzubauen.

Neben der Vermeidung von Nährstoffverlusten, der Förderung der Bodenbiologie und der Umsetzung der optimalen Bodennährstoff-Verhältnisse, steht der Aufbau von Humus im Vordergrund.

Der Verein versteht sich als Plattform, um altes und neues Wissen zu sammeln und es bodeninteressierten Verbrauchern, Verbänden, Instituten, Landwirten, Tierärzten, Ärzten und Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen.

Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. wurde im Oktober 2018 mit dem Umweltpreis der Stadt Regensburg ausgezeichnet.

Weitere Informationen: www.ig-gesunder-boden.de □



Die inMotion PARK Seenland GmbH mit Sitz in Steinberg am See betreibt die größte Erlebnisholzkugel der Welt mit der dazugehörigen Gastronomie „Kugelwirtschaft“ am Steinberger See. Weitere Infos unter: www.dieholzkugel.de □

Der Freizeitpark am Steinberger See wächst

2020 ist Baubeginn für das neue See-Resort / inMotion PARK Seenland zieht mit 150.000 Besuchern positive Bilanz

Steinberg am See: Die Betreiber der größten Erlebnisholzkugel der Welt ziehen ihre erste Bilanz. Mit 150.000 Besuchern fällt laut den beiden Geschäftsführern der inMotion PARK Seenland GmbH Kim Kappenberger und Tom Zeller das Geschäftsjahr 2019 positiv aus. Außerdem kündigten sie an, mit den Bauarbeiten für das sogenannte See-Resort bereits im Herbst 2020 beginnen zu wollen.

„Wir sind mit dem ersten Geschäftsergebnis seit der Eröffnung in diesem Jahr sehr zufrieden. Das für 2019 avisierte Ziel von 150.000 Besuchern haben wir erreicht“, betonten die beiden Geschäftsführer. Rückblickend erinnerten sie an die Idee für den Bau eines naturnahen Freizeitparks mit dem Fokus auf Bewegung und Erlebnis der Besucher, die schon 2014 entstanden sei. Da beide aus dem Regensburger Raum kommen, seien die Pläne heimatnah am Steinberger See im Landkreis Schwandorf mit großer Unterstützung des Steinberger Bürgermeisters Harald Bemmerl und Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling verwirklicht worden. Bemmerl sprach von einer positiven Atmosphäre, die man hier in seiner Gemeinde und dem Landkreis vorgefunden habe. Im Juli 2017 sei bereits die Baugenehmigung erteilt worden, 2018 wurde dann trotz einiger Herausforderungen bezüglich Statik gebaut worden. Im Januar 2019 konnten dann die Betreiber das einmalige Bauwerk fertigstellen und der Öffentlichkeit präsentieren. „Wichtigste Herausforderungen und auch Investitionen für die Gemeinde Steinberg am See waren die Verbesserung von Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. der Seerundweg und die Schaffung von Parkflächen“, so Bemmerl.

„Wir sind mit dem ersten Geschäftsergebnis seit der Eröffnung in diesem Jahr sehr zufrieden. Das für 2019 avisierte Ziel von 150.000 Besuchern haben wir erreicht“, betonten die beiden Geschäftsführer. Rückblickend erinnerten sie an die Idee für den Bau eines naturnahen Freizeitparks mit dem Fokus auf Bewegung und Erlebnis der Besucher, die schon 2014 entstanden sei. Da beide aus dem Regensburger Raum kommen, seien die Pläne heimatnah am Steinberger See im Landkreis Schwandorf mit großer Unterstützung des Steinberger Bürgermeisters Harald Bemmerl und Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling verwirklicht worden. Bemmerl sprach von einer positiven Atmosphäre, die man hier in seiner Gemeinde und dem Landkreis vorgefunden habe. Im Juli 2017 sei bereits die Baugenehmigung erteilt worden, 2018 wurde dann trotz einiger Herausforderungen bezüglich Statik gebaut worden. Im Januar 2019 konnten dann die Betreiber das einmalige Bauwerk fertigstellen und der Öffentlichkeit präsentieren. „Wichtigste Herausforderungen und auch Investitionen für die Gemeinde Steinberg am See waren die Verbesserung von Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. der Seerundweg und die Schaffung von Parkflächen“, so Bemmerl.

Ein Meilenstein des modernen Holzbaus

Nach rund 15 Monaten Bauzeit und einem Investitionsvolumen von circa 5,5 Millionen Euro ist diese Erlebnisholzkugel in vielerlei Hinsicht ein Superlativ: 800 Kubikmeter Holz, 200 Tonnen Stahl, 40 000 Schrauben, 18 000 Bolzen und Stahldübel – das sind einige der Eckdaten dieses Mammutprojektes. Erstmals wurde diese Form moderner und barrierearmer Holzarchitektur gewählt, um allen Generationen Er-

Alte Bäume digital erleben

Neue Spessart-App führt zu alten Baumriesen

Alte Bäume, Ausflugstipps und Wanderrouten: Die Bayerischen Staatsforsten haben eine neue App vorgestellt, die den Spessart und seine Attraktionen für Einheimische und Touristen besser erschließen soll. Unter www.wald-im-spessart.de finden alle Waldinteressierten zahlreiche Informationen über die Wälder des Spessart. Erste Nutzerin der App war die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach.

Bei der Vorstellung der neuen App im Nordspessart zeigte sich Staatsministerin Gerlach begeistert von dem neuen Angebot: „Die Digitalisierung bietet einen echten Mehrwert, selbst im Wald. Die Bayerischen Staatsforsten zeigen eindrucksvoll, wie digitale Technik dem Menschen die Natur näher brin-

gen und so auch zum Schutz der Natur eingesetzt werden kann. So geht man achtsamer durch die Natur und mit ihr um. Die App ist ein echtes Update für den Spessart. Ich bin überzeugt davon, dass die neue Anwendung zum Naturverständnis einer breiten Öffentlichkeit beiträgt.“ □

Rekultivierung des ehemaligen Wackersdorfer Braunkohlereviere

Landrat Ebeling sowie die Bürgermeister Falter und Bemmerl informieren sich über Baufortschritt bei Uniper aus Erster Hand

Seit Mitte des Jahres laufen auf dem Gelände des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohlereviere die Rekultivierungsmaßnahmen im rund fünf Hektar großen nördlichen Abschnitt unterhalb des Geotops. Auf Einladung von Uniper nutzten Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling, Landschaftsarchitekt Prof. Dr. Sören Schöbel von der TUM (Technische Universität München) sowie die Bürgermeister von Wackersdorf, Thomas Falter, und Steinberg am See, Harald Bemmerl, die Möglichkeit, sich über die Baufortschritte aus Erster Hand vor Ort informieren zu lassen.

Andreas Stake, Uniper-Projektleiter für das Oberpfälzer Seenland, gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die seit 2009 erledigten Arbeiten auf dem Westfeld. Anschließend erläuterte er den aktuellen Stand der Arbeiten, insbesondere die derzeit laufenden, umfangreichen Baumaßnahmen rund um die aufwändigen Entwässerungsaufgaben, und die Zeitplanung zum Gesamtabschluss des Rekultivierungsprojektes Westfeld Ende 2022, vorbehaltlich des Vorliegens der entsprechenden Genehmigungen. „Unser Ziel ist“, so Stake, „die von den ursprüngli-

schutzes in unserem Gemeindegebiet sein.“

Renaturierung des Moorwaldbestandes

Projektleiter Stake ergänzte: „Damit gelingt uns gleichzeitig über das dann weiter ausgebaut Grabensystem die Vernetzung und Wiedervernässung eines Moorwaldbestandes im Umfeld des naturnahen Weiher- und Vogelschutzgebiets rund um den Hirtloheweiher. Der künftig gleichmäßigere Wasserstrom zum Hirtloheweiher wird zur Wiederherstellung und zum Erhalt eines



Informieren sich aus erster Hand bei Uniper-Projektleiter Andreas Stake (3.v.l.) v.l.: Bürgermeister von Wackersdorf, Thomas Falter, Schwandorfs Landrat Thomas Ebeling, Harald Bemmerl, Bürgermeister der Gemeinde Steinberg am See, Kerstin Bernauer von Uniper, Uniper-Bauleiter Jörg Engel und Landschaftsarchitekt Prof. Dr. Sören Schöbel-Rutschmann von der Technischen Universität München. Im Hintergrund die Arbeiten rund um das Sickerwassersammelbecken im Bauabschnitt 02. Bild: Jan Kiver, Uniper SE, 2019

chen Eigentümern intensiv industriell genutzten Flächen nicht nur der Natur als ökologisch wertvolle Landschaften, sondern auch den Menschen in der Region als öffentlich zugängliche Flächen zurückgeben zu können. Dafür investiert Uniper einen hohen zweistelligen Millioneneurobetrag.“

Nachvollziehbar und nachhaltig

Landrat Ebeling zeigte sich über die transparente Vorgehensweise und nachhaltige Zielsetzung von Uniper angetan: „Wir freuen uns, dass sich Uniper sichtbar und erfolgreich darum bemüht, die heimische Wirtschaft an dem Investitionsvolumen teilhaben zu lassen. Ein Großteil der Bauaufträge sind an Firmen aus der Oberpfalz gegangen. Ganz im Sinne des Klimaschutzes stammen die aufzubringenden Böden aus der näheren Umgebung.“

Verbesserung des Hochwasserschutzes

Wackersdorfs Bürgermeister Thomas Falter sah es als gelungenes Zeichen eines intensiven Informationsaustauschs, dass im Zuge der Rekultivierungsarbeiten gemeinsam mit Uniper nach Lösungen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes für den Bauhof gesucht wird. Falter betonte: „Die geplante Lösung sieht den Ausbau des Entwässerungsgrabens zwischen Industriestraße und Westfeld mit zusätzlichen Regenrückhaltebecken bei Starkregenereignissen vor. Dies wird ein wesentlicher Baustein zur Verbesserung des Hochwasser-

natürlichen Wasser- und Nährstoffhaushalts beitragen und der großflächigen Verlandung des Gebiets entgegenwirken.“

Steinbergs Bürgermeister Harald Bemmerl, dessen Gemeindefläche ebenfalls direkt an das Westfeldgelände angrenzt, sah die Aktivitäten und Ziele von Uniper positiv: „Als Tourismusgemeinde hoffen wir, mit Uniper und unserer Schwestergemeinde gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, um den bisher so trennend wirkenden „Fremdkörper“ Westfeld, als Vernetzungskorridor gestalten zu können und somit dem Tourismus in unserer Region weiter Auftrieb zu geben.“

Mit einer ausführlichen Informationsfahrt durch das gesamte Westfeldgelände konnte Uniper die einzelnen Rekultivierungsschritte und -phasen fühlbar und nachvollziehbar machen.

Vom Braunkohlerevier zum wertvollen Biotop

Hintergrund: Insgesamt sieben Jahrzehnte war das Wackersdorfer Braunkohlerevier von bergmännischer Nutzung geprägt. Die Rekultivierung der Westfeld-Flächen lag bei der ehemaligen Bayerischen Braunkohlindustrie (BBI), dem Bayernwerk und E.ON, von der Uniper die Aufgabe übernommen hat. Das Rekultivierungsprojekt wurde 2002 gestartet. Der Abschluss ist bis Ende 2022 in mehreren Etappen vorgesehen.

Im Zuge des Rekultivierungsvorhabens wird insbesondere auch das vorhandene Entwässerungssystem und die Sickerwasseraufbereitung für das Westfeld grundlegend modernisiert und ausgebaut. □

Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan:

Blick aufs Ganze

Erfreuliche Resonanz bei der Tagung Agroforstsysteme

Groß war das Interesse am 7. Forum Agroforstsysteme, das erstmals in Bayern stattfand. Das Forum versteht sich als Plattform für Praxis, Forschung und Beratung der Agroforstwirtschaft und gilt als wichtigste Veranstaltung zu diesem Themengebiet im deutschsprachigen Raum.

Unter dem Motto „Blick aufs Ganze! Innovative Landnutzung mit vielfältigen Funktionen in der Kulturlandschaft“ trafen sich rund 200 Wissenschaftler, Berater und Praktiker aus Deutschland, Österreich, Tschechien und der Schweiz auf dem Weihenstephaner Campus in Freising und beleuchteten die Agroforstsysteme.

Zu der Veranstaltung luden die Bayerischen Landesanstalten für Landwirtschaft (LfL) sowie für Wald und Forstwirtschaft (LWF), die TU München (TUM), Lehrstuhl für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung und das Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan gemeinsam ein. Die Präsidenten der Bayerischen Landesanstalten für Landwirtschaft, Jakob Opperer sowie für Wald und Forstwirtschaft, Olaf Schmidt eröffneten die Tagung. Einen mitreißenden Keynote-Vortrag hielt Professor em. Dr. Alois Heißenhuber, ehemals TUM, zum Thema „Landwirtschaft der Zukunft – produktiv, umweltverträglich und gesellschaftskonform“.

Gerade die beiden Aspekte effizient und produktiv sowie nachhaltig und gesellschaftskonform widersprechen sich eigentlich und es ist die große Heraus-

forderung, diese beiden Vorgaben bei zukunftsfähigen Modellen der Landwirtschaft in Einklang zu bringen.

Biologische Vielfalt und Kohlenstoffbindung

Im Fokus der rund 40 Vorträge und Posterpräsentationen standen ökologische, ökonomische, landschaftsgestalterische, pflanzenbaulichproduktions-technische und rechtliche Aspekte. Gegenstand der Vorträge und Poster zu den Umweltleistungen von Agroforstsystemen waren vor allem die positiven Wirkungen auf den Wasserhaushalt, den Boden, die biologische Vielfalt und die Kohlenstoffbindung im Boden. Dr. Herbert Borchert von der LWF stellte ein Agroforstsystem mit Fruchtfolge aus Winterweizen, Hafer und Klee-gras im Ökolandbau in Kombination mit Energieholzstreifen vor, das genauso wirtschaftlich sein kann wie die reine Ackerkultur.

Nahe den Gehölzstreifen waren die Erträge der Ackerfrüchte niedriger als auf dem Feld ohne Energieholzstreifen, etwas weiter entfernt von den Gehölzen waren sie jedoch höher. Beides glich sich aus, sodass bezogen auf die beackerte Fläche die

Erträge gleichblieben. Christian Genser von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf präsentierte Ergebnisse von Anbauversuchen mit Paulownien in Weihenstephan. Bei den in China beheimateten Arten der Gattung Paulownia (Blauglockenbäume) handelt es sich um schnell wachsende Baumarten, die hervorragendes Nutzholz wie auch Energieholz liefern. Bei einer Rohdichte von 0,29 g/cm³ ist das Holz deutlich leichter als Fichtenholz, besitzt aber dennoch eine hohe Festigkeit, die einen Einsatz im Instrumenten-, Möbel-, Fahrzeug- und Schiffsbau ermöglicht. Die Arten könnten durch den Klimawandel derart profitieren, dass sie auch für einen Anbau in Bayern in Frage kommen. Die Tagungsteilnehmer konnten sich von der erstaunlichen Wuchskraft selbst ein Bild machen. Zweijährige Stockausschläge aus dem zweiten Umtrieb erreichten auf einer Campusversuchsfläche Höhen von acht Metern.

Dr. Philipp Weckenbrock von der Justus-Liebig-Universität Göttingen betonte, dass Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel aktuell zu den größten Herausforderungen für Landwirtschaft und Gesellschaft zählen. Bodenerosion durch Starkniederschläge und Ernteauffälle bei Hitze- und Dürreperioden werden zunehmend problematisch. In Hinblick dessen gilt es, landwirtschaftliche Flächen so zu nutzen, dass durch ganzjährige Bedeckung – wie beispielsweise durch Energie-, Wertholz- und Obstbaumstreifen – direkter Oberflächenabfluss gebremst und reduziert wird. Gleichzeitig kann der Boden durch Humusaufbau mehr Wasser aufnehmen und langfristig speichern. Neben der Anpassung an sich ändernde Klimabedingungen werden von diesen Agroforstsystemen auch viele weitere positive Auswirkungen erwartet: zum einen – z. B. durch erhöhte Bodenfruchtbarkeit und zusätzliche Erträge – für den Hof selbst, zum anderen auch für die Gesellschaft. So zeigen viele wissenschaftliche Studien den Wert von Agroforstsystemen für den Schutz der Artenvielfalt, des Grundwassers und des globalen Klimas. Dr. Daniel A. Amthauer Gallardo vom Thünen-Institut betonte die Bedeutung von Agroforstsystemen als wichtigen Bausteinen einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und multifunktionalen Landnutzung.

Die Politik ist gefragt

Bislang rechnet sich diese Bewirtschaftungsform trotz bestehender Förderwege für die Landwirte häufig nicht. Die Politik ist daher gefragt, die Systeme so zu fördern, dass sie für Landwirte finanziell attraktiv werden und alle Vorzüge dieser Anbauform zur Geltung kommen. Die Verbreitung von Agroforstsystemen in Deutschland zu erhöhen ist erklärtes Ziel des im Sommer 2019 gegründeten „Deutschen Fachverbands für Agroforstwirtschaft e.V. (DeFAF)“. Dr. Christian Böhm von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg berichtete über die Aktivitäten des DeFAF in Politik und Branche. Im Rahmen eines „Marktplatzes“ konnten sich die Tagungsteilnehmer über Dienstleistungen, staatliche und private Beratungsangebote sowie Praxiserfahrungen von Landwirten informieren. Am zweiten Tag fanden ein Workshop zur Planung von Agroforstsystemen sowie Fachkursionen zu Betrieben in der Region statt. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass sie sich mehr Unterstützung für die Etablierung dieser ökologisch nachhaltigen Landnutzungsform durch die Politik und die Landwirtschaftsverwaltung wünschen. □



Ausgezeichnete Staatspreisträger, deren vorbildliche Waldbewirtschaftung Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (vorn, Bildmitte) lobte. Bild: Warmutj/StMELF

Kaniber verleiht 15 Staatspreise an vorbildliche Waldbesitzer

Für die vorbildliche Bewirtschaftung ihrer Wälder hat Forstministerin Michaela Kaniber 14 private und kommunale Waldbesitzer sowie einen forstwirtschaftlichen Zusammenschluss mit Staatspreisen ausgezeichnet. „Mit diesem Preis möchte ich Ihnen für Ihr langjähriges Engagement für den Wald und damit auch für die Menschen in Bayern danken“, sagte Kaniber beim Festakt in der Münchner Residenz. Die Preisträger hätten sich seit Jahrzehnten vorbildlich für den Aufbau naturnaher und strukturreicher Mischwälder verdient gemacht, so die Ministerin.

Waldbestände schaffen sie vielfältige Lebensräume für zahlreiche walddtypische Arten“, sagte Kaniber.

Verlässlicher Partner

Die Preisträger stellen sich den Worten der Ministerin zufolge den großen Herausforderungen, die der Klimawandel für den Wald mit sich bringt. Dabei steht die Bayerische Staatsregierung den privaten und kommunalen Waldbesitzern bei den Herausforderungen des Klimawandels als verlässlicher Partner mit umfangreichen Förderprogrammen und kostenloser Beratung zur Seite. □

Die Auszeichnung wird seit 1997 alle zwei Jahre vergeben. Die Preisträger wurden aus 63 Kandidaten von einer Fachjury ausgewählt. Der Preis ist mit einer Staatsmedaille und Preisgeld von je 1.000 Euro dotiert.

Die Preisverleihung stand dieses Jahr unter dem Motto »nachhaltig.vielfältig«. „Sie tra-

gen mit ihrer Waldbewirtschaftung wesentlich dazu bei, den Artenreichtum in unserem Land zu fördern und zu erhalten.

Verantwortungsvollen Pflege und Nutzung

Mit einer verantwortungsvollen Pflege und Nutzung der



Holder-Modelle sind multifunktional einsetzbar. Unser Bild zeigt ein Grundfahrzeug mit Kahlbacher-Fräse und Fiedler-Streuer. □

Holder Geräteträger im Winterdienst:

Zuverlässige Technik für sichere Straßen und Wege

Gerade die Betreiber kommunaler Fuhrparks stehen jeden Winter vor der Frage, wie sie ihre Winterdienstaufgaben mit einer intelligenten Kombination aus Trägerfahrzeugen und Anbaugeräten zuverlässig, effizient und kostengünstig bewältigen können.

Mit seinem Premium-Fahrzeugprogramm von 45 bis 130 PS bietet Holder ein breites Spektrum an Geräteträgern für den Winterdienst. Leichte bis mittlere Räum- und Streuaufgaben können zuverlässig mit den Knicklenkern der X-, B- und C-Reihe oder auch mit dem Vier-Rad-gelenkten MUVO erledigt werden. Im Heavy-Duty-Einsatz, insbesondere in den schneereichen und alpinen Regionen, überzeugen die leistungsstarken Modelle der S-Reihe. Eine Vielzahl an Räumchildern, Schneefräsen und Streuern lässt sich problemlos über die genormten Schnittstellen anbauen. Durch die jahrelange enge Zusammenarbeit von Holder mit seinen Premiumpartnern sind Fahrzeug und Anbaugerät optimal aufeinander abgestimmt, um technisch einwandfreie, effiziente und langfristige funktionierende Komplettsysteme bereitzustellen.

Kunden schätzen bei Holder vor allem die Knicklenkung. Mit ihr kann man zum einen Hindernissen auch auf kleinstem Raum ausweichen und zum anderen lässt sich das Anbaugerät, also das Räumchild oder die Schneefräse, über die Lenkung

spielfeld leicht und optimal ausrichten. Durch die dreidimensionale Neigungsverstellung kann dabei auf alle Umgebungsvariablen eingegangen werden. Auch die Schwimmstellung, die einen gleichmäßigen Abstand zum Boden ermöglicht und so die Anbaugeräte schon bzw. für eine längere Lebensdauer sorgt, ist ein wichtiger Aspekt. Vor allem beim Schneefräsen wirkt die intelligente Grenzlastregelung: Sie sorgt dafür, dass sich die Fahrgeschwindigkeit automatisch an die Leistungsabnahme am Frontanbaugerät anpasst.

Damit der Fahrer bei Minustemperaturen und im Dauereinsatz volle Leistung bringen kann, verfügen die Holder Kompartimente über eine optimale Wärmedämmung, leistungsstarke Heizungen und wintergerechte Ausstattungsmerkmale wie Sitzheizung, Klimaanlage, beheizbare Frontscheibe und Außenspiegel. Gute Servicezugänglichkeit wird bei Holder unter anderem durch die zu öffnenden Seitenklappen gewährleistet. Die Fahrzeuge von Holder sind Multifunktionsgeräte, die ganzjährig eingesetzt werden können. □



Wahlweise mit mechanischem oder hydraulischem Schnellwechselsystem

BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Exklusives BayWa Systemfahrzeug für eine große Anzahl an kommunalen Aufgaben mit verschiedenen Aufbauvarianten. Einfachster Modulwechsel in 5 Min. durch Schnellwechselsystem.

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunkatalog

Tagung der Oberpfälzer Landräte in Velburg

Themen: Lebensmittelsicherheit, ÖPNV, Eingliederungshilfen bei Legasthenie und Dyskalkulie, kommunaler Finanzausgleich und Flächenverbrauch

Bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte in Lengenfeld (Stadt Velburg) im Landkreis Neumarkt waren unter anderem die Lebensmittelsicherheit, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), Eingliederungshilfen bei Legasthenie und Dyskalkulie, der kommunale Finanzausgleich sowie der Flächenverbrauch die beherrschenden Themen.

Aufgrund aktueller Rückrufaktionen von Lebensmitteln und mit Listerien belasteter Lebensmittel informierte Abteilungsleiter Horst Schmid von der Regierung der Oberpfalz die Landräte über das europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel, kurz RASFF (Rapid Alert System for Food and Feed). Über die nationalen Koordinationsstellen werden hiermit Warnungen vor auffälligen Lebensmitteln sowie behördlich angeordnete Produktrückrufe von Lebensmitteln und Futtermitteln dokumentiert und an die EU-Mitgliedsstaaten weitergeleitet. Wichtig sei bei Lebensmittelkandalen, wie vor we-

nigen Wochen auch in der Oberpfalz, eine enge Zusammenarbeit von Landratsämtern, Regierung, dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) und dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, betonte Schmid.

Auch das Thema Tiertransporte wurde angesprochen. Hier waren sich die Landräte einig, so ihr Sprecher Landrat Richard Reisinger (Lkr. Amberg-Sulzbach), dass das Tierwohl immer fest im Blick sein müsse und keinesfalls gefährdet werden dürfe.

Nach wie vor im Blickfeld der Landräte ist auch das Thema Afrikanische Schweinepest. „Wir be-

obachten das bereits seit mehr als zwei Jahren mit großer Sorge und haben deshalb in den Landkreisen der Oberpfalz längst Präventivmaßnahmen ergriffen“, sagte Landrat Reisinger. In seinem Landkreis stünde beispielsweise ein so genanntes Steenhaus bereit, das im Ernstfall jederzeit aktiviert werden könnte. Zudem soll eine Sammelstelle eingerichtet werden, in der verendete Wildschweine zwischengelagert werden könnten, um sie auf die Afrikanische Schweinepest hin zu untersuchen.

Perspektiven des ÖPNV

Ein weiteres wichtiges Thema für den ländlichen Raum ist der öffentliche Personennahverkehr. Hierzu tauschten sich die Landräte bei der Arbeitssitzung mit Regierungsrat Robert Thoma von

der Regierung der Oberpfalz über die Perspektiven für die Entwicklung des ÖPNV aus. In diesem Zusammenhang wiesen die Landräte noch einmal auf die Bedeutung des Ausbaus der Bahnstrecke München-Schwandorf-Prag hin, die aktuell im vordringlichen Bundesverkehrswegeplan stehe. „Hier wird uns sehr viel Geduld abverlangt“, äußerte sich Landrat Reisinger im Pressegespräch. Im Austausch mit unseren Nachbarn in Tschechien sei diese Verbindung äußerst vital, so der Sprecher der Oberpfälzer Landräte.

Darüber hinaus forderten die Landräte, dass Vergünstigungen wie das 365-Euro-Ticket, die nur für Verkehrsverbünde wie bspw. den VGN vorgesehen sind, flächendeckend in Bayern gelten sollten. Ansonsten würden Landkreise, die keinem Verbund angehören, benachteiligt.

Flächenverbrauch

Landrat Willibald Gailler ging noch auf das Thema Flächenverbrauch ein. Er befürchtet, dass „der ländliche Raum den Kürzeren ziehen könnte“. Die Planungshoheit müsse bei den Kommunen liegen und der ländliche Raum dürfe nicht zum Verlierer werden, so Gailler. Der Neumarkter Landkreischef verwies in diesem Zusammenhang auf den Verbrauch an Flächen für Wohnhäuser, Gewerbegebieten sowie Straßen und Schienen in der Oberpfalz von 10,9 %, der niedrigste Wert in ganz Bayern. „Der Flächenverbrauch ist das Gebot der Stunde und wir wollen unsere Natur bewahren, aber die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung von Arbeitsplätzen dürfe nicht darunter leiden“, so Gailler.

Legasthenie und Dyskalkulie

Auf der Tagesordnung der Landrätetagung stand zudem das Thema „Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe bei Legasthenie (Lese- und Rechtschreibstörung) und Dyskalkulie (Rechenstörung)“. Therapien bei diesen als Krankheit eingestuften Störungen sind jedoch im Leistungskatalog der Krankenkassen nicht enthalten, erklärte als Sprecher der Oberpfälzer Jugendamtsleitungen, Regierungsrat Thomas Schieder vom Landratsamt Amberg-Sulzbach. Die Kinder- und Jugendhilfe, zuständig für Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, übernimmt auf Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes die Kosten für ambulante Therapiemaßnahmen, sofern Kinder einem Integrationsrisiko ausgesetzt, also deren Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist.

Lässt sich dieses Integrationsrisiko nicht feststellen, müsse dies aber trotz fachärztlicher Befunde abgelehnt werden, so Schieder. Betroffene Eltern verstünden zwar oftmals die Rechtslage der Jugendämter, seien aber letztendlich mit den therapeutisch notwendigen Kosten von monatlich 150 Euro oder mehr finanziell überfordert, ergänzte Landrat Richard Reisinger.

Die Oberpfälzer Landräte fordern deshalb, dass die Therapiekosten bei Legasthenie und Dyskalkulie von den Krankenkassen übernommen werden. Auch entsprechende Förderangebote durch die Schulen und Unterstützung durch den Schulpsychologen könnten Maßnahmen sein, um Kinder mit Legasthenie oder Dyskalkulie frühzeitig im Entwicklungsprozess zu unterstützen und sie in ihrem gewohnten Umfeld zu integrieren, so die Landräte.

Zum Abschluss ging der Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistages, Dr. Johann Keller, auf die Ergebnisse der Gesprächsreihe über den kommunalen Finanzausgleich mit Finanzminister Albert Fűracker ein (vgl. hierzu Bericht auf Seite 1). □



V.l.: Tanja Schweiger (Lkr. Regensburg), Franz Löffler (Lkr. Cham), Richard Reisinger (Lkr. Amberg-Sulzbach, Sprecher der Oberpfälzer Landräte), Regierungspräsident Axel Bartelt, Willibald Gailler (Lkr. Neumarkt), Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag), Thomas Ebeling (Lkr. Schwandorf).
Bild: Christine Holleder

Leitbild erhält Nachhaltigkeitspreis:

„Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“

Der Landkreis Amberg-Sulzbach ist für sein Leitbild „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“ in der Kategorie Nachhaltige Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung mit dem renommierten Deutschen lokalen Nachhaltigkeitspreis Zeitzeichen prämiiert worden. Der Preis würdigt vorbildliches Engagement bei der Umsetzung der Agenda 2030.

Insgesamt musste die Jury aus 138 Bewerbungen in 5 Kategorien die Gewinner auswählen. Als Vorzeigeprojekt im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung geht der Landkreis Amberg-Sulzbach voran und wurde für sein außerordentliches Engagement in der nachhaltigen Regionalentwicklung ausgezeichnet.

Dank Nachhaltigkeitsrat, jährlicher Nachhaltigkeitskonferenz und einem Leitfadens anlehnd an die Agenda 2030, entwickelt sich die Kommune mit „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“ in der Oberpfalz zunehmend zu einer nachhaltigen Netzwerklandschaft.

Leitziel

In der Laudatio lobte Miriam Elsaesser vom Deutschen Landkreistag den eingeschlagenen Weg des Landkreises Amberg-Sulzbach. „Die Kommune zeigt, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können, wenn alle Akteure vor Ort an einem Strang ziehen“. Das Leitziel „Vom lokalen Aktionsmosaik zur nachhaltigen Netzwerklandschaft“ spiegelte diesen Anspruch wider. Für die Prämierung ausschlaggebend war auch die Umsetzung, aufbauend auf dem neu installierten Nachhaltigkeitsrat, die geschaffene Koordinationsstelle Leitbild sowie die Beteiligung von Initiativen und der Bevölkerung.

Koordinationsstelle Leitbild

Der Nachhaltigkeitsrat setzt sich konkret mit der Umsetzung der formulierten Nachhaltigkeitsziele auseinander. Hier betonte Elsaesser das Miteinander von Vertretern und Experten verschiedener Handlungsfelder, wie bspw. Bildung, Klima, Tourismus und Inklusion. So werde sichergestellt, „dass die nachhaltige Regionalentwicklung themen- und ressortübergreifend vorangetrieben wird“. Das zweite Instrument, die Koordinationsstelle Leitbild, liefere Impulse und koordiniert. Zudem können Initiativen aus dem Landkreis Amberg-Sulzbach Anträge zur Förderung von innovativen Leuchtturmprojekten stellen. So werde eine „möglichst breite Beteiligung auch dieser Ebene bei der Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Ziele erreicht“, so Elsaesser.

Landrat Richard Reisinger und Regionalmanagerin Maria Regensburger freuten sich über die Früchte ihrer Arbeit und den Preis. Der sei aber kein Grund jetzt schlagartig in Schockstarre zu verfallen

und sich auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern viel mehr Motivation den eingeschlagenen Weg erfolgreich und konsequent fortzusetzen, so Reisinger. □

Zahlreiche Erfolgsgeschichten

Verleihung der Integrationspreise in Ober- und Unterfranken, Schwaben und Oberbayern

Gemeinsam mit Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz hat Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann den Integrationspreis der Regierung von Oberfranken verliehen. Er wird an Initiativen und Projekte vergeben, die helfen, die Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern.

„Sie zeigen mit Ihren herausragenden Initiativen eindrucksvoll, wie Integration gelingen kann“, lobte Herrmann die Teilnehmer. Der Minister ist überzeugt: „Die Art und Weise, wie wir die vielen Menschen, die einige Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben dürfen, in unser Land integrieren, ist ausschlaggebend für das Bayern von morgen und den sozialen Frieden in unserem Land.“ Umso mehr freue ihn, dass es in Bayern so viele Erfolgsgeschichten von Menschen gibt, die im Freistaat erfolgreich eine neue Heimat gefunden haben. Den diesjährigen Gewinnern des Integrationspreises sprach Herrmann Dank und Anerkennung aus: „Sie sind diejenigen, die sich tagtäglich vor Ort für Integration einsetzen und sie mit Leben erfüllen. Das ist eine unbezahlbar wertvolle Leistung!“

Die oberfränkischen Preise gingen an den Migranten- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg, an den TSV Unterlauter und an die Freiwillige Feuerwehr Wunsiedel.

Migranten- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg,

Der Migranten- und Integrationsbeirat (MIB) engagiert sich seit 25 Jahren für die Belange und Probleme von Bürgerinnen und Bürgern mit ausländischen Wurzeln. Er übt eine Brückenfunktion zwischen Migrantinnen und Migranten, der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit aus und vertritt circa 15.600 Bürgerinnen und Bürger. Der MIB besteht aus insgesamt 22 Mitgliedern aus 18 verschiedenen Nationen. Zu seinen wichtigsten Aktivitäten gehören die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, die in diesem Jahr zum insgesamt siebten Mal stattgefunden haben.

Daneben richtet der MIB das im zweijährigen Rhythmus ausgetragene Internationale Fußballturnier mit Familienfest sowie die interkulturellen Wochen aus. Rund 100 Veranstaltungen machen die interkulturelle Vielfalt in Bamberg sichtbar und laden ein zum interkulturellen Austausch und Kulturgenuss, aber auch zur Auseinandersetzung mit den wichtigen The-

men Migration, Integration, und den Chancen und Herausforderungen interkulturellen Zusammenlebens. Viele erfolgreiche Integrationsprojekte, die in der Trägerschaft der Stadt oder anderer sozial engagierter Institutionen laufen, sind vom MIB angeregt, mitinitiiert oder bei der Implementierung unterstützt worden.

Seit etwa drei Jahren werden junge Migrantinnen und Migranten sowie Förderschülerinnen und -schüler der Heinrich-Schaumberger-Schule in Coburg in den Trainings- und Wettkampfbetrieb integriert. Fünf Mädchen aus dem Irak und Syrien sowie vier Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Schaumberger-Schule spielen mit 40 anderen Kindern Tischtennis im Verein. Die Tischtennisabteilung des TSV Unterlauter ist der einzige oberfränkische Verein, der mit einer Mädchenmannschaft, die nur aus Migrantinnen besteht, am Spielbetrieb teilnimmt.

Pro Saison werden insgesamt 18 Spiele ausgetragen, an denen die Mädchen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren begeistert teilnehmen. In Kooperation mit dem Sonderpädagogischen Förderzentrum der Heinrich-Schaumberger-Schule in Coburg werden auch Tischtennis-Minimeisterschaften ausgerollt, die es den Jugendlichen ermöglichen, unkompliziert mit dem Tischtennis in Berührung zu kommen. Bei den gemeinsamen sportlichen Aktivitäten werden auch Freundschaften geknüpft und die Sprachkenntnisse verbessert.

„Hilfe für Helfer – gemeinsam durchs Feuer“

Das Projekt „Hilfe für Helfer – gemeinsam durchs Feuer“ verknüpft die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere der Jugendlichen, mit dem ehrenamtlichen Engagement zum Wohle der Bevölkerung. Derzeit sind bei der Freiwilligen Feuerwehr Wunsiedel neun Erwachsene und sechs Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Erwachsenen- bzw. Jugendfeuerwehr im Einsatz. Die ersten Kontakte gingen dabei von einer ukrainischen Familie aus, die sich für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr Wunsiedel interessierte. DK

Heute ist fast die gesamte Familie dort tätig. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund sind sowohl bei den Übungen als auch den zahlreichen Einsätzen regelmäßig vertreten. Sie engagieren sich auch bei den sonstigen Veranstaltungen des Vereins. Im Gegenzug werden die Migrantinnen und Migranten bei Behördengängen, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche oder schulischen Problemen von den Verantwortlichen der Freiwilligen Feuerwehr Wunsiedel unterstützt. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Innenministerium bereitgestellt und auf die Gewinner aufgeteilt.

Mit dem unterfränkischen Integrationspreis zeichnete Innen- und Integrationsstaatssekretär Gerhard Eck gemeinsam mit Regierungspräsidentin Jochen Lange die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. – Orts- und Kreisgruppe Würzburg-Kitzingen, die Freiwillige Feuerwehr Geckenau sowie den Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt e.V. aus.

Maisach, Puchheim und Rosenheim

Der oberbayerische Integrationspreis wurde von Staatsminister Herrmann und Regierungspräsidentin Maria Els vergeben. Die Preise gingen an die Mittelstufe Maisach für ihr Theaterprojekt „Hoch, höher, am höchsten – die Geschichte einer Stadt, die hoch hinaus wollte“, an die Kindergruppe Domagkpark e. V., an die Interessengemeinschaft Klettern Südbayern e. V., an die Stadt Puchheim für das Projekt „VorOrt – Finde Deine Ausbildung!“ und an Franziska Eslami aus Rosenheim mit ihrem Kinderkunstprojekt „young art rosenheim“.

Mit Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner verlieh Herrmann schließlich den Integrationspreis der Regierung von Schwaben. Die Preise gingen an das Freiwilligen-Zentrum Augsburg, an den Channel Welcome aus Augsburg, an die faribag Integrationswerkstatt aus Schwabmünchen, an TAFF Kempfen und an die Theaterschule mobilé aus Marktberdorf.

Bewerben konnten sich Kommunen, Schulen, Vereine oder Einzelpersonen, die Integration von Zuwanderern in der Gesellschaft in besonderem Maße fördern und sich für ein aktives Miteinander mit und ohne Migrationshintergrund einsetzen. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Bürgerenergiepreis für oberfränkische Schulen

Neben der Fachoberschule Forchheim sowie der Grund- und Mittelschule Hummeltal ist das Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasium aus Bayreuth (Projekt „Klimatag am Gymnasium“) mit dem Bürgerenergiepreis, der jedes Jahr von der Bayernwerk Netz GmbH mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken vergeben wird, ausgezeichnet worden. Unser Bild zeigt v.l.: Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Ingo Schroers (Bayernwerk), Lehrerinnen und Projektleiterin Claudia Hartig, Schulleiterin Elisabeth Götz, stellvertretende Landrätin Christa Reinert-Heinz, und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums.

Bild: Peter Kolb / Bayernwerk

Gymnasiasten starten Initiative „time4action“

Nachhaltigkeit wird selbst gewähltes Lernziel in Donauwörth

Dass die junge Generation nicht nur demonstrieren will, sondern bereit ist, praktische Verantwortung für einen nachhaltigeren Lebensstil zu übernehmen, beweist eine Gruppe von Elftklässlern des Gymnasiums Donauwörth. Die Schülerinnen und Schüler nutzen dafür ein anderthalbjähriges Seminar zur Berufsvorbereitung. Landrat Stefan Rößle informierte sich jetzt über die Projektideen der Jugendlichen und sagte seine Unterstützung zu.

Die zwölköpfige Schülergruppe nennt ihre Initiative „time4action“, weil sie den Anspruch hat, nicht nur zu diskutieren, sondern zu handeln. An einem Projekttag haben die Schüler inzwischen systematisch Ideen gesammelt, wie ihre Schule nachhaltiger werden könnte, um in einem zweiten Schritt zu entscheiden, welches Problem sie lösen wollen.

Zum Hintergrund bot ihnen ihre Lehrerin Petra Schuster-Klante die Chance, sich mit den „Sustainable Development Goals“ (SDG) der Vereinten Nationen auseinanderzusetzen. Diese weltweit gültigen Fortschrittsziele, die auch als die „Agenda 2030“ bezeichnet werden, formulieren in 17 Bereichen Anforderungen an eine nachhaltige, klimafreundliche und ökologisch tragfähige soziale Entwicklung. Schulleiter Karl Auinger unterstützt das Projekt, denn er findet, dass „die Verbindung von Berufsorientierung und Nachhaltigkeit eine sehr zukunftsfähige und motivierende Kombination“ für seine Schülerinnen und Schüler darstellt.

Schul-Mensa im Visier

Zusammen mit einem externen, vom Landratsamt beauftragten Moderator erklärten die Schülerinnen und Schüler jetzt Landrat Stefan Rößle, wo sie ansetzen möchten, um ihre Schule nachhaltiger zu machen. Eine ebenso attraktive wie nachhaltige Schul-Mensa soll auf die Beine gestellt werden, erläuterten Julia Nazarenus und Hagen Hammer als Sprecher der Gruppe.

Die künftige Mensa soll dabei sowohl den Anteil der Nahrungsmittel, die aus der Region kommen, wesentlich erhöhen, als auch in Zusammenarbeit mit Supermärkten und dem Lebensmitteleinzelhandel etwas gegen Lebensmittelverschwendung tun. Die Schüler stellen sich vor, dass z.B. geeignete Produkte mit abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum in der

Mensa noch verarbeitet werden können. Alle Gerichte sollen außerdem Auskunft über ihren „CO₂-Fußabdruck“ geben.

Um ihre Mitschüler für die Mensa zu begeistern, will die Projektgruppe ein System entwickeln, das eine Mitentscheidung der Esser an der Gestaltung des Angebots ermöglicht. Aus der Verbindung von attraktivem Essensangebot und konkreten Beiträgen zur Nachhaltigkeit solle neuer Schwung in die Mensaverpflegung kommen, sagt Julia Nazarenus.

Die Schüler haben mit ihrer Projektidee ein durchaus akutes Thema aufgegriffen. Derzeit müsse nämlich der Auftrag für den Betrieb der Mensa ab dem Schuljahr 2020/21 neu ausgeschrieben werden, informierte Schulleiter Auinger die Projektgruppe.

Neues Konzept ist Chefsache

Landrat Stefan Rößle zeigte sich begeistert von der Initiative der Gymnasiasten. Er versprach, das neue Mensakonzept „zur Chefsache“ zu machen und die Schülerinnen und Schüler in den Auswahlprozess mit einzubinden. Rößle kann sich vorstellen, dass neben dem finanziellen Kriterium in Zukunft auch Kriterien der Nachhaltigkeit in die Entscheidung über den Mensabetrieb mit einfließen könnten. Ein solches Modell könnte landkreisweit Vorbildcharakter haben und die Donau-Rieser Nachhaltigkeitsstrategie bereichern, stellte der Landrat fest.

Bevor er ging, ermutigte er die Schüler, sich von der Dimension ihrer Idee und von eventuell auftretenden Widerständen bei der Verwirklichung nicht entmutigen zu lassen. Damit wurde allen klar, dass die Schülergruppe mit dem Projekt „Nachhaltige Mensa“ die Erwartung geweckt hat, einen wirklich bedeutsamen und innovativen Beitrag zur Nachhaltigkeit im Landkreis zu leisten.

Da der Landkreis in seiner

Nachhaltigkeitsstrategie sich ebenfalls auf die 17 weltweiten Nachhaltigkeitsziele bezieht, unterstützt er Projekte wie „time4action“, um zu zeigen, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, sich auch auf kommunaler und Kreisbene zielführend für den nachhaltigen Fortschritt und eine sichere Zukunft einzusetzen.

Heike Burkhardt, die Nachhaltigkeitsbeauftragte des Landkreises, unterstützt und forciert seit Beginn des Agenda 21 Prozesses 2000 die Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft auf Kreisenebene, damit das Nachhaltigkeits-Leitbild des Landkreises nicht nur auf dem Papier steht. Sie freut sich deshalb über die neue Initiative „time4action“, die „weder ohne das Engagement der Schule noch ohne die Resonanz im Landratsamt und eine gezielte Unterstützung durch die Verwaltung zustande gekommen wäre“, wie sie berichtete.

Ideenreichtum und Verantwortungsbewusstsein

Heike Burkhardt ist davon überzeugt, dass durch praktische Beispiele wie der „Nachhaltigen Mensa“ immer mehr Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Verantwortlichen auf allen Ebenen deutlich wird, dass „unsere Zukunft von unserem Ideenreichtum und unser aller Bereitschaft abhängt, Verantwortung zu übernehmen“. Wir wollen zunehmend dazu beitragen, Menschen die bereit sind, sich aktiv einzusetzen, zu unterstützen und zu befähigen.

Damit die Landkreisöffentlichkeit die Initiative „time4action“ mitverfolgen kann, werden die Schüler das Projekt auf einer eigenen Website www.time4action.de selbst dokumentieren. Heike Burkhardt betont, dass dies auch der Absicht des Landkreises zugutekommt, der die Ergebnisse des Projektes gerne auf andere Schulen übertragen würde.

Wenn sich der Kreistag am heutigen 5. Dezember mit der Nachhaltigkeitsstrategie befasst, dürfte die jetzt gegründete Schüler-Initiative dafür sorgen, dass „Agenda 2030“ und „Sustainable Development Goals“ keine fernen und abstrakten Begriffe bleiben. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„So so so so, jetzt sollen wir also auch den Klimanotstand für unsere Stadt ausrufen. Noch so ein weiteres Stück sinnloser Symbolpolitik, um sich ein gutes Gewissen mit wenig Aufwand zu verschaffen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah in dem Antrag an den Stadtrat, die Stadt möge den Klimanotstand wie 65 andere deutsche Städte auch ausrufen, ein eher durchsichtiges Wahlkampfmanöver.

Nun liegt es dem Bürgermeister fern, den Klimawandel zu leugnen oder den Anteil, den der Mensch daran hat. Zwar sucht er mit Blick auf frühere Wärmeperioden in der Zeit, in der die Geschichte der Menschheit gut dokumentiert ist, noch Argumente, warum eine Erwärmung der Erde wirklich eine Katastrophe sein



Ein schönes Beispiel war vor ein paar Tagen die Wortmeldung eines Wirtschaftswissenschaftlers, der als Hochschullehrer für eine Postwachstumsökonomie eintritt, uns also etwas vereinfacht ausgedrückt auffordert, uns vom Wohlstand zu verabschieden und auf ein einfaches Leben zu besinnen, das uns nur die Grundbedürfnisse in bescheidenem Umfang sichert. So erklärte er uns

Normalbürger, die nach einem guten, komfortablen Leben streben, nicht nur zu „ökologischen Vandalen“, sondern auch jeden Quadratmeter neugebauter Wohnfläche zu einer Katastrophe. Wir ziehen rathausintern noch Hälmchen, wer den jungen Paaren und Familien, die bauen wollen oder eine Wohnung suchen, erklärt, dass sie klimapolitische Pottsäure sind. Dass SUVs und Kreuzfahrten der Teufel erfunden hat, ist eh klar, ebenso, dass man kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit anderen Kontinenten, der mit Flugverkehr verbunden und nicht per Segelschiff leistbar ist, vermeiden sollte.

Viel spannender war aber die Aussage, dass die klimaneutrale schöne neue Welt der Neo-Schnurkeramiker wohl nicht durch demokratisch und repräsentativ gewählte Politiker zu schaffen wäre. Die reden den zukunftsversessenen Massen nur nach dem Mund. Man bräuhete entsprechende Modelle der sozialen Kontrolle in der Nachbarschaft, auf der Arbeit und in der Freizeit, um die Menschen zum richtigen, klimaneutralen Verhalten zu bewegen. 1984? Der Ökoblockwart als Alternative zur parlamentarischen Demokratie?

Mein Chef, der Bürgermeister, schauderte ein wenig, als er die Berichte über diese Wortmeldung las. OK, jeder hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Extreme Diskussionsbeiträge inklusive. Aber nicht mit dem absolutistischen Wahrheitsanspruch, hier habe die Wissenschaft gesprochen, die damit Handlungsanleitungen gibt, die dem Diskurs entgegen sind. Die Klimadebatte wird immer mehr als Glaubensfrage geführt, die Widerspruch als Häresie ansieht. Gefährlich. Wie sagte Victor Hugo einmal: „Die Wissenschaft sucht das Perpetuum mobile. Sie hat es gefunden, es ist sie selbst.“

the Sabrina

Klimadebatte als Glaubensfrage

muss. Andererseits ist er ein überzeugter Anhänger erneuerbarer Energien und möchte so schnell wie möglich auf fossile Brennstoffe verzichten, weil er nicht glaubt, dass wir endliche Ressourcen weiter nutzen sollten, wenn bessere Alternativen zur Verfügung stehen.

Diese differenzierte Haltung zwischen den Stühlen bringt ihm natürlich Feuer von allen Seiten ein. Die einen nennen ihn einen Klimahysteriker, weil er sich für Windkraft, Biogas, Photovoltaik einsetzt und den Stromtrasenbau via Südlink ausdrücklich begrüßt. Die anderen halten ihn für einen Klimadinosaurier, der verantwortungslos Nichtstun hinter dem Bekenntnis zum Vertrauen in Forschung und Fortschritt versteckt, die dem Menschen noch immer geholfen hätten, Probleme zu lösen. Gerade letztere benutzen übrigens gerne das Totschlagargument, man müsse auf „die Wissenschaft“ hören, die den Weltuntergang praktisch bereits beschlossen habe.

Eigentlich ist es ja ein ganz hoffnungsvolles Zeichen, wenn gefordert wird, dass Politik und schwerwiegende politische Entscheidungen auf der Basis von Wissenschaftlichkeit und Rationalität stehen sollen. Aber darf Wissenschaft nicht hinterfragt werden? Ist Wissenschaft mit absolutem Wahrheitsanspruch versehen, der keinem Widerspruch zugänglich ist?

Bildung für nachhaltige Entwicklung:

Auszeichnung für Neumarkt und München

Jeden Freitag setzen sich Schüler mit ihren Demonstrationen für weltweite Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung ein. Doch es sind nicht allein globale Lösungen, auf die es ankommt. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) kann auch auf lokaler Ebene vielfältig verwirklicht werden, wie die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Deutschen UNESCO-Kommission ausgezeichneten 55 Lernorte, 36 Netzwerke und neun Kommunen, beweisen.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, und Christian Luft, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, nahmen in Berlin die BNE-Auszeichnungen für die praktischen Bildungsbeispiele vor. Zu den geehrten Kommunen zählen aus dem Freistaat die Stadt Neumarkt i.d.OPf. und die Landeshauptstadt München.

Mit dem Bürgerhaus (seit 2004) und dem Amt für Nachhaltigkeitsförderung (seit 2012) konnte in Neumarkt innerhalb von zehn Jahren ein enormer Schub für eine nachhaltige Bürgergesellschaft erreicht werden. Das Bürgerhaus gibt praktische Antworten auf drängende Zukunftsfragen wie z. B. den Demographischen Wandel, der Integrationsthematik und der Klimaproblematik. Dabei geht es darum, sich den Herausforderungen einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung zu stellen und gemeinsam mit engagierten Neumarkter Bürgern pragmatische Umsetzungsmaßnahmen zu ergreifen.

Bislang konnten konkrete Ergebnisse erreicht, neue Struktu-

ren geschaffen und großartiges freiwilliges Engagement angestoßen werden. BNE spielt dabei eine wesentliche Rolle.

Zahlreiche Aktivitäten

Zu den wichtigsten von der Stadt Neumarkt i. d. OPf. in den vergangenen Jahren initiierten Maßnahmen zur Förderung von BNE gehören das städtische Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen“ und die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, die seit 2014 im jährlichen Wechsel mit dem Neumarkter Klimaschutzpreis veranstaltet wird. Zudem gibt es weitere BNE-Angebote für verschiedene Zielgruppen.

Unter den bedeutendsten Würdigungen für die Stadt Neumarkt sind die viermalige Auszeichnung als Stadt der UNESCO-Weltdekade für BNE, der Deutsche Nachhaltigkeitspreis als nachhaltigste Stadt mittlerer Größe (2012) sowie der 2. Platz beim bundesweiten Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels (2013).

Seit vielen Jahren engagiert sich auch die Landeshauptstadt München im BNE-Bereich: Seit

2007 finanziert sie die Geschäftsstelle des Vereins BenE München e.V. (BenE steht für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in München) und hat damit ein Netzwerk für Münchner BNE-Akteure und Akteurinnen geschaffen. BenE München ist von der United Nations University als sog. RCE, also als regionales Kompetenzzentrum zur Förderung von BNE, anerkannt (RCE steht für „Regional Centre of Expertise“).

Hierfür sowie für die Vernetzung formeller und informeller Bildungsträgerinnen und -träger mit Stadt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, wurde die bayerische Landeshauptstadt 2012 von der Deutschen UNESCO-Kommission als Stadt der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. BenE München wird mittlerweile durch zahlreiche andere Initiativen der Münchner Stadtgesellschaft ergänzt – u.a. von der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN).

Um die BNE-Arbeit weiter zu fördern, hat der Münchner Stadtrat im November 2018 die Erarbeitung einer BNE-Konzeption beschlossen, die dem Stadtrat in drei Jahren vorgestellt und dann beschlossen werden soll. Auf nationaler Ebene engagiert sich die Landeshauptstadt München u.a. im Partnernetzwerk der BNE-Kommunen sowie im Fachforum Kommunen des Nationalen Aktionsplans BNE. **DK**

Stadt Würzburg:

Baum fürs Baby

Leopold und Fritz sind gerade mal acht Monate alt und dürfen noch mächtig wachsen. Leopold und Fritz könnten auch die zwei Bäume heißen, die nun den Würzburger Garten von Familie März bereichern. Der Apfelbaum und die Mispel, die besonders gut als Nahrung für Wildtiere dient, sind Geschenke der Stadt Würzburg für die Neugeborenen.

„Baum fürs Baby“ nennt sich die Aktion für alle seit 1. Januar 2019 in Würzburg geborenen und im Stadtgebiet wohnenden Kinder. Ins Leben gerufen wurde „Baum fürs Baby“ im Juni 2019, Eltern können rückwirkend für jedes Kind, das ab 1. Januar 2019 geboren wurde und hier gemeldet ist, einen Baum erhalten. Wer keinen Garten hat oder den Baum nicht auf dem Balkon im Topf wachsen lassen kann, kann trotzdem einen Baum für Baby und Kli-

ma pflanzen: Das Gartenamt hat dafür eine eigens geschaffene Fläche ausgewiesen.

Der „Baum fürs Baby“ knüpft an die Tradition an, zur Geburt eines Kindes einen Baum zu pflanzen – und hilft dabei das innerstädtische Klima zu verbessern. „Jeder Einzelne kann etwas für mehr Artenvielfalt, Natur und das Stadtklima tun, indem er Grünes schafft und pflegt, im eigenen Garten, auf dem Balkon, der Fensterbank oder beim Urban Gardening. Ge-



Die Zwillinge Leopold und Fritz März erhielten zur Geburt einen Apfelbaum und eine Mispel als Geschenk der Stadt Würzburg. V.l.: Christiane Matzewitzki (Familienarbeit), Gabriele Schwalb (Leiterin des Standesamtes), Sozialreferentin Dr. Hülya Düber, Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner, Stadträtin Christiane Kerner (ARGE Familien in der Stadt), Tobias März, Gartenamtsleiter Dr. Helge Grob, Franziska März, Philipp Mähler (Klimaschutzmanager). Bild: Claudia Lothar

rade in Würzburg ist das innerstädtische Grün auch aufgrund seines abkühlenden Effekts besonders wichtig“, erklärt Klimaschutzmanager Philipp Mähler, selbst junger Vater und Ideengeber für „Baum fürs Baby“. „Bäume sind wahre Alleskönner: Sie spenden Schatten, Lebensraum und Nahrung für Mensch und Tier, filtern die Luft und wirken als natürliche Klimaanlage für die ganze Stadt.“ „Angesichts der immer

deutlicher sichtbaren Folgen des Klimawandels werden Bäume in der Stadt immer wichtiger. Die Aktion ist daher gelebter Klimaschutz“, fügt Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner hinzu: „Jeder tote Baum, den wir fällen müssen, schmerzt und jeder neue Baum tut uns gut.“

Ausgegeben werden die Bäume in der Umweltstation. Der geschenkte Baum kann sein neues Domizil aber nur beziehen auf-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen der GZ-Wandkalender 2020 und „Kommune – Politik – Wirtschaft“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung von DEMO, ZfK und Bayerischer Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

grund der Zusammenarbeit mehrerer Dienststellen der Stadt Würzburg. Das Gartenamt hat sieben Sorten robuste und in der Region bewährte Sorten ausgesucht, aus denen die jungen Eltern wählen können: drei Apfelbäume, zwei Birnen, eine Zwetschge oder ein Wildobst, die Mispel. Außerdem haben die Eltern noch die Wahl zwischen Halb- und Hochstamm oder Säulenfrucht. Bezahlt werden die Bäume vom Gartenamt. Das Standesamt gibt den Gutscheine in der Geburtsmappe an die Eltern weiter.

Diese Geburtsmappe entstand bereits vor neun Jahren im Fachbereich Jugend und Familie und auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft Familien in der Stadt. „Wir fragten uns damals, was brauchen Eltern und entwickelten ein Willkommenspaket mit wichtigen Informationen rund ums Kind“, berichtet Christiane Matzewitzki (Familienarbeit und Geschäfts-

stelle ARGE Familien). In der dicken Mappe finden sich Notfallnummern, ein Familienwegweiser, Informationen zu Impfungen, Kindertagesbetreuung und vieles mehr. „Sie soll den Eltern viele Jahre dienen und auch wichtige Dokumente oder schöne Erinnerungstücke aufnehmen“, so Matzewitzki. „Wird sie lange genutzt, ist sie nachweislich nachhaltig. Als Mappe des Kindes soll es sie bis zum Großwerden begleiten.“

„Baum fürs Baby“ wird also auch vom Sozialreferat bereitwillig unterstützt. Sozialreferentin Dr. Hülya Düber: „Wir stellen damit wieder einmal die Familienfreundlichkeit Würzburgs beispielhaft unter Beweis“. Im Jahr werden etwa 1.200 Willkommensmappen an neugeborene Würzburger ausgegeben, 600 Stück bereits mit dem Gutschein. Von diesen wurden bis jetzt für 60 Kinder Anträge für Bäume gestellt. □

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 19. Dezember 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Bau
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

HUGO KNÖDLER GMBH
www.apsederrpfosten.com

Fahnenmasten / Fahnen

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Kommunale IT

www. **AKDB** .de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Abzeichen

Fahnen Koch COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunaler Datenschutz

Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 • 86971 Peiting • Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de • www.pt-dynaset.de

Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Gewerbekbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten • Turnhallen • Mehrzweckhallen
Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de • info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
UMWELT FAKT BAYERN

Fahnenmasten

Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

HUGO KNÖDLER GMBH
www.fahnenmast.com

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünware • lichtschlauch • led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Fahnenmasten / Fahnen

Fahnen Koch COBURG

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Infrastrukturanbieter

Langmatz

Am Gschwend 10 • 82467 Garmisch-Partenkirchen • www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 • Fax +49 8821 920-159 • info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

KOMMUNE POLITIK WIRTSCHAFT

Daseinsvorsorge

Magazin für Entscheider in
kommunaler Politik und Wirtschaft

Eine gemeinsame Publikation von

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALE POLITIK · WIRTSCHAFT · BERATUNG · TRENDS · VERGLEICH

ZfK
ZEITSCHRIFT FÜR
KOMMUNALE WIRTSCHAFT



Ein Diesel, der elektrisiert.

Masterpiece of Intelligence: die E-Klasse Limousine als Plug-in-Hybrid. Der E 300 de* bringt Sie so sicher wie effizient ans Ziel. Die Kombination von Dieselmotor und kraftvollem Elektroantrieb ermöglicht lokal emissionsfreies Fahren. Aufgeladen wird die Batterie des Elektromotors entweder durch Bremskraftrückgewinnung während der Fahrt oder ganz einfach an der Steckdose. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mercedes-benz.de/behoerden

*Kraftstoffverbrauch, kombiniert, gewichtet: 1,7 l/100 km; CO₂-Emissionen, kombiniert, gewichtet: 41 g/km. Stromverbrauch, gewichtet: 20 kWh/100 km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Mercedes-Benz

Das Beste oder nichts.



EDITORIAL — **LIEBE LESERIN, LIEBER LESER**

Die Herausforderungen für Kommunen und ihre Unternehmen sind enorm – Energiewende, Klimawandel, Modernisierung der Mobilität, Digitalisierung oder demographischer Wandel – und sie alle haben Auswirkungen auf unser Leben in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. In Berlin und Brüssel wird intensiv darüber diskutiert – aber Ideen entwickeln und umsetzen und Probleme lösen, das müssen wir am Ende bei uns vor Ort.

Dafür brauchen wir den Blick über den Tellerrand hinaus und einen deutschlandweiten Austausch zwischen Kommunen und kommunalen Unternehmen. Nicht jeder von uns muss das Rad neu erfinden, und vielleicht gibt es ja ein Stadtwerk oder eine Kommunalverwaltung, von der ich mir etwas abschauen oder mit der ich etwas gemeinsam machen kann.

Es freut mich, dass die Bayerische GemeindeZeitung, die DEMO und die ZfK diesen Austausch gemeinsam breit fördern wollen und dafür mit „KOMMUNE – POLITIK – WIRTSCHAFT. Magazin für Entscheider in kommunaler Politik und Wirtschaft“ ein neues und reichweitenstarkes Format zur Verfügung stellen.



Foto: Landeshauptstadt Mainz

Michael Ebling

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen, gute neue Ideen für ihre Arbeit vor Ort und freue mich bereits jetzt auf die nächsten beiden Ausgaben von „KPW“ in 2020.

Ihr

Michael Ebling

Oberbürgermeister von Mainz und Präsident des VKU

INHALT

<i>Bielefeld startet Glasfaser-Offensive</i>	4
<i>Gutes Betriebsklima – Interview mit Julia Samtleben, Bürgermeisterin von Stockelsdorf</i>	6
<i>Mobil-Flatrate in Augsburg</i>	8
<i>Müll im Straßenraum: Schulze will Hersteller zur Kasse bitten</i>	10
<i>Bauhof mehrfach ausgezeichnet</i>	12
<i>Kommunale Unternehmen als globale Akteure</i>	14

IMPRESSUM

Sonderveröffentlichung Kommune – Politik – Wirtschaft · Gemeinsame Beilage von DEMO, Bayerische GemeindeZeitung und ZfK

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), ASK GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin

Anzeigen: Kerstin Böhm, ASK.Berlin · Rudolf Gruber, VKU Verlag · Constanze von Hassel, Bayerische GemeindeZeitung

Layout: ASK.Berlin · **Titelbild:** urbans78/stock.adobe.com

Druck: Baumann Druck GmbH & Co. KG, E.-C.-Baumann-Straße 5, 95326 Kulmbach · **Erscheinungstermin:** Dezember 2019

BIELEFELD STARTET GLASFASER-OFFENSIVE

“

„Mit der Glasfasertechnologie sind wir bestens gerüstet, auch Übertragungsraten zu ermöglichen, die jetzt noch gar nicht denkbar sind.“

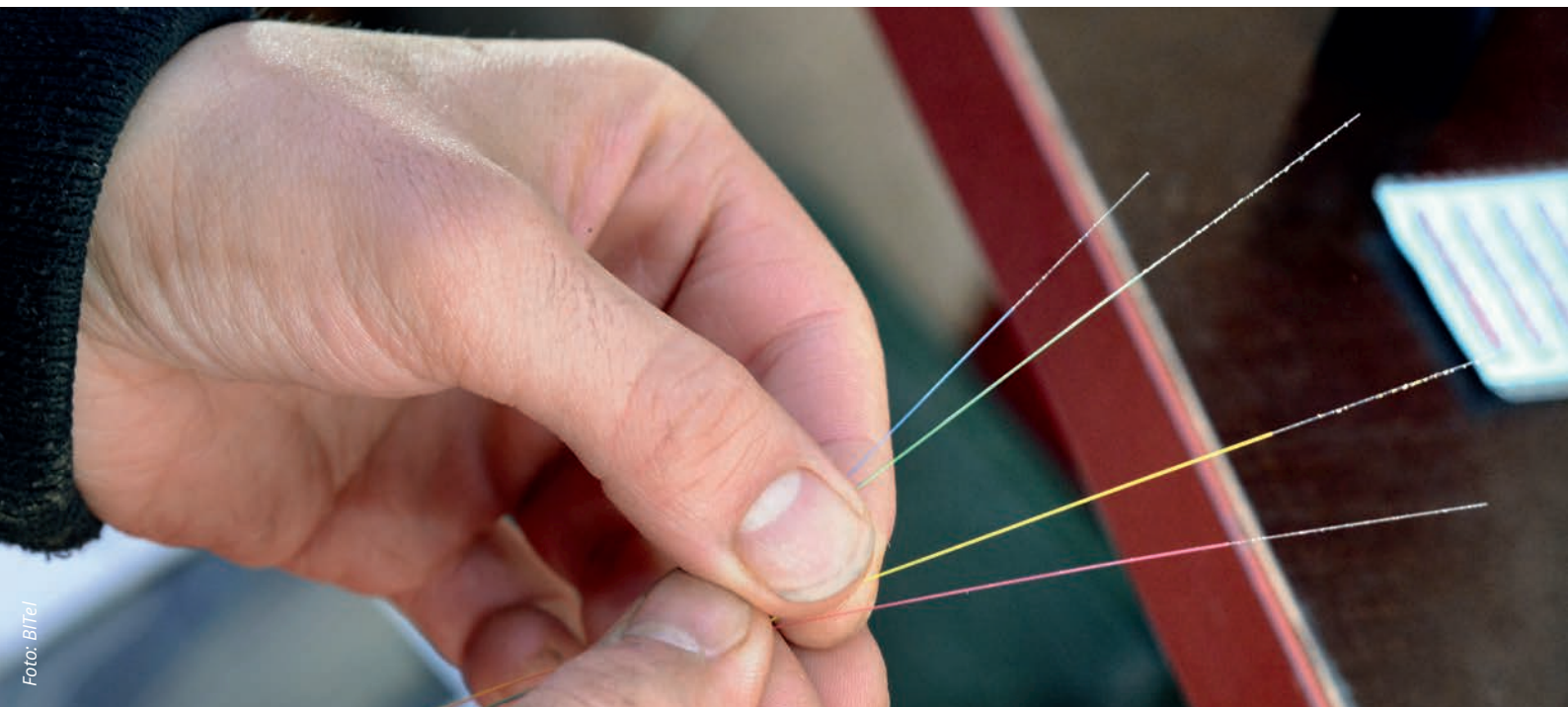


Foto: BITel

VON STEPHANIE GUST

In zehn bis zwölf Jahren soll es in der nordrhein-westfälischen 330.000-Einwohner-Stadt ein flächendeckendes Glasfaserangebot geben.

Dazu haben die Stadtwerke und ihre Telekommunikationstochter BITel mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau in verschiedenen Gebieten der Stadt begonnen. Verlegt werden Glasfaserleitungen bis in die Gebäude. „Aktuell können wir uns vielleicht manchmal noch nicht vorstellen, wie viel Leistung unsere Internetanschlüsse einmal bringen müssen. Mit der Glasfasertechnologie sind wir aber bestens gerüstet, auch Übertragungsraten zu ermöglichen, die jetzt noch gar nicht denkbar sind“,

betont Sarah Leffers, Geschäftsführerin der BITel. Und BITel-Geschäftsführer Thomas Primon pflichtet ihr bei: „Die Digitalisierung hält in ganz vielen Lebensbereichen Einzug und kann unseren Alltag tatsächlich in vielerlei Hinsicht einfacher machen. Dafür brauchen wir aber erst einmal eine vernünftige Infrastruktur. Wenn wir zum Beispiel über die Mobilität der Zukunft in unseren Städten sprechen, die vernetzt sein soll, dann müssen wir dafür auch die Grundlage schaffen.“

FORTSCHRITTE BEIM AUSBAU

Die Stadtwerke Bielefeld sind hier aktiv dabei: Im vergangenen Jahr begann der Ausbau in Sudbrack. Das Gebiet ist inzwischen mit rund 1.440 Hausanschlüssen komplett erschlossen.

Parallel begannen auch die Bauarbeiten im Gewerbegebiet rund um die Gildemeisterstraße. Dort ist der Tiefbau für rund 40 Betriebe und Privathaushalte ebenfalls beendet. Ebenfalls fertig ist das Gewerbegebiet Fabrikstraße, wo 19 Unternehmen ans Glasfasernetz angeschlossen wurden.

In Bielefeld-Altenhagen haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Dort werden Privat- und auch Gewerbekunden rund um die Brönninghauser Straße und die Vinner Straße angeschlossen. Auch in Brake laufen erste Breitband-Bauarbeiten.

EXTRA FÖRDERPROGRAMM FÜR WEIßE FLECKEN

Hinzu kommen die weißen Flecken, die sich in Bielefeld vor allem in den ländlich geprägten Randlagen des Stadtgebietes, auf dem Höhenzug des Teutoburger Waldes und in Gewerbegebieten befinden. Bis Frühjahr 2022 möchten die Stadtwerke und BiTel rund 1.900 Gebäude, darunter auch Gewerbeunternehmen und rund 60 Schulen sowie weitere Einrichtungen ans schnelle Internet anschließen. Durch eine Änderung der Förderbestimmungen gelang es außerdem, nachträglich unterversorgte Schulstandorte in das Programm aufzunehmen. Für den Ausbau stellen Bund und Land NRW jeweils 50 Prozent der Gesamtfördersumme von rund 23,3 Mio. Euro zur Verfügung. Da sich die Stadt in der Haushalts-sicherung befindet, wird der Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent vom Land übernommen.

EIN GBIT/S FÜR SCHULEN

Für die 1.900 Gebäude und Schulen braucht es insgesamt 330 Kilometer Breitbandtrasse. Davon werden 145 Kilometer in klassischem Tiefbauverfahren verlegt. Um die Arbeiten zu beschleunigen, wollen die Stadtwerke auf etwa 180 Kilometern vorhandene Freileitungen und Leerrohre mitnutzen.

Damit im Frühjahr 2022 der Ausbau dann auch wirklich fertig ist, arbeiten außerdem mehrere Baukolonnen gleichzeitig – so wie jetzt in den ersten beiden Ausbaugebieten.

„Wo heute noch mit weniger als 30 Mbit pro Sekunde gesurft wird, sind nach dem Ausbau für Privatsleute 400 Mbit/s und für Unternehmen und Schulen sogar mindestens ein Gbit/s vorgesehen. Ein echter Quantensprung“, freut sich Oberbürgermeister Pit Clausen.

“

„Die Digitalisierung hält in ganz vielen Lebensbereichen Einzug und kann unseren Alltag tatsächlich in vielerlei Hinsicht einfacher machen.“

GRUNDLAGE FÜR WEITERE DIGITALE ANGEBOTE

Für die Stadtwerke Bielefeld ist es ihr bisher größtes Infrastrukturprojekt. Insgesamt 280 Millionen Euro will das Unternehmen in den Ausbau des Glasfasernetzes in Bielefeld investieren. Der Kommunalversorger legt damit die Grundlage für die Umsetzung weiterer digitaler Angebote, die mit der Stadt zusammen ausgebaut werden sollen. Geplant ist beispielsweise eine Smart-City-Plattform, die alle digitalen Aktivitäten der Stadt und der Stadtwerke bündelt.

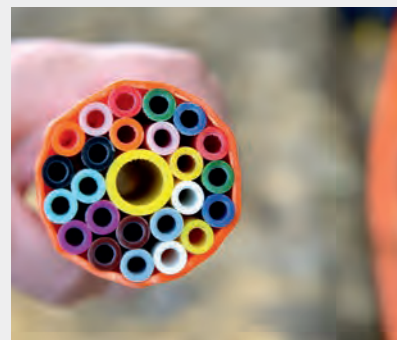


Foto: BiTel



GUTES BETRIEBSKLIMA

Julia Samtleben (39) wurde im März 2018 mit einem Vorsprung von 19 Stimmen auf ihren Mitbewerber zur neuen Bürgermeisterin von Stockelsdorf (Schleswig-Holstein) gewählt. Die diplomierte Juristin ist damit eine der wenigen Bürgermeisterinnen in Deutschland. Wir fragen sie über ihre Ideen für Kommune und kommunale Wirtschaft.

Die Herausforderungen für die Kommunen sind enorm. Was sind die drei wichtigsten Themen, mit denen Sie sich als Bürgermeisterin beschäftigen müssen?

Infrastruktur (digital und analog, Verkehr, Mobilität, Barrierefreiheit), Bürgerservice (Kitausbau, Schulbetreuung, Schulsanierung, transparente Verwaltungsarbeit) und natürlich die Kommunalfinanzen. Die Kommunen müssen vom Land besser ausgestattet werden. In Schleswig-Holstein steht die FAG-Reform an, die leider nach jetzigem Stand keine Besserung verspricht. Im Gegenteil.

Kommunale Infrastruktur muss immer wieder erneuert werden und alleine die Energiewende erfordert einiges an Veränderung. Was bedeutet das bei Ihnen vor Ort?

Stockelsdorf hat eine große Ausdehnung in der Fläche und ein dementsprechendes Straßennetz. Stockelsdorf hat Straßenausbaubeiträge abgeschafft, aber alleine für den Straßenausbau einen geschätzten Mindestbedarf von einer Million Euro pro Jahr. Radwege sind Mangelware. Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED ist teilweise erfolgt. Breitband liegt eher in unseren Dörfern als im Ortskern. Wir haben uns gemeinsam mit Lübeck als digitale Modellregion beworben.

Welche Rolle spielen dabei die Gemeindewerke?

Das Thema Breitbandausbau wurde von den Gemeindewerken in der Nachbetrachtung in der Vergangenheit vernachlässigt. Die Gemeindewerke betreiben das Gasnetz, verkaufen als Stromhändler Ökostrom und sind durch eine Tochtergesellschaft Betreiber mehrerer kleiner Blockkraftheizwerke. Diese sind noch mit Gas betrieben. Hier wird es in Zukunft erforderlich sein, auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Gemeinde-

werke haben Pläne, sich im Bereich Solarthermie und E-Mobilität (Vertrieb von Wallboxen) zu engagieren.

Stichwort demografischer Wandel, welche Dimension hat der für Stockelsdorf?

Für die nächsten Jahren werden konstante Geburtenraten vorhergesagt. Das heißt, es ist zunächst ein steigender Bedarf im Bereich der Kindergärten und Schulen zu erwarten. Bei der Ausstattung und Erweiterung achten wir auf multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten. D. h. der Sportverein nutzt abends die Betreuungsräume in den Grundschulen für Seniorengymnastik und Yoga. Am wichtigsten sind aber barrierefreie Wohnmöglichkeiten in allen Preiskategorien, moderne Mobilitätskonzepte, Sammeltaxen, Leihräder, Mitfahrbänke und Mitfahrapps, um den Menschen auch in dörflicher Lage (Stockelsdorf liegt zwar in unmittelbarer Nähe zu Lübeck, weitet sich aber mit 10 dazugehörigen Dörfern in einem ca. 10 km großen Radius aus) möglichst lange eine autarke Lebensweise zu ermöglichen.

Wie finden Sie die richtigen Leute für die Verwaltung?

Meine Mitarbeiter sind motiviert und es herrscht ein gutes Betriebsklima. Das spricht sich rum. Wir investieren in das Thema Gesundheitsmanagement, bieten Sportkurse, gemeinsame Sportveranstaltungen, stattdie Büros mit höhenverstellbaren Schreibtischen aus. Die Mitarbeiter können sich ihre Arbeit im Rahmen der Gleitzeit zwischen 6 Uhr und 20.00 Uhr weitestgehend frei einteilen. Außerdem bin ich auch Seiteneinsteigern ohne klassische Verwaltungslaufbahn zugetan.

Und wie motivieren Sie Ihre Mannschaft?

Ich hoffe, durch mein Vertrauen, dass ich ihnen auf ihre Arbeit bezogen entgegenbringe – sie machen nämlich alle einen sehr guten Job – und durch die zuvor dargestellten Maßnahmen.

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN



Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des

 Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MOBIL-FLATRATE IN AUGSBURG: HANDY-TARIF FÜR MOBILITÄT

“

„Wir gehen mit der Mobil-Flat völlig neue Wege im Nahverkehr. Zusammen mit neuen Abrechnungsmodellen für den ÖPNV ist das die Zukunft im Nahverkehr.“

VON HEINZ WRANESCHITZ

Man merkt Geschäftsführer Walter Casazza an: Er ist absolut sicher, diese neue Flatrate seiner Stadtwerke Augsburg (SWA) wird ein voller Erfolg.

Soweit bekannt, ist es bundesweit bislang einmalig, dass in einer Stadt in einem einzigen Tarif Busse und Straßenbahnen, Carsharing (also Leih-Autos) und Leihräder zusammengeführt sind. „Alles aus einer Hand“, in diesem Fall aus jener der SWA, die all diese Mobilitätssysteme ohnehin schon im Angebot hat.

MOBILITÄTSVERHALTEN

Ein Jahr lang haben die Verkehrsbetriebe das Mobilitätsverhalten von 50 Testnutzern analysiert. Ausgewertet hat die Ergebnisse ein Wissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH Zürich. Unter den Testern war auch ein Redakteur der Augsburger Allgemeinen. Seine „Motivation ist auch finanzieller Natur: Laut ADAC kostet ein Mittelklassewagen jeden Monat zwischen 500 und 700 Euro. In dieser Summe stecken



Foto: Bernd Jaußmann/SWA

neben dem Anschaffungspreis und Benzin auch Versicherungen, Kfz-Steuer sowie Werkstatt- und Reifenkosten. Das ist viel Geld für etwas, das den größten Teil der Zeit nicht genutzt wird.“

„Aus den durch die Tester gesammelten Daten haben wir zwei Angebotspakete geschnürt, die für den Kunden einen echten Mehrwert bedeuten“, erklärt SWA-Geschäftsführer Casazza. Bei diesen beiden „Mobilitäts-Paketen“ orientieren sich die Augsburger an Mobiltelefon-Flatrates: Dort ist heutzutage meist das unbegrenzte Telefonieren komplett enthalten; das nutzbare Online-Datenvolumen entscheidet letztlich oft über den Preis. Und so ist es auch bei beiden Angeboten.

MOBIL-FLATRATE

Das sogenannte „Mobil-Abo Innenraum für den Nahverkehr“ ist beide Male ebenso dabei wie die kostenfreie Nutzung der SWA-Leihräder mehrmals am Tag, jeweils bis zu 30 Minuten. Die Preis-Differenz zwischen 79 und 109 Euro im Monat kommt von den Unterschieden beim Carsharing: Bei der günstigeren „SWA Mobil-Flat S“ sind 15 Stunden, beziehungsweise 150 Kilometer Autonutzung enthalten, bei der „SWA Mobil-Flat M“ dagegen sind bis zu 30 Stunden Autofahrt drin, und das sogar ohne Kilometerbeschränkung. Das reine „Mobil-Abo Innenraum“ kostet übrigens aktuell 52,50 Euro im Monat.

Da die Stadtwerke ihre 200 Leih-Autos aller Fahrzeugklassen in Augsburg und der Region über mehr als 70 Standorte verteilt haben, sollte aktuell sichergestellt sein, dass bei Bedarf auch immer ein Car zum Sharing bereitsteht. Im SWA-Leih-Fuhrpark sind übrigens auch neun Elektroautos dabei, die nicht fest auf Stationen verteilt sind; die Augsburger nennen das System „Freefloating“.

Für SWA-Geschäftsführer Casazza sprechen eine Reihe Argumente für das gemeinsame Nutzen eines Autos:

Ein Carsharing-Fahrzeug ersetze sieben Privatfahrzeuge. Und für die sei ohnehin kaum Platz in Innenstadträumen: Die Parkplätze seien meist belegt und die Luft verpestet. „Ich glaube, dass wir das richtige Angebot haben, um Menschen anzusprechen, die ihr Verkehrsverhalten ändern wollen.“



Foto: Bernd Jaußmann/SWA

FAKT IST:

Besonders in Städten verzichten immer mehr, vor allem junge Menschen auf das eigene Auto. In Augsburg selbst sind sie mit Bus und Straßenbahn mobil. Will man bei schönem Wetter an den Badeweiher, reicht oft das Fahrrad. Doch für den Wocheneinkauf im Großmarkt, für den Ausflug am Wochenende zu den Schwiegereltern mit Kind und Kegel wäre ein Auto schon nicht so schlecht.

Das alles, „flexibel mobil sein, das ist heute das A und O. Und mit unserer Mobil-Flat können Sie das“, wirbt die SWA-PR-Abteilung. Ein Mobilitätsweg, der sich auch anderswo lohnen könnte.



Weitere Informationen unter:
swa.to/mobilflat

“

„Ich glaube, dass wir das richtige Angebot haben, um Menschen anzusprechen, die ihr Verkehrsverhalten ändern wollen.“

Kommunen werden entlastet

MÜLL IM STRAßENRAUM: SCHULZE WILL HERSTELLER ZUR KASSE BITTEN

VON CARL-FRIEDRICH HÖCK

Kommunen müssen zunehmend Geld für die Müllbeseitigung im öffentlichen Raum ausgeben. Umweltministerin Svenja Schulze will die Hersteller von Fast-Food-Verpackungen oder Getränkebechern an den Kosten beteiligen.

Sich unterwegs einen Kaffee im To-Go-Becher und ein verpacktes Sandwich kaufen – das ist bequem und für viele Menschen Alltag. Doch der Müll, der so entsteht, macht den Kommunen zu schaffen. Papierkörbe im öffentlichen Raum müssen immer häufiger geleert werden. Auch auf den Straßen und Plätzen landen zunehmend Einwegprodukte als Abfall.



Foto: Alexander Bespaly/stock.adobe.com

„KOSTEN TRAGEN WIR ALLE“

Für diese Entwicklung müssen die Städte und Gemeinden teuer bezahlen, stellte Bundesumweltministerin Schulze schon Mitte August 2019 bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem VKU-Präsidenten Michael Ebling zum Thema „Saubere Städte und mehr Herstellerverantwortung für Wegwerfprodukte“ fest. „Die Kosten für die Reinigung, die tragen wir alle. Und diese Kosten steigen.“ Das unterstrich auch Ebling: Die Kosten der Stadtreinigung würden nämlich über die Straßenreinigungsgebühren und die kommunalen Haushalte finanziert.

Ebling ist auch Oberbürgermeister der Stadt Mainz. Dort sei die Müllmenge im öffentlichen Straßenraum binnen fünf Jahren um 150 Tonnen jährlich gestiegen, sagt er. Es gebe mittlerweile kaum noch eine Stadt, in der nicht auch sonntags die Papierkörbe geleert würden.

NEUE EU-RICHTLINIE

Die Umweltministerin will die Hersteller von Einweg- oder Wegwerfartikeln in Zukunft direkt an den anfallenden Kosten beteiligen. Genau das sieht auch eine EU-Einweg-Kunststoffrichtlinie vor, die im Mai 2019 von den Mitgliedstaaten verabschiedet wurde.

Zum Hintergrund: Bereits jetzt müssen die Hersteller von Verpackungen zwar für deren Entsorgung zahlen, indem sie Lizenzgebühren an die Dualen Systeme entrichten. Doch diese holen nur den Müll ab, den die Verbraucher in die heimische Wertstofftonne geben. Was im öffentlichen Straßenraum landet, wird nicht von den Dualen Systemen entsorgt, sondern von der kommunalen Stadtreinigung. Die erhält von den Lizenzgebühren nichts.

AUCH FÜR ZUSÄTZLICHE ABFALLBEHÄLTER SOLLEN HERSTELLER ZAHLEN

Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket enthält eine umfassende Änderung wichtiger EU-Richtlinien im Abfallbereich. Es ist im Juli 2018 in Kraft getreten und muss bis Juli 2020 in deutsches Recht umgesetzt werden. Svenja



Foto: BMU/phototehk/Thomas Trutschel

Bundesumweltministerin Svenja Schulze

Schulze plant nun, das Kreislaufwirtschaftsgesetz anzupassen. Das BMU hat im August 2019 dazu einen ersten Referentenentwurf an die beteiligten Kreise gesandt.

Die Änderungen bedeuten für die kommunale Abfallwirtschaft in Deutschland zwar keinen grundlegenden Wandel und werden vom VKU, in dem die meisten kommunalen Abfallunternehmen organisiert sind, im Grundsatz begrüßt. An wichtigen Punkten fordert der Verband in einer Stellungnahme vom September jedoch Anpassung im Detail.

Ziel ist es, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um Hersteller auch an den Entsorgungskosten im öffentlichen Straßenraum zu beteiligen. Dazu sollen genaue Zahlen ermittelt werden, was an Wegwerfprodukten in den Papierkörben sowie auf Straßen und Parks endet. Hierfür hat der VKU eine repräsentative Studie in Auftrag gegeben.

Die vom VKU ermittelten Zahlen werden in den Gesetzgebungsprozess einfließen, kündigt Schulze an. Sie betreffen die Hersteller von Fast-Food-Verpackungen, Getränkebechern, dünnen Plastiktüten und Zigarettenfiltern. Sie sollen anteilig an den Kosten beteiligt werden, die für die öffentliche Sammlung, die Bereitstellung der Abfallbehälter sowie die anschließende Entsorgung anfallen. Die Kommunen werden entsprechend entlastet.

BAUHOF

MEHRFACH AUSGEZEICHNET



VON EVA MITTNER

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Anteil der in Holzbauweise errichteten Gebäude nahezu verdreifacht. Lag der Anteil früher nur bei sechs Prozent, entstehen heute etwa 18 Prozent aller Neubauten in Holzbauweise. Immer interessanter wird diese Bauweise auch für den kommunalen Sektor. Beispielhaft hierfür steht der im Jahr 2017 eröffnete und 2018 mit dem Bundespreis „Holzbau Plus“ ausgezeichnete Bauhof Sengenthal.

Der im Zuge der Internationalen Grünen Woche in Berlin gewürdigte Betriebshof für nachhaltige Architektur befindet sich im oberpfälzischen Landkreis Neumarkt. Ausgezeichnet wurde das Holzgebäude im Bereich „Gewerbliches Bauen – Neubau“.

Eine Vergrößerung und Modernisierung des alten Bauhofes war nötig

geworden. Die Gemeinde Sengenthal hatte sich daher für einen modernen und nachhaltigen Neubau entschieden. So entstand 2017 ein ebenerdiges Gebäude, dessen abgestuftes Dach eine offene Lagerbühne sowie die durch Trennwände unterteilten Nutzräume beherbergt. Im Verwaltungsbereich wurden die Büros und Sozialräume der Mit-

arbeiter untergebracht. Für die betrieblichen Relevanzen entstanden im weiteren Gebäudetrakt eine Fahrzeughalle für Spezialfahrzeuge, Werkstätten, Technikraum und Magazine sowie das überdachte Lager, welches gleichzeitig zur direkten Durchfahrt dient. Im hinteren Gebäudebereich wurde zusätzlich ein Streusalzdepot erstellt.

VERKNÜPFUNG VON FUNKTIONALITÄT UND INTERESSANTER ARCHITEKTUR

Die Dachkonstruktion ist ein schlankes Rippentragwerk, das mit einer darunter montierten Mehrschichtplatte verbunden ist. Durch das sich zum Hang hin erhöhende Dach passt sich der Komplex in seiner Form optimal in die umliegende Umgebung ein. Diese spannende Optik entspringt den Plänen von Architekt Michael Kühnlein Junior aus Berching. Das ausführende Unternehmen, die Hecker Holzsystembau GmbH aus Berching, ist Mitglied in der seit knapp 30 Jahren deutschlandweit aktiven Gruppe ZimmerMeisterHaus®.

Das überspannende Dach des Bauhofs hat eine Tragweite von insgesamt 25 Metern. Das Tragsystem aus Holzrippen wurde im Verbund mit Mehrschichtplatten entwickelt, was die statische Trägerhöhe auf 30 cm reduziert. Auf diese Weise entstand eine durchgängig wirtschaftliche Konstruktion. Bis auf die integrierte Waschhalle wurde der gesamte Bauhof Sengenthal in massiver Holzständerbauweise errichtet.

ZUKUNFTSORIENTIERT GROßZÜGIG GEBAUT

Der rechteckige Baukörper wurde nicht unterkellert, sondern auf einer Stahlbetonbodenplatte errichtet. Er misst über seine gesamte Gebäudefläche etwa 67 x 20 Meter. Hinzu kommt das topografisch bedingt versetzte Streugutlager, welches eine Gesamthöhe von 11,15 Metern erreicht. Das Bauhofgebäude selbst schafft es im höchsten Bereich auf ca. 5,7 Meter Höhe. Im Inneren, über dem Verwaltungstrakt gelegen, befinden sich eine offene Lagerbühne sowie der Technikraum, welcher über eine interne Treppe erreichbar ist.

ÄSTHETISCH HOHER ANSPRUCH MIT ZEITLOSER AUSSTRAHLUNG

Die mögliche Vorfertigung der Holzkonstruktion erlaubte eine rasche und witterungsunabhängige Montage. Bei der in weiten Teilen sichtbaren Rohbaukonstruktion aus Betonwänden und Decken aus Brettsperholz wurde auch im Inneren ein Schwerpunkt auf Ästhetik gelegt.



„Das Tragsystem aus Holzrippen wurde im Verbund mit Mehrschichtplatten entwickelt, was die statische Trägerhöhe auf 30 cm reduziert.“

ENERGIERELEVANT ERRICHTET

Für die benötigte Wärme sorgt eine Fußbodenheizung – die durch eine Luftwärmepumpe betrieben wird. Die große Fahrzeughalle wurde mit Sektionaltoren ausgestattet. Diese doppelwandigen Tore sind im Hinblick auf die Wärmedämmung keine Schwachstelle mehr – im Gegenteil: Sie bieten erhebliche Vorteile durch ihre Robustheit, den Einbruchschutz und die guten Dämmwerte. Hinzu kommt u. a. die natürliche Belichtung.

Das fünf Meter auskragende Vordach an der Südseite verhindert eine sommerliche Überhitzung der Innenräume. Zusätzlich hat man mit einer Zisterne die Regenwassernutzung für die Waschhalle, Reinigung der Fahrzeuge und Geräte gesichert. Beim Bau wurde ausschließlich mit regionalen Firmen zusammengearbeitet (im Umkreis von 15 km). Durch die gute Belichtung der Halle, Beheizung, Dämmung und ordentliche Rettungsweggestaltung wären auch andere Nutzungen möglich. Die Energieeinsparverordnung, der Energiestandard nach EnEV 2016, wurde bei diesem Projekt spielend erfüllt. Dennoch wurde für das Flachdach die Aufrüstung einer PV-Anlage geplant.



Weitere Informationen unter:

www.zmh.com, www.hecker-hsb.de und www.kuehnlein-architektur.de

KOMMUNALE UNTERNEHMEN ALS GLOBALE AKTEURE

“

„Wir haben ein riesiges Know-how in den städtischen Beteiligungsgesellschaften, beispielsweise in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, und Stromversorgung.“

VON BURKHARD VIELHABER

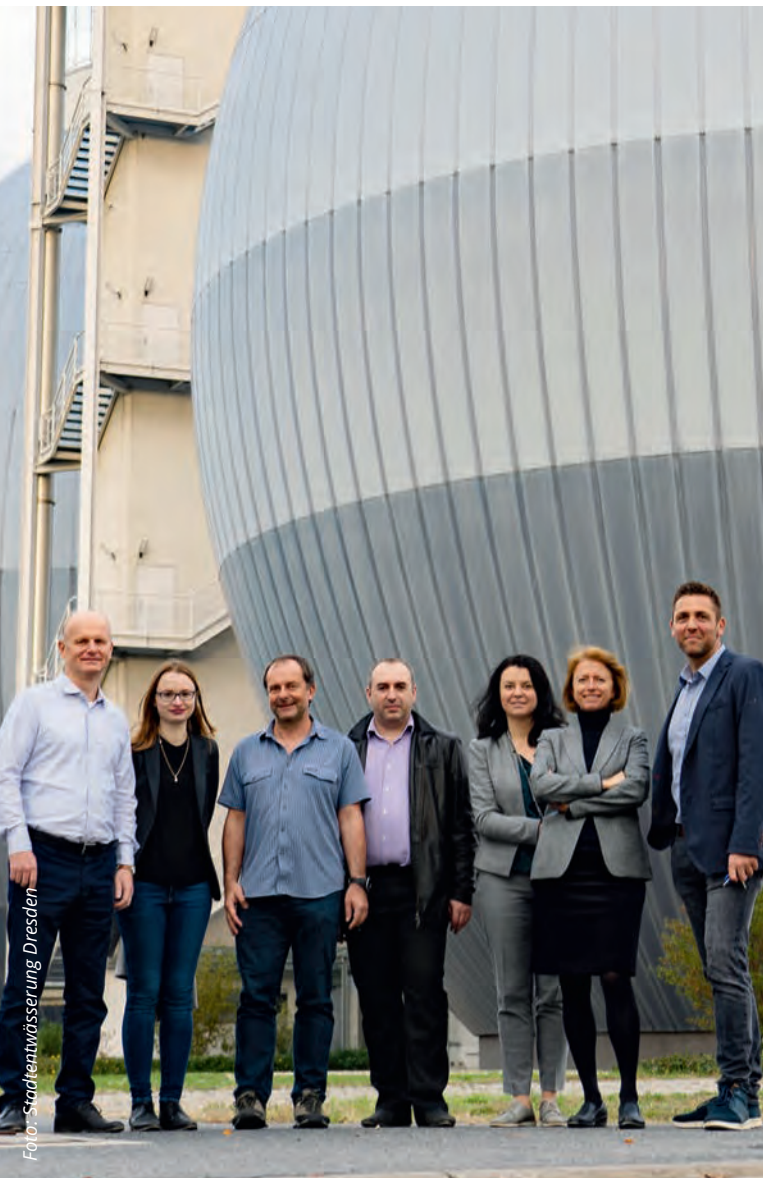
Den Blick über das eigene Versorgungsgebiet hinaus weiten: über Möglichkeiten und Chancen des developmentpolitischen Engagements in globaler Verantwortung.

„Wir haben ein riesiges Know-how in den städtischen Beteiligungsgesellschaften, beispielsweise in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, und Stromversorgung“ bringt der ehemalige Bürgermeister von Erlangen und ehrenamtliche Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik, Prof. Dr. Balleis, es auf den Punkt, warum Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller ausdrücklich für mehr Engagement kommunaler Unternehmen auf vielen Foren wirbt.

VIELSEITIGES ENGAGEMENT

Das Engagement kommunaler Unternehmen – wie auch das Förderinstrumentarium hierzu – ist inzwischen sehr vielseitig: Es reicht von fairer Beschaffung, z. B. von Arbeits- und Schutzkleidung, über einen kollegialen Erfahrungsaustausch zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen des globalen Südens, über Beratungseinsätze, z. B. im Rahmen bestehender Kommunalbeziehungen, bis hin zu Betreiberpartnerschaften, die von den Unternehmen autonom durchgeführt werden.

Dabei unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Entwicklungsministeriums die Unternehmen als



Die Delegation aus dem ukrainischen Lviv besuchte das Klärwerk Kaditz in Dresden

Service- und Beratungseinrichtung. Sie arbeitet auch eng mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zusammen. Der VKU hat eine „Koordinationsstelle kommunale Entwicklungspolitik“ eingerichtet, berät hierüber seine Mitgliedsunternehmen und stimmt sich mit der SKEW ab.

FÖRDERINSTRUMENTARIUM

Neben dem „klassischen“ Förderinstrumentarium hat die SKEW teils in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) neue Instrumente eingeführt, die speziell auf kommunale Unternehmen ausgerichtet sind:

Die Internationale Städteplattform Connective Cities fördert über Dialogforen den Erfahrungsaustausch und Kooperationen zwischen deutschen und internationalen Expertinnen und Experten, so beispielsweise in der Veranstaltung „Plastikabfälle – Der Beitrag kommunaler Abfallwirtschaft zur Lösung des Problems“ im Dezember diesen Jahres.

Die „Betreiberplattform zur Stärkung von Partnerschaften kommunaler Unternehmen weltweit“ unterstützt derzeit Kooperationen in der Wasserwirtschaft zwischen vier Unternehmen aus der Ukraine, Marokko, Jordanien und Sambia und neun deutschen Unternehmen. Das Pilotvorhaben wird in Zusammenarbeit mit der German Water Partnership und dem VKU durchgeführt.

Die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ stärkt die Aufnahmekommunen syrischer Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Sie vermittelt zeitlich begrenzte Partnerschaften in der öffentlichen Daseinsvorsorge und verspricht über „Schnellstartpakete“ eine unkomplizierte Förderung.



Foto: Martin Mogunia

Wer macht was? Und wie läuft es? Bei einer länderübergreifenden Gruppenarbeit konnten die Teilnehmenden des Netzwerktreffens Kommunale Projektpartnerschaften der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ (IKKN) in Erlangen sich vertieft austauschen.

PARTNERSCHAFTEN

Deutsche Unternehmen profitieren neben dem Erfahrungsaustausch vor allem durch den Perspektivwechsel – den Blick über das eigene Versorgungsgebiet hinaus. „Einmal etabliert, können sich Partnerschaften dynamisch entwickeln – denn Experten verstehen sich, auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen“, so Gunda Röstel, kaufmännische Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH.



Weitere Informationen unter:
skew.engagement-global.de

KONTAKT

Engagement Global gGmbH

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn · Tel.: 0228 20 717-670
service-eine-welt@engagement-global.de

“

„Einmal etabliert, können sich Partnerschaften dynamisch entwickeln – denn Experten verstehen sich, auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen.“



Handyparken

Ohne Stress, ohne Kleingeld, ohne Parkscheinautomaten!
einfach. bequem. preiswert.

Deutschlands günstigster Anbieter

mobilet.de



BAYERISCHE GemeindeZeitung 2020

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Mi 1 <small>Neujahr</small>	Sa 1	So 1	Mi 1	Fr 1 <small>Tag der Arbeit</small>	Mo 1 <small>Pfingstmontag</small>	Mi 1	Sa 1	Di 1	Do 1	So 1 <small>Allerheiligen</small>	Di 1
Do 2	So 2	Mo 2	Do 2	Sa 2	Di 2	Do 2 <small>Bayerische Sparkassen</small>	So 2	Mi 2	Fr 2	Mo 2	Mi 2
Fr 3	Mo 3	Di 3	Fr 3	So 3	Mi 3	Fr 3 <small>Volerversammlung Bayerischer Bezirkstag</small>	Mo 3	Do 3	Sa 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	Di 3	Do 3
Sa 4	Di 4	Mi 4	Sa 4	Mo 4	Do 4	Sa 4	Di 4	Fr 4	So 4	Mi 4	Fr 4
So 5	Mi 5	Do 5	So 5	Di 5	Fr 5	So 5	Mi 5	Sa 5	Mo 5	Do 5	Sa 5
Mo 6 <small>Heilige Drei Könige</small>	Do 6	Fr 6	Mo 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6	Do 6	So 6	Di 6	Fr 6	So 6
Di 7	Fr 7	Sa 7	Di 7	Do 7	So 7	Di 7	Fr 7	Mo 7	Mi 7	Sa 7	Mo 7
Mi 8	Sa 8	So 8	Mi 8	Fr 8	Mo 8	Mi 8 <small>94. Verbandsversammlung des SVB, Würzburg</small>	Sa 8 <small>S</small>	Di 8	Do 8	So 8	Di 8
Do 9	So 9	Mo 9	Do 9	Sa 9	Di 9	Do 9 <small>Bayerischer Sparkassentag 2020, Würzburg</small>	So 9 <small>S</small>	Mi 9	Fr 9	Mo 9	Mi 9
Fr 10	Mo 10	Di 10	Fr 10 <small>Karfreitag</small>	So 10	Mi 10	Fr 10	Mo 10	Do 10	Sa 10	Di 10	Do 10
Sa 11	Di 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11	Do 11 <small>Fronleichnam</small>	Sa 11	Di 11	Fr 11	So 11	Mi 11	Fr 11
So 12	Mi 12	Do 12	So 12 <small>Ostersonntag</small>	Di 12	Fr 12	So 12	Mi 12	Sa 12	Mo 12	Do 12 <small>8. Bayerisches BreitbandForum</small>	Sa 12
Mo 13	Do 13	Fr 13	Mo 13 <small>Ostermontag</small>	Mi 13	Sa 13	Mo 13	Do 13	So 13	Di 13	Fr 13	So 13
Di 14	Fr 14	Sa 14	Di 14	Do 14	So 14	Di 14	Fr 14	Mo 14	Mi 14 <small>Landrätsratung, Bayerischer Landkreistag, Nürnberger Land</small>	Sa 14	Mo 14
Mi 15	Sa 15	So 15	Mi 15	Fr 15	Mo 15	Mi 15	Sa 15 <small>Mariä Himmelfahrt</small>	Di 15	Do 15	So 15	Di 15
Do 16	So 16	Mo 16	Do 16	Sa 16	Di 16	Do 16	So 16	Mi 16	Fr 16	Mo 16	Mi 16
Fr 17	Mo 17	Di 17	Fr 17	So 17	Mi 17	Fr 17	Mo 17	Do 17 <small>8. Bayerisches WasserkraftForum</small>	Sa 17	Di 17	Do 17
Sa 18	Di 18	Mi 18 <small>8. Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT</small>	Sa 18	Mo 18	Do 18	Sa 18	Di 18	Fr 18	So 18	Mi 18	Fr 18
So 19	Mi 19	Do 19	So 19	Di 19	Fr 19	So 19	Mi 19	Sa 19	Mo 19	Do 19	Sa 19
Mo 20	Do 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20	Sa 20	Mo 20	Do 20	So 20	Di 20	Fr 20	So 20
Di 21	Fr 21	Sa 21 <small>Freie Demokraten</small>	Di 21	Do 21 <small>Christi Himmelfahrt</small>	So 21	Di 21	Fr 21	Mo 21	Mi 21	Sa 21	Mo 21
Mi 22	Sa 22	So 22 <small>Parteitag der FDP Bayern, Hirschaid</small>	Mi 22	Fr 22	Mo 22	Mi 22	Sa 22	Di 22	Do 22	So 22	Di 22
Do 23	So 23	Mo 23	Do 23	Sa 23	Di 23	Do 23	So 23	Mi 23	Fr 23	Mo 23	Mi 23
Fr 24	Mo 24	Di 24	Fr 24	So 24	Mi 24	Fr 24	Mo 24	Do 24	Sa 24	Di 24	Do 24 <small>Heiliger Abend</small>
Sa 25	Di 25	Mi 25	Sa 25	Mo 25	Do 25 <small>13. Bayerisches EnergieForum</small>	Sa 25	Di 25	Fr 25	So 25	Mi 25	Fr 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>
So 26	Mi 26	Do 26	So 26	Di 26	Fr 26	So 26	Mi 26	Sa 26	Mo 26	Do 26	Sa 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>
Mo 27	Do 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27 <small>Landkreistagsversammlung, Bayerischer Landkreistag, Erding</small>	Sa 27	Mo 27	Do 27	So 27	Di 27	Fr 27	So 27
Di 28	Fr 28	Sa 28	Di 28	Do 28	So 28	Di 28	Fr 28	Mo 28	Mi 28	Sa 28	Mo 28
Mi 29	Sa 29	So 29	Mi 29	Fr 29	Mo 29	Mi 29	Sa 29	Di 29	Do 29	So 29	Di 29
Do 30	Mo 30	Mo 30	Do 30	Sa 30	Di 30	Do 30	So 30	Mi 30	Fr 30	Mo 30	Mi 30
Fr 31	Di 31	Di 31	Fr 31	So 31 <small>Pfingstsonntag</small>	Mo 31	Fr 31	Mo 31	Sa 31	Sa 31	Do 31 <small>Silvester</small>	

Nähe ist einfach.
Weil man die Sparkasse immer und überall erreicht. Von zu Hause, mobil und in der Filiale.

Ihr Partner für Ladeinfrastruktur und eCarsharing

E W A L D
www.e-wald.eu
info@e-wald.eu
+49 9923 80108 310

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

Machen Sie mit und melden Sie sich beim GZ-Netzwerk an: www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Seminare zur KOMMUNAL-POLITIK und LEITFÄDEN

Unser Themenportal „Kommunalpolitik“ im Internet: www.hss.de/kommunalpolitik

www.hss.de

Zukunft gestalten. Gezielt fördern.

Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderkredite für Ihre Investitionen. Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de oder über die Kommunal-Hotline +49 89 3171-32004

Das Förderinstitut der BayernLb | Bayern Labo

Mein neuer Heimvorteil
Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M.net Mein Netz

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL & sonntags auf allen 14 Bayerischen Regional-TV Sendern

www.tvbayernlive.de

Zeit für kommunales Engagement

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

www.engagement-global.de

mit Peer **SERVICESTELLE**
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

www.service-elne-welt.de

Keine Power mehr?
Kommt zu erdgas-schwaben!

Echt fairer Strom.
erdgas-schwaben.de

erdgas-schwaben
schwebt günstig mit

E-Government ist einfach.

Mit GiroSolution und den Sparkassen vor Ort. Wir bieten Ihnen Lösungen für Online-Behaltverfahren, elektronische Rechnungen und kommunales Portfoliomanagement.

GIRO SOLUTION